

ANHALTEND FLAUE KONJUNKTUR, ABER
UNTERNEHMEN DEUTLICH ZUVERSICHTLICHER

KONJUNKTUR- UND WACHSTUMSPOLITISCHE
ÜBERLEGUNGEN UND ANSATZPUNKTE

DER ARBEITSTAGEFFEKT IM VIERTELJÄHRLICHEN
BRUTTOINLANDSPRODUKT

REGIONALE ENTWICKLUNG UND ANPASSUNG
DES ARBEITSMARKTES IN OST-MITTELEUROPA

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Präsident

Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Mag. Christian Domany, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Waltraud Klasnic, Landeshauptmann der Steiermark

Dkfm. Ferdinand Lacina

Dr. Stephan Koren, Generaldirektor der Österreichischen Postsparkasse AG

Univ.-Prof. Dr. Michael Landesmann, Wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Dr. Klaus Liebscher, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Dipl.-Ing. Peter Mitterbauer, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Dr. Sepp Rieder, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Dr. Norbert Rozsenich

Rudolf Schwarzböck, Präsident der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Abgeordneter zum Nationalrat Friedrich Verzetnitsch, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Mag. Thomas Wieser, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Vizepräsidenten

Dr. Erich Streissler, Professor für Nationalökonomie an der Universität Wien

Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Bundesarbeitskammer

Kuratorium

August Astl, Giorgio Dominese, Wolfgang Duchatzek, Harald Ettl, Lorenz Fritz, Günther Goach, Rudolf Gruber, René Alfons Haiden, Franz Helbich, Hans Hofinger, Manfred Holztrattner, Hansjörg Jäger, Ernst John, Dietrich Kärner, Christian Konrad, Heinrich Kopetz, Paul Mailáth-Pokorny, Werner Muhm, Walter Nettig, Erich Pramböck, Erwin Pröll, Claus Raidl, Gerhard Randa, Wolfgang Ruttenstorfer, Herbert Sausgruber, Gerhard Silberbauer, Richard Silvestri, Herwig van Staa, Ulrich Stacher, Gerhard Steger, Andreas Treichl, Heinrich Treichl, Franz Vranitzky, Josef Wöhner, Bruno Zluwa

Leiter: Helmut Kramer

Stellvertretende Leiter: Karl Aiginger, Angela Köppl, Karl Musil

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Karl Aiginger, Josef Baumgartner, Gudrun Biffli, Michael Böheim, Fritz Breuss, Margarete Czerny, Martin Falk, Oliver Fritz, Alois Guger, Franz R. Hahn, Heinz Handler, Peter Huber, Ulrike Huemer, Gernot Hutschenreiter, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Wolfgang Klameth, Daniela Kletzian, Norbert G. Knoll, Angela Köppl, Kurt Kratena, Hannes Leo, Hedwig Lutz, Helmut Mähringer, Markus Marterbauer, Peter Mayerhofer, Gerhard Palme, Michael Peneder, Wolfgang Pollan, Wilfried Puwein, Marcus Scheiblecker, Marianne Schöberl, Margit Schratzenstaller, Stephan Schulmeister, Franz Sinabell, Egon Smeral, Thomas Url, Ewald Walterskirchen, Yvonne Wolfmayr-Schnitzer, Michael Wüger

Organisation und Verwaltung

Ulrike Bachmaier, Maria Bauer, Gertrude Czettl, Gabriela Hötzer, Christine Kautz, Gwendolyn Kremser, Peter Leser, Andrea Luger-Hoefling, Eva Novotny, Robert Novotny, Vera Plass, Andrea Ranzenberger, Leopold Schehswendter, Ilse Schulz, Gabriele Schober, Gerhard Schwarz, Monika Skrobánek, Kristin Smeral, Christine Stoidl, Karin Syböck, Marianne Uitz, Tatjana Weber

Wissenschaftliche Assistenz und Statistik

Martina Agwi, Christine Braun-Krone, Monika Dusek, Sabine Fagner, Ursula Glauning, Lucia Glinsner, Andrea Grabmayer, Dagmar Guttmann, Andrea Hartmann, Julia Hudritsch, Eva Jungbauer, Christine Kaufmann, Brigitte Klose, Susanne Kopal, Irene Langer, Eva Latschka, Elisabeth Lebar, Christa Magerl, Elisabeth Neppel-Oswald, Traude Novak, Birgit Novotny, Sonja Patsios, Waltraud Popp, Annamaria Rammel, Brigitte Schütz, Eva Sokoll, Martha Steiner, Maria Thalhammer, Roswitha Übl, Evelyn Wanderer, Alexandra Wegscheider, Gabriele Wellan, Dietmar Weinberger, Gertrude Wenz

Konsulenten

Peter Egger, Heinz Hollenstein, Michael Pfaffermayr, Kurt Rothschild, Stefan Schleicher, Gunther Tichy, Rudolf Winter-Ebmer

Herausgeber: Helmut Kramer
Schriftleiter: Wolfgang Pollan •
Redaktion: Ilse Schulz •
Technische Redaktion:
Tatjana Weber

Medieninhaber (Verleger) und
Redaktion: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal,
Objekt 20

A-1103 Wien, Postfach 91 •
Telefon +43 1 798 26 01-0 •
Fax +43 1 798 93 86 •
<http://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung
Druck: Ueberreuter Print und Digimedia
GmbH., 2100 Korneuburg

P.b.b., Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1030

Preis pro Jahrgang (12 Hefte und
Online-Zugriff): € 204,00 • Preis pro
Heft: € 20,40 • Downloadpreis
pro Artikel: € 11,00

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches
Institut für Wirtschaftsforschung 2003

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Sie entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich.

Inhalt

795 ■ Anhaltend flau Konjunktur, aber Unternehmen deutlich zuversichtlicher

Marcus Scheiblecker

Die Unternehmensumfragen sind im Euro-Raum von zunehmendem Optimismus geprägt. Die vorliegenden Wirtschaftsdaten spiegeln aber noch keine Besserung der Konjunktur wider. Offenbar rechnen die Unternehmen mit einem Anziehen der Exportnachfrage, da von der Binnennachfrage kaum expansive Impulse erwartet werden können. Auch scheint der Zugkraft einer internationalen Konjunkturbelebung mehr Bedeutung beigemessen zu werden als den dämpfenden Effekten des hohen Euro-Kurses. In den USA löste die expansive Wirtschaftspolitik im III. Quartal einen Wachstumsschub aus. Auch in Österreich zeigen die Konjunkturumfragen, dass die skeptische Stimmung unter den heimischen Unternehmen überwunden ist.

804 Kennzahlen zur Wirtschaftslage

Konjunkturindikatoren für das Ausland • Wechselkurse • Weltmarkt-Rohstoffpreise • Kennzahlen für Österreich • Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995 • Zahlungsbilanz • Tourismus • Außenhandel • Zinssätze • Landwirtschaft • Sachgütererzeugung • Bauwirtschaft • Binnenhandel • Verkehr • Bankenstatistik • Arbeitsmarkt • Preise und Löhne • Staatshaushalt • Soziale Sicherheit • Umwelt • Entwicklung in den Bundesländern

817 Konjunkturpolitische Ansatzpunkte

Helmut Kramer, Markus Marterbauer, Margit Schratzenstaller

Die erste Stufe der Steuerreform, die 2004 in Kraft tritt, wird relativ geringe kurzfristige Konjunkturerfekte entfalten. Sie ist aber im Zusammenhang mit struktur- und budgetpolitischen Prioritäten zu sehen. Die Steuerentlastung nicht entnommener Gewinne der Kapitalgesellschaften kann deren Risikobereitschaft verbessern. Unmittelbar wird die Investitionstätigkeit kaum wesentlich steigen. Die Lohnsteuersenkung im unteren Einkommensbereich stärkt die Kaufkraft in einer Schicht mit unterdurchschnittlicher Import- und Sparneigung. Ihre stimulierende Wirksamkeit wird durch die auf Konsolidierung bedachte generelle Budgetlinie limitiert. Angesichts der starken internationalen Verflechtung der österreichischen Wirtschaft ist die konjunkturpolitische Wirksamkeit nationaler Maßnahmen begrenzt. Österreich sollte die Umsetzung der Wachstumsinitiative der Europäischen Kommission unterstützen.

829 Der Arbeitstageffekt im vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukt

Marcus Scheiblecker

Im Jahr 2004 ergeben sich in Österreich aufgrund des Schaltjahres und der besonderen Lage von Feiertagen um drei Arbeitstage mehr als 2003. Eine Analyse mit einem saisonalen Zeitreihenmodell lässt auf eine dadurch ausgelöste Steigerung der Jahresproduktion (vierteljährliches BIP) im Ausmaß von 0,1% schließen. Der für das Bruttoinlandsprodukt als Ganzes und differenziert nach Wirtschaftsbereichen ermittelte Arbeitstageffekt ist damit niedriger als entsprechende Schätzungen für Deutschland.

Inhalt

- 841 **Regionale Entwicklung und Anpassung des Arbeitsmarktes in Ost-Mitteleuropa**
Peter Huber, Iulia Traistaru

Die Fähigkeit der regionalen Arbeitsmärkte der EU-Beitrittsländer, den zu erwartenden Strukturwandel zu bewältigen, wird einer der wesentlichen Bestimmungsfaktoren für die Akzeptanz des Beitritts unter der Bevölkerung dieser Länder sein und bildet eine wichtige Entscheidungsgrundlage für den weiteren Integrationsprozess (Teilnahme an der Währungsunion, Reformen der Strukturpolitik, Beendigung der Übergangsfristen). Der vorliegende Beitrag fasst die Ergebnisse der ersten Projektphase des Forschungsprojektes "AccessLab" zusammen. Nach den Ergebnissen ist der Arbeitsmarkt in den Beitrittsländern in einigen Aspekten mit jenem in der EU vergleichbar. Zu den wichtigsten Unterschieden gehören die im Durchschnitt höhere Arbeitslosigkeit und die geringe interne Mobilität der Bevölkerung in diesen Ländern. Gerade in der Situation der Beitrittsländer ist eine enge Koordination der Regional- und der Arbeitsmarktpolitik von besonderer Bedeutung.

Summaries

- 803 Weak Activity Persisting, but Corporate Confidence Clearly Heading up
- 827 Measures for Economic Stabilisation and Growth
- 838 The Working Days Effect in the Calculation of Quarterly GDP. An Empirical Analysis using Seasonal Time Series Models
- 850 Regional Growth and Adjustment of the Labour Market in the CEE Countries

Online-Zugriff ■ <http://www.wifo.ac.at/publ/mb>

Alle Artikel seit 1998 im Volltext online verfügbar (PDF) • Seit 2003 als PDF- und als HTML-Version • Kostenloser Zugriff für Förderer und Mitglieder des WIFO sowie für Abonnenten

Marcus Scheiblecker

Anhaltend flau Konjunktur, aber Unternehmen deutlich zuversichtlicher

Während die Konjunkturerholung in den USA und in Japan voranschreitet, zeichnet sich für den Euro-Raum noch keine signifikante Belebung des Wachstums ab. In Deutschland deuten die Unternehmensumfragen allerdings auf eine leichte Besserung zum Jahresende hin. Auch in Österreich scheinen die Unternehmen ihre pessimistische Stimmung überwunden zu haben.

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO. • Abgeschlossen am 11. November 2003. • E-Mail-Adresse: Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at

Wie im gesamten Euro-Raum zeigt sich die Konjunktur auch in Österreich nach wie vor schwach. Dagegen hat sich die Wirtschaft in den USA infolge der Maßnahmen zur Ankurbelung der Nachfrage deutlich belebt, und auch in Japan setzt sich die jüngste Aufwärtstendenz fort. In den USA beginnt der Aufschwung aufgrund zunehmender Investitionen selbsttragend zu werden. Die Börsenkurse haben wieder kräftig angezogen und scheinen die optimistischere Stimmung bereits zu überzeichnen.

Die schrittweise Verbesserung der Stimmung in der Eurozone seit dem Sommer kommt im Vertrauensindikator der Industrie zum Ausdruck: Im Oktober verbesserte sich der Index abermals, nachdem er bereits im August und September gestiegen war. Der Optimismus stützt sich insbesondere auf den Exportmarkt und dürfte deshalb gegenüber ungünstigen Wechselkursentwicklungen anfällig sein. Sowohl der Index des Konsumentenvertrauens als auch die Einzelhandelsumsätze lassen kurzfristig noch keine Belebung des privaten Konsums im Euro-Raum erwarten.

Auch in Deutschland und Österreich spiegeln die Unternehmensumfragen den erhöhten Optimismus wider. Mit Ausnahme des Basissektors beurteilen alle Sektoren die künftige Geschäftslage besser als in den vergangenen Monaten, wenn auch die derzeit verfügbaren Ausfuhrdaten diese Tendenz noch nicht bestätigen. Die Bauwirtschaft meldet unverändert günstige Auftragsbestände. Die Einschätzung der aktuellen Bautätigkeit blieb innerhalb der Bandbreite einer kontinuierlichen Aufwärtsbewegung. Die österreichische Tourismuswirtschaft leidet unter der schlechten Wirtschaftslage in den Herkunftsländern und dem hohen Euro-Kurs, kann sich aber im internationalen Vergleich gut behaupten. Zwischen Mai und September lag die Zahl der Nächtigungen um 1,6% über dem Vorjahreswert, das September-Ergebnis fiel zufriedenstellend aus.

Die Inflationsrate erhöhte sich wie bereits im August auch im September leicht; nach wie vor zählt Österreich aber zu den preisstabilsten Ländern im Euro-Raum.

Entsprechend der seit einiger Zeit anhaltenden Konjunkturfleaute ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt unverändert angespannt. Im Oktober stieg die Zahl der Langzeitarbeitslosen beträchtlich.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte in den USA – nach einer kräftigen, vor allem von Staatsausgaben getragenen Steigerung im II. Quartal – im III. Quartal sprunghaft. Mit +7,2% (auf Jahresbasis) wurde die höchste Wachstumsrate seit fast 20 Jahren verzeichnet; gegenüber der Vorjahresperiode betrug der Anstieg 3,3%. Besonders stark belebte sich die Nachfrage nach Investitionen. Die Ausgaben für

Kräftiges Wachstum in den USA durch stark expansive Wirtschaftspolitik

Bruttoanlageinvestitionen erhöhten sich auf Jahresbasis gegenüber dem Vorquartal real um 14%; dieser Anstieg ging nicht nur vom (durch niedrige Zinssätze begünstigten) Wohnbau aus (+20,4%), sondern betraf auch die Investitionen in Ausrüstungsgegenstände und Software (+15,4% nach +8,3% im II. Quartal).

Die expansive Steuerpolitik und die niedrigen Zinssätze schlugen sich auch im III. Quartal in einer deutlichen Ausweitung der privaten Konsumausgaben nieder (+6,6%). Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern, welche schon im II. Quartal auf Jahresbasis um 24,3% gestiegen war, erhöhte sich um knapp 27%. Entgegen bisherigen Erfahrungen löste diese Nachfrageausweitung aber keinen Importsog aus, vielmehr war die Gütereinfuhr auf Jahresbasis real um 2,6% geringer als im Vorquartal; insgesamt stagnierten die Importe (+0,1%).

Im III. Quartal scheint der generell niedrige Dollar-Kurs die Staatsausgaben als Konjunkturstütze abgelöst zu haben: War im II. Quartal die öffentliche Nachfrage eine der Hauptquellen des Wachstums (+8,5%) gewesen, so wurde sie im III. Quartal um nur 1,3% ausgeweitet. Diese neuerliche Erhöhung nach dem sprunghaften Anstieg im II. Quartal schlug sich in einer Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr von 3,7% nieder. Der Export wuchs – nach einem Rückgang seit 2001 – kräftig (+9,3%); der Anstieg betraf sowohl die Dienstleistungen (+13,2%) als auch die Warenlieferungen (+7,6%).

Im III. Quartal wurde die Industrieproduktion leicht gesteigert. Das kräftige Wirtschaftswachstum wirkte sich zuletzt bereits auf den Arbeitsmarkt aus: Sowohl im September als auch im Oktober stieg die Zahl der Beschäftigten um rund 125.000; dies ermöglichte im Oktober erstmals seit längerem einen Rückgang der Arbeitslosenquote auf 6%. Eine Erholung des Arbeitsmarktes kann als wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Belebung des privaten Konsums angesehen werden. Der Konsumentenvertrauensindex des Conference Board schwankt in den letzten Monaten beträchtlich. Das könnte auf eine instabile Entwicklung des privaten Konsums hinweisen. Nach dem Rückgang im September wurde im Oktober ein Anstieg verzeichnet.

Die Gegensteuerung durch Fiskal- und Währungspolitik fördert in den USA die Erholung der Wirtschaft; mittlerweile scheint auch der niedrige Dollar-Kurs die Konjunktur zu stützen. Allerdings könnten aufgrund dieser Politik Zweifel an den langfristigen Wachstumsaussichten aufkommen. In diesem Fall könnte zunehmende Zurückhaltung sowohl der Konsumenten als auch der Investoren die Konjunktur beeinträchtigen und die steigende Staatsschuld könnte die langfristigen Zinssätze in die Höhe treiben. Die momentan hohen Wachstumsraten können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Dynamik zu einem Gutteil von der sehr expansiven Wirtschaftspolitik ausgeht. Die Notenbank belässt trotz des lebhaften Wirtschaftswachstums den Leitzinssatz auf dem aktuell niedrigen Niveau.

Euro-Raum setzt auf zunehmenden Optimismus in Deutschland

Da die Binnennachfrage im Euro-Raum kurzfristig schwach bleiben dürfte, scheint der Optimismus der Wirtschaft von der Erwartung eines Anspringens der Exportnachfrage auszugehen. Die Unternehmen dürften die internationale Konjunkturerholung relevanter einschätzen als den hohen Euro-Kurs.

Im Gegensatz zu den USA ist im Euro-Raum nach wie vor keine Aufwärtstendenz zu beobachten. Die Industrieproduktion (die Statistik reicht bis August) stagniert seit geraumer Zeit (Juli +1%, August –0,4% gegenüber dem Vormonat), die Kapazitätsauslastung ist seit dem IV. Quartal 2002 rückläufig.

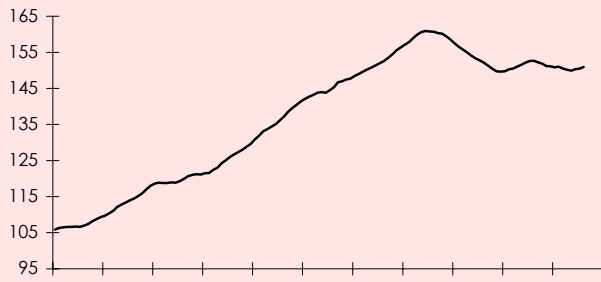
Auf eine Besserung gegen Jahresende könnte der Indikator des Vertrauens in die europäische Industrie hinweisen, der zum zweiten Mal in Folge relativ kräftig gestiegen ist. Er spiegelt insbesondere die optimistischeren Ergebnisse der Unternehmensumfragen in Deutschland wider.

Im Euro-Raum verringerte sich das BIP im II. Quartal gegenüber der Vorperiode real um 0,1%. Einer leichten Erhöhung der Konsumausgaben der privaten Haushalte (+0,2%) und des Staates (+0,7%) standen rückläufige Anlageinvestitionen (–0,2%) gegenüber. Ob diese Schwäche der Binnennachfrage rasch überwunden werden kann, ist angesichts der großen Unsicherheit der Konsumenten fraglich. Im August schrumpften die realen Einzelhandelsumsätze im Euro-Raum gegenüber dem Vorjahr um 0,9%, gegenüber dem Vormonat um 0,1%. Nach wie vor veranlassen die

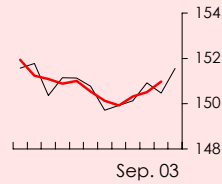
Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1991 = 100

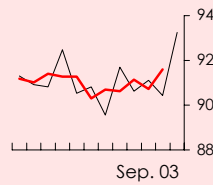
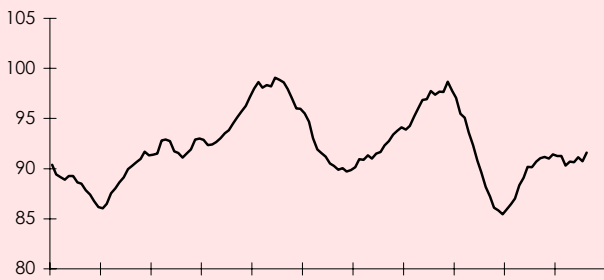
USA – Industrieproduktion



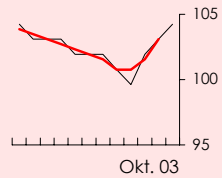
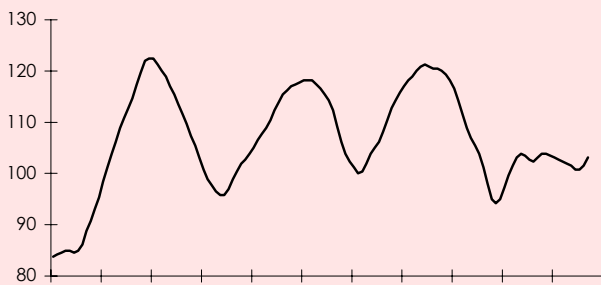
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



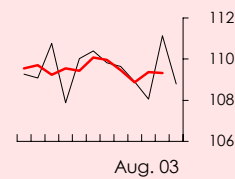
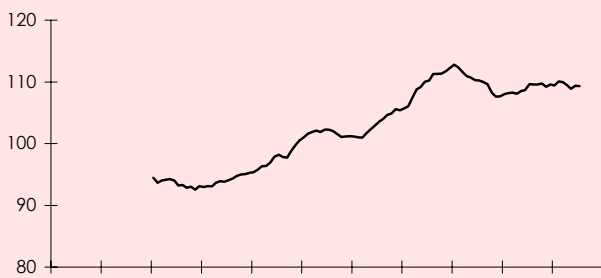
Japan – Industrieproduktion



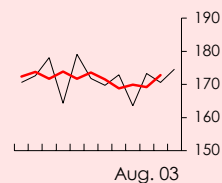
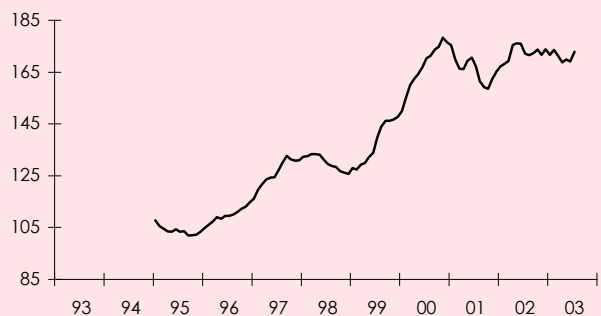
EU – Indikator für das Vertrauen in der Industrie



Deutschland – Industrieproduktion



Deutschland – Auftragseingänge Ausland



— Gleitende Dreimonatsdurchschnitte

Skepsis über die künftige Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme und die hohe Arbeitslosigkeit die privaten Haushalte zu großer Ausgabenzurückhaltung. In Deutschland erhöhte sich die Sparquote – für eine Periode schwachen Wirtschaftswachstums ganz untypisch – im Jahr 2001 auf 10,3% (nach 9,8% im Jahr 2000) und 2002 auf 10,6%.

Bislang hatte die private Konsumnachfrage aufgrund der prozyklischen Entwicklung der Sparquote eine konjunkturstabilisierende Funktion, die aber in den letzten Jahren nicht mehr zu beobachten ist. Von den Investitionen ist unter diesen Umständen ein nachhaltiges Wachstum nur zu erwarten, wenn sich der Export belebt, da mit einer signifikanten Ausweitung der Staatsausgaben nicht gerechnet werden kann.

Ein Anziehen der internationalen Konjunktur könnte die Nachfrage nach Exporten erhöhen, doch steht dem der hohe Euro-Dollar-Kurs entgegen. Während sich die Ausfuhr in den USA im III. Quartal erstmals deutlich belebt hat, ist im Euro-Raum seit Februar ein Rückgang zu beobachten. Neben der internationalen Nachfrageschwäche scheinen auch die Einbußen an Wettbewerbsfähigkeit durch den Anstieg des Euro-Kurses dafür maßgebend zu sein. Die späte Reaktion des Exports auf diese Wechselkursänderung entspricht der üblichen Verzögerung von rund zwei Quartalen.

Obwohl die Inflationsrate im Euro-Raum unverändert niedrig ist (September 2,1%), haben die langfristigen Zinssätze wieder steigende Tendenz. Die Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen erreichte im Juni mit 3,7% ihren Tiefstand; seither steigt sie kontinuierlich und war im September bereits um 0,5 Prozentpunkte höher.

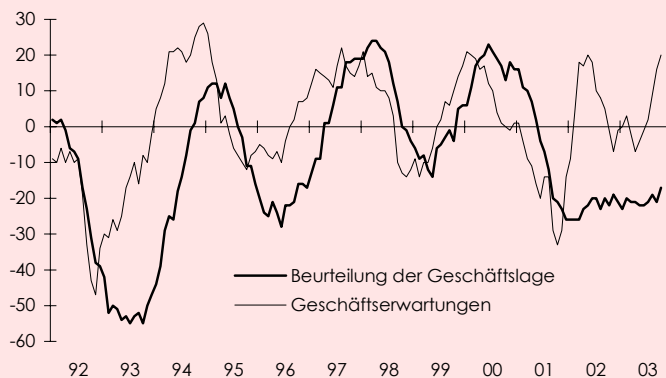
Ursachen des Optimismus in der deutschen Wirtschaft unklar

Die Unternehmen zeigen sich in Deutschland zuletzt optimistischer – der auf Unternehmensumfragen basierende Konjunkturindex des Ifo stieg im Oktober zum fünften Mal in Folge. Hatten sich im September nur die Erwartungen verbessert, so schätzten die Unternehmen nun auch die aktuelle Lage etwas besser ein. Der Index der Erwartungen hat ein Niveau erreicht, das üblicherweise einen bevorstehenden Aufschwung anzeigt.

Seit 1992 eilen die Erwartungen der aktuellen Wirtschaftslage rund ein halbes Jahr voraus. Im 1. Halbjahr 2002 schien aufgrund der raschen Verbesserung des Erwartungsindikators nach dem Afghanistan-Krieg eine lebhafte Konjunkturerholung bevorzuzustehen. Diese Erwartungen blieben aber unerfüllt, das Geschäftsklima trübte sich rasch wieder ein.

Abbildung 2: Ifo-Geschäftsklima für Westdeutschland, verarbeitendes Gewerbe (ohne Nahrungs- und Genussmittel)

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



Q: Ifo-Konjunkturtest.

Der aktuelle Optimismus dürfte auf ein Anspringen der Exportkonjunktur bauen, da von der Binnennachfrage nur geringe Impulse ausgehen. Die Steuerreform des nächsten Jahres wird keine deutlich expansiven Wirkungen auf den privaten Konsum haben. Ähnliches gilt für den öffentlichen Konsum, welcher aufgrund der Sparbemühungen zur Erfüllung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht für Wachstumsimpulse sorgen wird. Die Investitionsnachfrage selbst dürfte die Belebung der Exportnachfrage abwarten. Dafür könnte ein Wiedererstarken der Konjunktur in den USA wichtiger sein als die derzeit ungünstige Wechselkursituation.

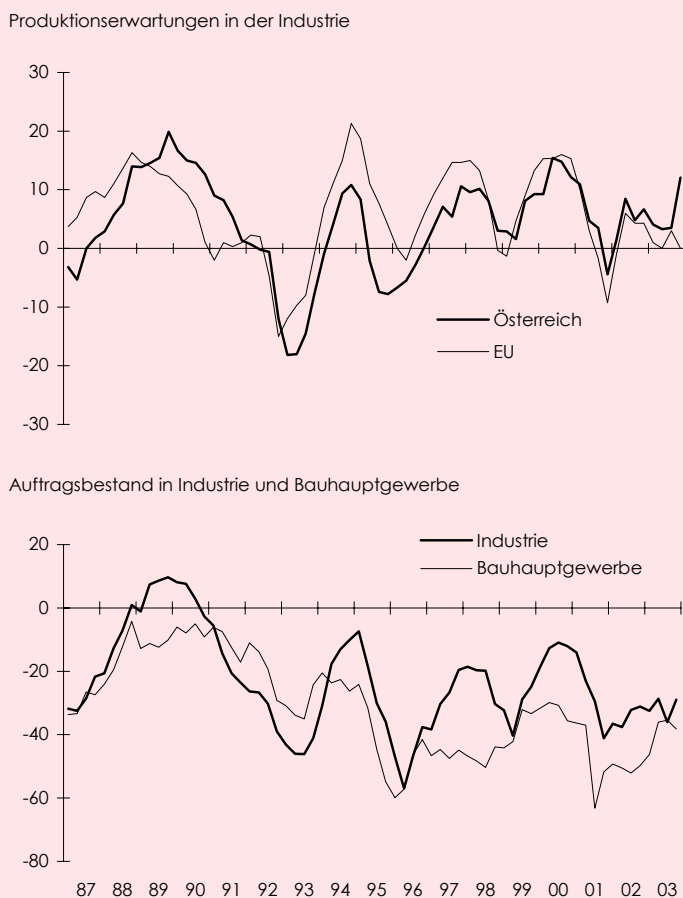
Der in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission vom WIFO durchgeführte Konjunkturtest weist auch für Österreich auf eine Verbesserung der Stimmung hin. Wie in Deutschland schätzen die Unternehmen die künftige Entwicklung wesentlich günstiger ein. Abgesehen vom II. Quartal 2002 überwiegen erstmals seit Anfang 2001 die positiven Meldungen. Merklich gestiegen ist auch der Index der Produktionserwartungen, er erreichte den höchsten Wert seit Ende 2000. Die Beurteilung der Auftragsbestände und der Exportaufträge fiel zwar ebenfalls etwas besser aus als in der letzten Umfrage; die Veränderung blieb aber innerhalb der üblichen Schwankungsbreite, sodass noch nicht auf eine nachhaltige Verbesserung geschlossen werden kann. Dies spiegelt auch die weitgehend unveränderte Einschätzung der Kapazitätsauslastung wider. Ebenso beurteilten die Unternehmen die durch Aufträge gesicherte Produktionsdauer nicht signifikant besser als zuletzt.

Auch Österreichs Unternehmen zuversichtlicher

Während die aktuelle Situation noch nicht wesentlich besser eingeschätzt wird als zuletzt, sind die Zukunftserwartungen der Unternehmen deutlich optimistischer.

Abbildung 3: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



Die deutlich bessere Einschätzung der künftigen Geschäftslage durch die Sachgütererzeugung teilen alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme des Basissektors. Hier werden aber Auftragsbestand und Exportaufträge wesentlich günstiger beurteilt, während sich der Index der Geschäftslage nicht verbessert hat.

Verfestigung der Aufwärtstendenz in der Bauwirtschaft

Die Ergebnisse der Umfragen in der Bauwirtschaft bestätigen die Erholung des Sektors. Die Auftragsbestände werden gegenüber der letzten Umfrage weitgehend unverändert angegeben und liegen damit deutlich über den Einschätzungen der letzten Jahre. Der Indikator für die aktuelle Bautätigkeit sank gegenüber dem Vormonat, allerdings innerhalb der Bandbreite einer mittelfristigen Aufwärtstendenz. Die Umfragen spiegeln diese Aufwärtstendenz sowohl für den Tiefbau als auch für die Hochbausparten (Wohnbau, sonstiger Hochbau) wider. Die Erwartungen zur Beschäftigungsentwicklung haben sich im sonstigen Hochbau eingetrübt, während sie im Wohnbau und Tiefbau optimistischer wurden.

Exportschwäche hält an

Laut Berechnungen von Statistik Austria blieb der bereits seit April 2003 rückläufige nominelle Warenexport auch im Juli unter dem Vorjahresniveau (-0,7%); seit Jahresanfang verringerte er sich kumuliert um 0,3%. Wie schon im Juni brachen die Lieferungen nach Japan und in den NAFTA-Raum (hier vor allem in die USA) ein. Der hohe Euro-Dollar-Kurs dürfte hier eine entscheidende Rolle spielen, und auch gegenüber dem Yen wertete der Euro deutlich auf. Aufgrund der Zunahme der Ausfuhr nach Osteuropa war der nominelle Wert der Lieferungen an Nicht-EU-Staaten um 0,6% höher als im Vorjahr. Die Intra-EU-Exporte verringerten sich hingegen um 1,6%.

Auch der Import ging leicht zurück (-1,2%). Sowohl im Intra- als auch im Extra-EU-Handel lag das Importvolumen um rund 1% unter dem Vorjahresniveau.

Österreichs Tourismus behauptet sich trotz Einbußen gut

In der Sommersaison profitierte die österreichische Tourismuswirtschaft von einer Zunahme der Nachfrage aus dem Inland.

Trotz der internationalen Konjunkturschwäche und der Euro-Stärke entwickelte sich der österreichische Tourismus relativ günstig und dürfte sogar Marktanteile gewonnen haben. Die Änderung der Ferientermine in Deutschland erschwerte eine Analyse der August-Ergebnisse; das September-Ergebnis weist auf eine nach wie vor robuste Entwicklung hin. Laut Statistik Austria wurden im September rund 9,2 Mio. Nächtigungen gemeldet, um 4,7% mehr als im Vorjahr. Die Übernachtungen der ausländischen Gäste erhöhten sich um 5,9%, jene der inländischen Gäste um 1,6%.

Von Mai bis September 2003 überstieg die Zahl der Nächtigungen das Vorjahresniveau trotz der ungünstigen Wirtschaftslage in den Herkunftsländern um 1,6%; der internationale Marktanteil wurde dadurch ausgeweitet. Im selben Zeitraum erhöhten sich die Umsätze im Tourismus um 2,8%. Die Nächtigungen der Inländer nahmen um 2,7% zu, jene der Ausländer um nur 1,2%. Von den im internationalen Reiseverkehr wichtigen Herkunftsmärkten wurden in Italien, der Schweiz und den Niederlanden kräftige Zuwächse verzeichnet. Auch die Nächtigungen von Franzosen und Belgiern entwickelten sich überdurchschnittlich, jene der deutschen Gäste stagnierten. Touristen aus Großbritannien und den USA übernachteten um rund 10% seltener in Österreich als im Vorjahr.

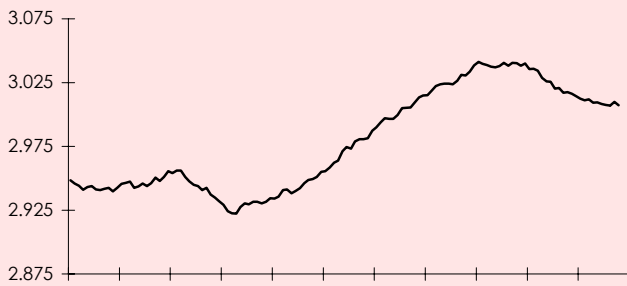
Inflationsrate wieder etwas höher

Nachdem die Inflationsrate in den Monaten Mai bis Juli einen Tiefstwert von 1,1% erreicht hatte, nahm sie im August (+1,2%) und September (+1,4%) zu. Im September ging dies auf eine Verteuerung in den Bereichen Nahrungs- und Genussmittel (+2,2% gegenüber dem Vorjahr, insbesondere Saisonwaren), Verkehr (+1,9%) und Wohnen (+1,3%) zurück. Gegenüber dem August erhöhten sich vor allem die Preise von Bekleidung und Schuhen (+5,5%) sowie von alkoholischen Getränken und Tabakwaren (+1,1%).

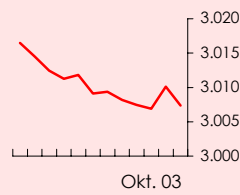
Wie der nationale zeigt auch der Harmonisierte Verbraucherpreisindex einen Anstieg der Inflation an (August +1,0%, September +1,3% gegenüber dem Vorjahr). Nach wie vor gehört Österreich aber zu den preisstabilsten Ländern im Euro-Raum.

Abbildung 4: Wirtschaftspolitische Eckdaten

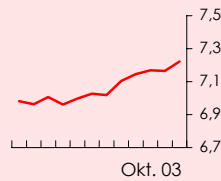
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



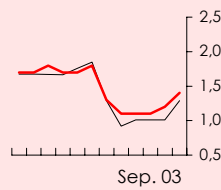
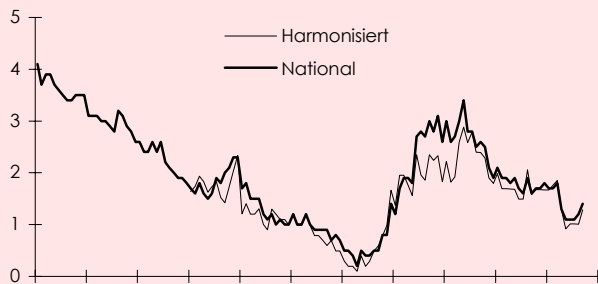
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



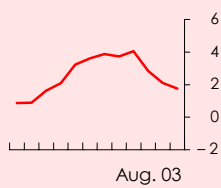
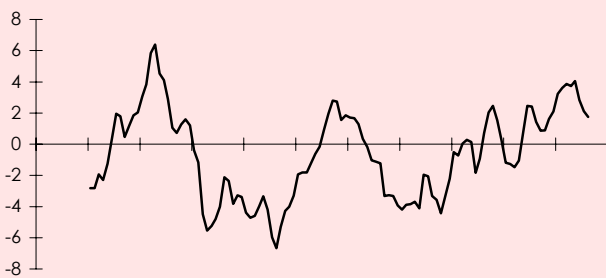
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



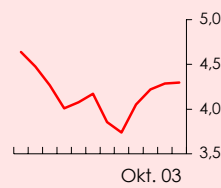
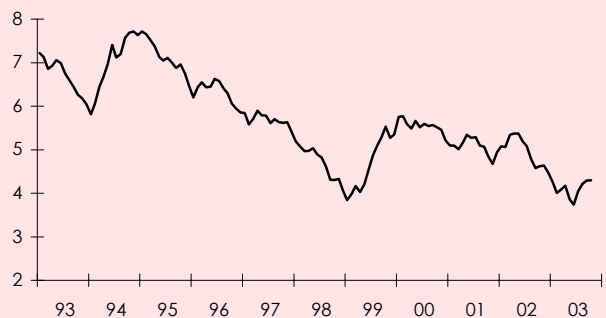
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



¹⁾ Unselbständig Beschäftigte ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst.

Anhaltende Konjunkturschwäche erhöht Langzeit- arbeitslosigkeit

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist unverändert angespannt.

Trotz eines aufkeimenden Konjunkturoptimismus dürfte die Lage auf dem Arbeitsmarkt angespannt bleiben. Obwohl die Zahl der aktiv Beschäftigten (ohne Präsenzdienst und Bezug von Karenz- und Kinderbetreuungsgeld) sich auch im Oktober gegenüber dem Vorjahr leicht erhöhte (+0,4%), stieg zugleich die Arbeitslosigkeit beträchtlich. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen war mit 224.000 um 10.120 höher als im Vorjahr (+4,7%). Deutlich gestiegen ist die Zahl jener Personen, die bereits länger als sechs Monate beim Arbeitsmarktservice vorgemerkt sind (Ende Oktober +8.330).

Ein Vergleich der saisonbereinigten Daten mit dem Vormonat zeigt eine anhaltende Stagnation, aber keine weitere Verschlechterung der angespannten Arbeitsmarktsituation. Während die Arbeitslosenquote im Oktober mit 6,5% deutlich höher war als im Vorjahr (6,3%), blieb sie saisonbereinigt mit 7,2% gegenüber September unverändert.

Marcus Scheiblecker

Weak Activity Persisting, but Corporate Confidence Clearly Heading up

While the business cycle recovery is progressing in the USA and Japan, growth in the euro area shows few signs of heading up. Nevertheless, business surveys in Germany point to a tentative strengthening towards the end of this year. In Austria, pessimism among firms appears to be in retreat, too.

All staff members of the Austrian Institute of Economic Research contribute to the Business Cycle Report. • Cut-off date: 11 November 2003 • E-Mail Address: Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at

As in the euro area as a whole, economic activity in Austria remains weak. The US economy, by contrast, has rebounded on the back of demand-stimulating measures, and also in Japan, the recent upward trend has been confirmed. In the USA, the upswing is becoming self-sustained as investment gains momentum. Stock market values have bounced back vigorously, already possibly exaggerating the improving sentiment.

The pick-up in confidence in the euro area since last summer is reflected by the industrial confidence indicator which in October rose for the third consecutive month. The optimism is mainly based on export prospects and may therefore be vulnerable to adverse exchange rate movements. Yet, neither the index of consumer confidence nor retail sales volumes suggest an early revival of private consumption in the euro area.

Business surveys in Germany and Austria also show that optimism is growing. With the exception of the Austrian basic goods sector, firms' judgements on the short-term business outlook have improved across the board from the previous months, even if this trend is not yet confirmed by the latest export data. The construction industry reports satisfactory order levels, and the trend of responses on current output remains upward bound. Tourism is suffering from weak economic conditions in customers' countries of origin and from the strong euro, while still faring relatively well in an international comparison. Overnight stays in the period from May to September were 1.6 percent above the year-earlier level, the September results having been satisfactory.

Inflation grew in August and September; nevertheless, Austria remains among the countries with the highest price stability in the euro area.

Given the continued weakness of economic activity, the situation on the labour market remains critical. The number of long-term unemployed rose considerably in October.

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<http://www.wifo.ac.at/cqi-bin/tabellen/tabhome.cqi>).

Konjunkturindikatoren für das Ausland

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für die EU
- Übersicht 4: Dreimonatszinssatz
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWA-Index

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995

- Übersicht 8: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

Zahlungsbilanz

- Übersicht 10: Cash-Prinzip
- Übersicht 11: Accrual-Prinzip

Tourismus

- Übersicht 12: Übernachtungen
- Übersicht 13: Zahlungsströme im internationalen Tourismus
- Übersicht 14: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)
- Übersicht 15: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

Außenhandel

- Übersicht 16: Warenexporte
- Übersicht 17: Warenimporte

Zinssätze

- Übersicht 18: Kurz- und langfristige Zinssätze

Landwirtschaft

- Übersicht 19: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995
- Übersicht 20: Markt- und Preisentwicklung

Sachgütererzeugung

- Übersicht 21: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 22: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Bauwirtschaft

- Übersicht 23: Produktion
- Übersicht 24: Preise und Arbeitsmarkt

Binnenhandel

- Übersicht 25: Umsätze und Beschäftigung im Einzelhandel

Verkehr

- Übersicht 26: Güter- und Personenverkehr

Bankenstatistik

- Übersicht 27: Einlagen und Kredite

Arbeitsmarkt

- Übersicht 28: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 29: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 30: Arbeitslosenquote und Stellenantrag

Preise und Löhne

- Übersicht 31: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 32: Tariflöhne
- Übersicht 33: Effektivverdienste

Staatshaushalt

- Übersicht 34: Staatsquoten

Soziale Sicherheit

- Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 36: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 37: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung
- Übersicht 38: Beiträge des Bundes

Umwelt

- Übersicht 39: Energiebedingte CO₂-Emissionen
- Übersicht 40: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 41: Bruttowertschöpfung
- Übersicht 42: Tourismus
- Übersicht 43: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 44: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 45: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
- Übersicht 46: Arbeitslosenquote

Konjunkturindikatoren für das Ausland

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2000	2001	2002	2002		2003			2003				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
OECD insgesamt	6,3	6,5	7,0	7,1	7,0	7,2	7,2	7,1	7,2	7,3	7,2	7,1	7,2
USA	4,0	4,8	5,8	5,9	5,8	6,2	6,1	6,0	6,1	6,4	6,2	6,1	6,1
Japan	4,7	5,0	5,4	5,4	5,4	5,4	5,2	5,4	5,4	5,3	5,3	5,1	5,2
Kanada	6,8	7,2	7,6	7,6	7,4	7,7	7,9	7,5	7,8	7,7	7,8	8,0	8,0
EU	7,8	7,4	7,7	7,8	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0
Euro-Raum	8,5	8,0	8,4	8,6	8,7	8,8	8,8	8,8	8,8	8,8	8,8	8,8	8,8
Deutschland	7,8	7,8	8,6	8,9	9,2	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4
Frankreich	9,3	8,5	8,8	9,0	9,2	9,3	9,5	9,3	9,3	9,4	9,4	9,4	9,5
Italien	10,4	9,4	9,0	8,9	8,9	8,6	.	8,7	8,6	8,6	8,5	.	.
Spanien	11,3	10,6	11,3	11,5	11,4	11,3	11,2	11,3	11,3	11,3	11,2	11,2	11,2
Niederlande	2,8	2,4	2,8	3,1	3,6	4,0	.	3,9	4,0	4,1	4,1	4,2	.
Belgien	6,9	6,7	7,3	7,5	7,8	7,9	8,1	7,9	7,9	8,0	8,1	8,0	8,0
Österreich	3,7	3,6	4,3	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,3	4,4	4,5	4,5	4,5
Portugal	4,1	4,1	5,0	6,0	6,2	6,5	7,0	6,4	6,5	6,6	6,8	6,9	7,3
Finnland	9,7	9,1	9,1	9,0	9,1	9,2	9,0	9,2	9,2	9,1	9,1	9,0	8,9
Griechenland	11,0	10,4	9,9	9,6	9,4	9,2	.	9,2	9,2	9,2	.	.	.
Irland	4,3	3,9	4,4	4,4	4,5	4,6	4,7	4,6	4,6	4,7	4,7	4,7	4,7
Luxemburg	2,3	2,1	2,8	3,1	3,3	3,6	3,8	3,5	3,6	3,7	3,8	3,8	3,8
Großbritannien	5,4	5,0	5,1	5,0	5,0	5,0	.	5,0	4,9	5,0	5,0	.	.
Schweden	5,6	4,9	4,9	5,1	5,3	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,5
Dänemark	4,4	4,3	4,5	4,7	5,0	5,2	5,4	5,1	5,2	5,3	5,3	5,4	5,5
Schweiz ¹⁾	1,8	1,7	2,5	3,0	3,2	3,7	3,9	3,6	3,7	3,8	3,8	3,9	4,0
Norwegen	3,4	3,6	3,9	4,1	4,2	4,6	.	4,4	4,6	4,6	4,6	4,6	.
Polen	16,4	18,5	19,9	20,2	20,2	20,1	20,0	20,2	20,1	20,1	20,0	20,0	20,0
Ungarn	6,3	5,6	5,6	5,8	5,8	5,9	5,8	5,9	5,9	5,8	5,8	5,8	5,9
Tschechien	8,7	8,0	7,3	7,2	7,1	7,0	6,9	7,0	7,0	6,9	6,9	6,8	6,8
Slowakei	18,7	19,4	18,6	18,1	17,3	16,6	16,0	16,8	16,6	16,4	16,2	16,0	15,9

Q: Eurostat, OECD. – ¹⁾ Nationale Definition. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2000	2001	2002	2002	2003			2003					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 3,9	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4
USA	+ 3,4	+ 2,8	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,3
Japan	- 0,7	- 0,7	- 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,2
Kanada	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 3,8	+ 4,5	+ 2,8	+ 2,1	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,2
EU	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,2
Deutschland	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,1
Frankreich	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,3
Italien	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7	+ 3,0
Spanien	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,8	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,2	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,0
Niederlande	+ 2,3	+ 5,1	+ 3,9	+ 3,3	+ 2,8	+ 2,2	.	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	.
Belgien	+ 2,7	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7
Österreich	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,3
Portugal	+ 2,8	+ 4,4	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,4	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,2
Finnland	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2
Griechenland	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,5	.	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,3	.
Irland	+ 5,3	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,6	+ 4,9	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,8
Luxemburg	+ 3,8	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,7	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,7
Großbritannien	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4
Schweden	+ 1,3	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,9	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,3
Dänemark	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,2	+ 1,6	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,7
Schweiz	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5
Norwegen	+ 3,0	+ 2,7	+ 0,8	+ 1,9	+ 3,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,9
Polen	+ 10,1	+ 5,5	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9
Ungarn	+ 9,8	+ 9,2	+ 5,3	+ 4,8	+ 4,7	+ 3,9	+ 4,7	+ 3,9	+ 3,6	+ 4,3	+ 4,7	+ 4,7	+ 4,7
Tschechien	+ 3,9	+ 4,8	+ 1,8	+ 0,5	- 0,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	+ 0,0
Slowakei	+ 12,0	+ 7,3	+ 3,1	+ 2,9	+ 7,6	+ 7,9	+ 9,1	+ 7,7	+ 7,6	+ 8,5	+ 8,7	+ 9,2	+ 9,5

Q: Statistik Austria, OECD. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für die EU

	2000	2001				2002				2003			
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Salden aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt												
Auftragsbestände	+ 1	- 2	- 10	- 18	- 27	- 28	- 25	- 26	- 26	- 22	- 26	- 29	- 24
Exportauftragsbestände	+ 2	- 2	- 10	- 19	- 26	- 30	- 24	- 21	- 20	- 21	- 25	- 28	- 23
Fertigwarenlager	+ 6	+ 8	+ 12	+ 15	+ 17	+ 16	+ 13	+ 12	+ 11	+ 11	+ 11	+ 13	+ 12
Produktionserwartungen	+ 16	+ 13	+ 4	+ 2	- 10	- 5	+ 6	+ 3	+ 7	+ 0	+ 0	- 1	+ 7
Verkaufspreiserwartungen	+ 11	+ 10	+ 2	- 2	- 5	- 9	- 1	+ 0	+ 1	+ 0	+ 0	- 6	- 2

Q: Europäische Kommission (DG-ECFIN). • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatzzinssatz

	2000	2001	2002	2002	2003			2003					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
	In %												
USA	6,5	3,7	1,7	1,5	1,3	1,2	1,1	1,2	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1
Japan	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	.
Kanada	5,8	4,0	2,6	2,8	3,0	3,3	.	3,3	3,2	3,0	.	.	.
Euro-Raum	4,4	4,3	3,3	3,1	2,7	2,4	2,1	2,4	2,2	2,1	2,1	2,2	2,1
Großbritannien	6,1	5,0	4,0	3,9	3,7	3,6	3,5	3,6	3,6	3,4	3,5	3,6	3,7
Schweden	4,0	3,7	4,1	3,9	3,6	3,1	2,7	3,2	2,8	2,7	2,7	2,7	2,7
Dänemark	4,9	4,6	3,5	3,2	2,8	2,4	2,1	2,5	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2
Schweiz	3,0	2,8	1,0	0,6	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	.
Norwegen	6,7	7,2	6,9	6,9	5,7	4,7	3,1	4,9	4,0	3,5	3,1	2,8	2,9
Polen	16,6	13,8	6,4	4,4	3,9	3,6	3,3	0,0	5,1	5,0	0,0	5,0	.
Ungarn	11,0	10,8	8,9	8,9	6,4	6,6	9,5	6,4	7,0	9,4	9,6	9,4	.
Tschechien	5,4	5,2	3,5	2,7	2,5	2,4	2,1	2,5	2,3	2,3	2,1	2,1	2,1

Q: OECD. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2000	2001	2002	2002	2003			2003					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
	In %												
USA	6,0	5,0	4,6	4,0	3,9	3,6	4,2	3,6	3,3	4,0	4,4	4,3	.
Japan	1,8	1,3	1,3	1,0	0,8	0,6	1,2	0,6	0,6	1,0	1,1	1,5	.
Kanada	5,9	5,5	5,3	5,1	5,0	4,6	4,8	4,5	4,4	4,8	5,0	4,6	4,8
Euro-Raum	5,4	5,0	4,9	4,5	4,2	4,0	4,2	3,9	3,7	4,1	4,2	4,2	.
Deutschland	5,3	4,8	4,8	4,4	4,0	3,9	4,1	3,8	3,6	4,0	4,1	4,2	.
Frankreich	5,4	4,9	4,9	4,5	4,1	3,9	4,1	3,9	3,7	4,0	4,2	4,2	.
Italien	5,6	5,2	5,0	4,7	4,2	4,1	4,2	4,0	3,8	4,1	4,3	4,3	.
Spanien	5,5	5,1	5,0	4,6	4,1	3,9	4,1	3,9	3,7	4,0	4,2	4,2	.
Niederlande	5,4	5,0	4,9	4,5	4,1	4,0	4,1	3,9	3,7	4,0	4,2	4,2	.
Belgien	5,6	5,1	5,0	4,6	4,2	4,0	4,2	4,0	3,7	4,1	4,2	4,3	.
Österreich	5,6	5,1	5,0	4,6	4,1	3,9	4,2	3,9	3,7	4,0	4,2	4,3	4,3
Portugal	5,6	5,2	5,0	4,6	4,1	4,0	4,2	3,9	3,8	4,1	4,3	4,3	.
Finnland	5,5	5,0	5,0	4,6	4,1	3,9	4,1	3,9	3,7	4,0	4,2	4,2	4,2
Irland	5,5	5,0	5,0	4,6	4,1	3,9	4,1	3,9	3,7	4,0	4,2	4,2	.
Luxemburg	5,5	4,9	4,7	4,1	3,6	3,3	3,1	3,5	2,8	2,8	3,2	3,2	.
Großbritannien	5,3	5,0	4,9	4,5	4,3	4,4	.	4,3	4,2	4,5	4,6	.	.
Schweden	5,4	5,1	5,3	5,0	4,6	4,4	4,6	4,4	4,2	4,5	4,7	4,7	.
Dänemark	5,6	5,1	5,1	4,7	4,3	4,1	4,3	4,1	3,8	4,2	4,3	4,4	.
Schweiz	3,9	3,4	3,2	2,7	2,4	2,5	2,8	2,4	2,6	2,7	2,9	2,8	.
Norwegen	6,4	6,3	6,4	5,9	5,2	4,5	4,3	4,6	4,0	4,3	4,4	4,3	.

Q: OeNB, OECD. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2000	2001	2002	2002	2003					2003			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem-ber	Oktober
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	0,92	0,90	0,94	1,00	1,07	1,14	1,12	1,16	1,17	1,14	1,11	1,12	1,17
Yen	99,53	108,73	118,07	122,47	127,63	134,67	132,10	135,83	138,05	134,99	132,38	128,94	128,12
Schweizer Franken	1,56	1,51	1,47	1,47	1,47	1,52	1,54	1,52	1,54	1,55	1,54	1,55	1,55
Pfund Sterling	0,61	0,62	0,63	0,64	0,67	0,70	0,70	0,71	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2000	2001	2002	2002	2003					2003			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem-ber	Oktober
<i>Effektiver Wechselkursindex</i>													
Nominell	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 2,3	+ 4,4	+ 4,6	+ 2,9	+ 5,1	+ 4,0	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,9	.
Industriewaren	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 2,2	+ 4,1	+ 4,4	+ 2,9	+ 4,9	+ 3,9	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,9	.
Real	- 3,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,5	+ 3,6	+ 3,5	.	+ 4,1	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,8	.	.
Industriewaren	- 3,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,7	+ 3,5	+ 3,6	.	+ 4,1	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,0	.	.

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWA-Index

	2000	2001	2002	2002	2003					2003			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem-ber	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	+ 31,0	- 10,3	+ 0,7	+ 24,4	+ 33,3	+ 6,6	+ 6,7	+ 5,3	+ 10,9	+ 9,3	+ 10,5	+ 0,5	+ 8,9
Auf Euro-Basis	+ 51,1	- 7,9	- 4,6	+ 11,5	+ 8,8	- 13,8	- 6,7	- 16,6	- 9,1	- 4,6	- 3,0	- 12,2	- 8,6
Ohne Energierohstoffe	+ 19,8	- 7,3	- 2,6	+ 3,8	- 3,7	- 7,3	- 5,2	- 7,5	- 8,5	- 6,5	- 4,4	- 4,8	- 4,0
Nahrungs- und Genussmittel	+ 7,4	- 4,4	+ 6,0	+ 13,0	- 0,9	- 7,5	- 15,5	- 6,9	- 10,5	- 14,5	- 15,2	- 16,6	- 16,7
Industrierohstoffe	+ 26,2	- 8,5	- 6,4	- 0,7	- 5,1	- 7,3	+ 0,4	- 7,9	- 7,6	- 2,2	+ 1,4	+ 1,9	+ 3,3
Energierohstoffe	+ 72,9	- 8,1	- 5,7	+ 15,7	+ 15,7	- 16,9	- 7,4	- 21,0	- 9,4	- 3,7	- 2,3	- 15,6	- 10,9
Rohöl	+ 79,6	- 10,9	- 3,9	+ 21,1	+ 20,3	- 16,0	- 7,8	- 20,2	- 8,2	- 3,2	- 2,4	- 17,1	- 11,8

Q: Hamburger Weltwirtschaftsarchiv. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 1995

Übersicht 8: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2002				2003	
								I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real												
<i>Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen</i>													
Land- und Forstwirtschaft	+ 7,7	+ 3,3	- 1,6	- 0,7	- 1,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,9	- 2,1	- 3,0	+ 0,2	- 0,7	- 0,2
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	+ 4,7	+ 3,0	+ 6,5	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,0	+ 2,0	- 0,6	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,6	- 0,1	- 1,1
Energie- und Wasserversorgung	+ 3,3	+ 3,9	- 1,6	+ 1,7	+ 9,3	+ 0,5	+ 1,0	+ 8,8	+ 15,2	+ 10,7	+ 4,4	+ 2,8	- 0,7
Bauwesen	+ 3,9	+ 1,3	+ 1,2	- 4,8	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,7	- 1,4	+ 1,9	- 1,0	+ 1,6	+ 0,6	+ 1,3
Handel ²⁾	+ 4,3	+ 3,0	+ 3,6	- 0,3	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 3,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,7
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 3,8	+ 3,2	+ 5,0	+ 5,9	+ 2,1	- 1,0	+ 1,0	+ 4,3	+ 1,0	+ 3,6	- 2,0	- 5,6	+ 1,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,4	- 0,9	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,8
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 3,1	- 1,8	+ 10,2	- 0,5	- 4,6	- 0,0	+ 1,0	+ 0,1	- 6,6	- 6,5	- 5,2	- 3,9	+ 4,5
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+ 5,7	+ 3,9	+ 6,0	+ 4,3	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,8	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,8	- 0,7	- 0,2
Sonstige Dienstleistungen	+ 3,1	- 0,8	+ 2,7	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,0
<i>Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche</i>													
Unterstellte Bankgebühr	+ 4,1	+ 2,1	+ 4,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,9
Gütersteuern minus Gütersubventionen	+ 5,0	- 1,7	+ 12,2	+ 3,8	- 4,8	.	.	- 0,2	- 5,2	- 4,8	- 8,7	- 2,0	+ 0,1
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,9	+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,9
<i>Verwendung des Bruttoinlandsproduktes</i>													
Konsumausgaben insgesamt	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	- 0,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 1,4
Private Haushalte	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,8	- 0,1	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,9
Staat	+ 2,8	+ 3,1	+ 0,0	- 0,5	+ 0,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,3	- 0,7	- 0,3
Bruttoinvestitionen ⁵⁾	+ 4,0	+ 4,2	+ 2,9	- 4,0	- 5,6	+ 0,9	+ 1,8	- 6,5	- 4,1	- 2,5	- 9,5	- 1,3	+ 1,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3,9	+ 2,1	+ 5,9	- 2,2	- 4,6	+ 1,7	+ 1,8	- 6,7	- 5,0	- 2,0	- 4,8	- 0,8	+ 2,6
Ausrüstungen ⁶⁾	+ 6,2	+ 4,9	+ 11,8	- 2,9	- 9,3	+ 2,0	+ 2,0	- 7,9	- 13,3	- 5,1	- 10,3	- 1,7	+ 4,7
Bauten	+ 2,3	+ 0,0	+ 1,2	- 1,5	- 0,5	+ 1,4	+ 1,7	- 5,4	+ 2,7	+ 0,2	- 0,7	+ 0,2	+ 0,9
Inländische Verwendung ⁷⁾	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7	- 0,1	- 1,1	+ 1,0	+ 1,2	- 1,4	- 1,7	- 0,8	- 0,7	- 0,0	+ 1,2
Exporte	+ 8,1	+ 8,5	+ 13,4	+ 7,4	+ 3,1	- 0,1	+ 3,0	+ 2,0	+ 6,5	+ 2,9	+ 1,3	+ 0,4	- 1,1
Importe	+ 5,7	+ 9,0	+ 11,6	+ 5,9	- 1,1	+ 0,5	+ 2,8	- 1,6	+ 1,0	- 1,2	- 2,5	- 0,1	- 0,6
Außenbeitrag ⁸⁾	+ 1,0	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 2,3	- 0,3	+ 0,2	+ 1,9	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,3	- 0,3

Q: Statistik Austria, WIFO. 2003 und 2004: Prognose. Alle Werte Stand Ende September. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Einschließlich Vorratsveränderung. – ⁶⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ⁷⁾ Einschließlich statistischer Differenz. – ⁸⁾ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.
• E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2002				2003	
								I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
<i>Nominell</i>													
Bruttonationaleinkommen	+ 4,4	+ 3,0	+ 5,0	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,7	+ 2,1	+ 3,6
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,7
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 6,9	+ 2,1	+ 8,3	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,7	+ 3,5	+ 3,7	+ 2,0	+ 3,6
Abschreibungen	+ 4,2	+ 3,8	+ 5,0	+ 5,1	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 4,3	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,4
Nettonationaleinkommen	+ 4,5	+ 2,8	+ 5,0	+ 1,4	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,9	+ 3,5	+ 3,8	+ 1,9	+ 3,8
Verfügbares Nettional- einkommen	+ 4,2	+ 2,9	+ 5,2	+ 1,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,4	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,7	+ 1,5	+ 4,0
<i>Real</i>													
Bruttonationaleinkommen	+ 3,9	+ 2,2	+ 2,9	+ 0,0	+ 2,3	.	.	+ 1,4	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,9
Abschreibungen	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,9	+ 3,8	+ 2,7	.	.	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,7
Nettonationaleinkommen	+ 4,0	+ 2,0	+ 2,8	- 0,6	+ 2,3	.	.	+ 1,1	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,4	+ 0,2	+ 1,9
Verfügbares Nettional- einkommen	+ 3,7	+ 2,1	+ 2,9	- 0,5	+ 1,8	.	.	+ 0,5	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,3	- 0,1	+ 2,2
<i>Gesamtwirtschaftliche Produktivität</i>													
BIP real je Erwerbstätigen	+ 2,9	+ 1,3	+ 2,8	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,5	+ 0,9
<i>BIP nominell</i>													
Mrd. €	190,63	197,15	207,04	211,86	216,76	222,34	228,33	52,12	53,71	55,00	55,93	53,25	55,32
Je Einwohner	in € 23.597	24.363	25.528	26.052	26.612	27.253	27.948	6.402	6.595	6.751	6.863	6.533	6.786

Q: Statistik Austria, WIFO. Zu Marktpreisen; 2003 und 2004 Prognose. Alle Werte Stand Ende September. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Zahlungsbilanz

Übersicht 10: Cash-Prinzip

	2000	2001	2002	2002		2003		2003									
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Mrd. €																	
Leistungsbilanz	- 5,54	- 4,12	+ 0,81	- 1,57	+ 1,58	+ 0,93	+ 0,85	+ 0,49	+ 0,45	+ 0,38	+ 0,02	- 1,76	- 0,23				
Warenzahlungen	- 7,09	- 6,24	- 2,40	- 1,13	+ 0,51	- 1,05	- 0,67	- 0,28	- 0,11	+ 0,01	- 0,57	- 0,45	- 0,17				
Dienstleistungen	+ 4,01	+ 4,70	+ 5,59	- 0,00	+ 1,35	+ 2,85	+ 1,06	+ 0,80	+ 0,51	+ 0,28	+ 0,26	- 0,12	- 0,10				
Einkommen	- 0,97	- 1,28	- 0,80	- 0,23	- 0,25	- 0,67	+ 0,91	+ 0,12	+ 0,10	+ 0,27	+ 0,54	- 0,92	+ 0,25				
Laufende Transfers	- 1,49	- 1,31	- 1,58	- 0,21	- 0,03	- 0,20	- 0,44	- 0,15	- 0,05	- 0,17	- 0,22	- 0,27	- 0,22				
Vermögensübertragungen	- 0,26	- 0,54	- 0,58	- 0,18	- 0,29	- 0,07	- 0,06	- 0,05	- 0,04	+ 0,00	- 0,03	+ 0,01	- 0,01				
Kapitalbilanz	+ 5,21	+ 3,48	- 3,34	+ 1,49	- 1,16	- 1,02	- 2,78	- 0,30	+ 0,14	- 1,02	- 1,89	- 0,01	+ 1,15				
Statistische Differenz	+ 0,59	+ 1,17	+ 3,11	+ 0,26	- 0,13	+ 0,17	+ 1,99	- 0,15	- 0,55	+ 0,64	+ 1,90	+ 1,76	- 0,91				

Q: OeNB. Alle Werte aus vorläufigen Monatsdaten. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 11: Accrual-Prinzip

	1998	1999	2000	2001	2002	2001		2002				2003	
						III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Mrd. €													
Leistungsbilanz	- 4,68	- 6,33	- 5,36	- 4,13	+ 0,75	- 1,48	- 0,73	+ 1,78	- 0,34	- 1,41	+ 0,72	+ 1,28	- 0,25
Güter	- 3,29	- 3,38	- 2,99	- 1,40	+ 3,75	- 0,09	+ 0,12	+ 0,60	+ 1,07	+ 0,70	+ 1,39	+ 0,56	+ 0,83
Dienstleistungen	+ 2,12	+ 1,65	+ 1,74	+ 2,06	+ 0,94	- 0,32	+ 0,24	+ 2,27	- 0,28	- 1,10	+ 0,05	+ 1,81	- 0,16
Einkommen	- 1,78	- 2,70	- 2,66	- 3,44	- 2,21	- 0,76	- 0,82	- 0,59	- 0,51	- 0,48	- 0,62	- 0,84	- 0,47
Laufende Transfers	- 1,74	- 1,90	- 1,45	- 1,35	- 1,74	- 0,31	- 0,26	- 0,48	- 0,62	- 0,53	- 0,10	- 0,25	- 0,46
Vermögensübertragung	- 0,31	- 0,25	- 0,47	- 0,59	- 0,58	- 0,18	- 0,28	- 0,04	+ 0,01	- 0,28	- 0,27	- 0,07	- 0,06
Kapitalbilanz	+ 5,53	+ 6,61	+ 4,68	+ 4,18	- 3,71	+ 2,62	+ 1,41	- 4,82	+ 0,67	+ 1,76	- 1,32	- 0,90	- 1,79
Direktinvestitionen im Ausland	- 2,47	- 3,10	- 6,23	- 3,51	- 5,89	- 1,74	- 0,47	- 2,15	- 1,07	- 1,88	- 0,79	- 1,52	- 1,00
Direktinvestitionen in Österreich	+ 4,08	+ 2,79	+ 9,60	+ 6,61	+ 0,94	+ 2,38	+ 1,61	+ 0,58	- 0,30	+ 0,67	- 0,00	+ 1,17	+ 0,89
Portfolioinvestitionen	+ 5,90	- 2,55	+ 3,23	+ 6,33	- 4,53	+ 2,78	+ 5,95	- 0,39	- 0,98	- 2,10	+ 1,07	+ 0,54	+ 7,67
Sonstige Investitionen	+ 0,74	+ 7,92	- 2,49	- 7,26	+ 4,37	+ 0,05	- 5,27	- 3,63	+ 2,77	+ 4,82	+ 0,41	- 0,97	- 9,79
Offizielle Währungsreserven	- 2,91	+ 1,96	+ 0,84	+ 2,07	+ 1,81	- 0,69	+ 0,04	- 0,11	+ 0,69	+ 1,08	+ 0,15	+ 0,88	+ 0,02
Statistische Differenz	- 0,54	- 0,04	+ 1,15	+ 0,54	+ 3,54	- 0,96	- 0,40	+ 3,07	- 0,34	- 0,06	+ 0,87	- 0,31	+ 2,10

Q: OeNB. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Tourismus

Übersicht 12: Übernachtungen

	2000	2001	2002	2002		2003		2003									
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Veränderung gegen das Vorjahr in %																	
In allen Unterkunftsarten	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,7	+ 2,9	- 2,8	+ 8,5	- 4,6	+ 28,5	- 8,5	+ 9,6	- 6,1	+ 7,9				
Inländer	+ 2,6	+ 1,0	- 1,5	- 1,5	- 2,2	- 1,9	+ 6,7	- 12,3	+ 12,5	+ 2,4	+ 6,9	+ 3,7	+ 1,8				
Ausländer	+ 0,0	+ 1,4	+ 2,5	+ 1,5	+ 5,0	- 3,1	+ 9,4	- 2,6	+ 36,5	- 14,5	+ 11,0	- 9,8	+ 10,2				
Aus Deutschland	- 1,6	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	- 7,0	+ 12,5	- 8,8	+ 50,9	- 20,2	+ 15,5	- 18,4	+ 13,5				
Aus den Niederlanden	+ 5,0	+ 4,1	+ 7,1	+ 7,2	+ 16,7	+ 1,1	+ 14,7	+ 29,1	+ 32,1	- 0,1	+ 17,2	+ 8,9	+ 5,5				
Aus Italien	- 5,3	+ 5,7	+ 4,9	+ 3,9	- 4,3	- 5,1	+ 3,6	- 16,7	- 4,0	+ 19,8	+ 1,7	+ 3,1	+ 8,8				
Aus der Schweiz	+ 3,8	+ 6,9	+ 6,2	+ 4,8	+ 6,8	+ 4,3	+ 13,8	+ 5,1	+ 27,9	- 3,1	+ 20,9	+ 10,3	+ 4,6				
Aus Großbritannien	+ 10,2	- 0,9	+ 6,6	+ 1,4	+ 14,9	+ 2,7	- 1,5	- 18,0	+ 32,4	- 3,8	- 15,6	- 10,8	- 6,3				
Aus den USA	+ 19,9	- 15,9	- 15,2	- 17,9	+ 23,7	+ 1,4	- 14,2	- 1,6	- 7,4	- 24,5	- 8,7	- 7,1	- 0,4				
Aus Japan	+ 1,6	- 9,6	- 8,6	- 14,1	+ 32,9	+ 17,4	- 36,9	+ 10,8	- 30,0	- 43,8	- 35,1	- 24,4	- 9,0				

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 13: Zahlungsströme im internationalen Tourismus

	1998	1999	2000	2001	2002	2001		2002				2003	
						III. Qu.	IV. Qu. Mio. €	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Exporte	11.357	11.771	12.361	13.397	13.905	3.571	2.752	4.506	2.839	3.778	2.782	4.299	3.085
Einnahmen i. e. S.	10.058	10.354	10.752	11.453	11.885	3.006	2.350	4.007	2.385	3.159	2.334	3.783	2.574
Personentransport	1.299	1.417	1.608	1.944	2.020	565	402	499	454	619	448	516	511
Importe	9.286	9.366	10.048	10.961	10.825	3.450	2.569	2.174	2.803	3.398	2.451	2.130	2.738
Ausgaben i. e. S.	8.556	8.623	9.215	10.032	9.947	3.200	2.373	1.979	2.578	3.140	2.251	1.945	2.523
Personentransport	730	743	833	929	878	250	196	195	225	258	200	185	215
Saldo	2.071	2.405	2.313	2.436	3.080	121	183	2.332	36	380	331	2.169	347
Ohne Personentransport	1.502	1.730	1.537	1.421	1.938	- 194	- 23	2.028	- 193	19	83	1.838	51

Q: OeNB, WIFO. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 14: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)

	2000	2001 Mio. €	2002
<i>Touristische Nachfrage</i>			
Ausgaben ausländischer Besucher	12.288	13.386	14.045
Übernachtende Touristen	11.031	11.946	12.475
Tagesbesucher	1.257	1.440	1.570
Ausgaben inländischer Besucher	10.344	10.965	11.166
Urlaubsreisende	8.188	8.672	8.804
Übernachtende Touristen ¹⁾	4.844	5.259	5.365
Tagesbesucher	3.344	3.413	3.439
Geschäftsreisende	2.156	2.293	2.362
Übernachtende Touristen	835	917	945
Tagesbesucher	1.321	1.376	1.417
Ausgaben der Inländer in Wochenendhäusern und Zweitwohnungen	822	856	882
Gesamtausgaben (Urlaubs- und Geschäftsreisende, einschließlich Verwandten- und Bekanntenbesuche)	23.454	25.207	26.093

Q: Statistik Austria, WIFO. 2000 und 2001: endgültig, 2002: vorläufig. Zur Methodik siehe Smeral, E., Franz, A., Laimer, P., "Ein Tourismussatellitenkonto für Österreich. Ökonomische Zusammenhänge, Methoden und Hauptergebnisse", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(1), S. 29-37, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21031. – ¹⁾ Einschließlich Aufwendungen im Zuge von Kuraufenthalten. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 15: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

	2000	2001 Mio. €	2002	2000	2001	2002
				Anteile am BIP in %		
<i>Tourismus-Satellitenkonto</i>						
Direkte Wertschöpfung des Tourismus laut TSA						
Ohne Dienst- und Geschäftsreisen	11.869	12.500	13.052	5,7	5,9	6,0
Einschließlich Dienst- und Geschäftsreisen	12.848	13.566	14.090	6,2	6,4	6,5
				Mio. €		
				Beitrag zum BIP in %		
<i>TSA-Erweiterungen</i>						
Direkte und indirekte Wertschöpfung						
Tourismus (ohne Dienst- und Geschäftsreisen)	18.742	20.164	20.883	9,1	9,5	9,6
Freizeitkonsum der Inländer am Wohnort	17.109	17.709	18.240	8,3	8,4	8,4
Tourismus und Freizeitwirtschaft in Österreich	35.851	37.873	39.123	17,3	17,9	18,0

Q: Statistik Austria, WIFO. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Außenhandel

Übersicht 16: Warenexporte

	2002	2003 Juli ¹⁾	2002	2003 Juli ¹⁾	2000	2001	2002	2003 Juli ¹⁾	März	April	2003 Mai	Juni	Juli
	Mrd. €		Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Insgesamt	77,4	45,1	100,0	100,0	+ 15,6	+ 6,5	+ 4,2	- 0,3	+ 2,7	- 2,3	- 0,3	- 7,9	- 0,7
Intra-EU	46,5	27,0	60,1	59,8	+ 12,5	+ 6,1	+ 3,0	- 1,9	+ 2,0	- 2,8	- 1,1	- 9,8	- 1,6
Deutschland	24,8	14,5	32,0	32,1	+ 10,4	+ 3,9	+ 2,6	- 0,8	+ 1,0	- 1,9	+ 2,7	- 9,6	- 0,0
Italien	6,5	4,0	8,5	8,9	+ 19,4	+ 4,6	+ 3,5	+ 2,0	+ 4,5	- 0,9	+ 1,1	- 7,1	+ 2,8
Extra-EU	30,9	18,1	39,9	40,2	+ 21,0	+ 7,3	+ 6,1	+ 2,2	+ 3,8	- 1,5	+ 0,9	- 4,8	+ 0,6
Ost-Mittleuropa	8,0	4,6	10,3	10,3	+ 16,8	+ 3,9	+ 4,2	- 0,4	+ 3,5	- 1,8	- 1,1	+ 2,7	+ 1,8
Ungarn	3,3	1,8	4,3	4,1	+ 16,9	- 4,3	+ 0,6	- 9,4	- 8,7	- 10,2	- 6,5	- 6,6	- 6,3
Tschechien	2,2	1,4	2,9	3,0	+ 17,7	+ 7,6	+ 4,5	+ 7,1	+ 13,7	+ 2,7	- 1,5	+ 12,1	+ 11,9
Südosteuropa	4,1	2,6	5,3	5,7	+ 19,5	+ 18,3	+ 14,7	+ 9,4	+ 8,1	+ 7,2	+ 14,6	+ 8,7	+ 4,6
Frühere UdSSR	1,6	1,1	2,1	2,4	+ 43,3	+ 36,4	+ 3,6	+ 22,5	+ 23,0	+ 19,4	+ 0,5	+ 28,8	+ 46,4
NAFTA	4,7	2,6	6,1	5,9	+ 27,3	+ 12,0	+ 0,6	- 5,4	- 7,4	- 6,0	- 3,6	- 18,3	- 11,0
USA	4,0	2,2	5,2	4,9	+ 27,2	+ 12,4	+ 2,0	- 8,0	- 10,8	- 7,4	- 4,4	- 23,5	- 13,4
Japan	0,9	0,5	1,2	1,0	+ 25,1	- 0,6	+ 0,4	- 10,2	- 14,0	+ 14,8	- 14,3	- 23,3	- 15,5
OPEC	1,1	0,7	1,4	1,5	+ 0,2	+ 40,2	- 12,1	+ 0,2	- 5,4	+ 18,8	+ 14,0	+ 8,0	- 7,3
NOPEC	4,2	2,1	5,4	4,6	+ 26,1	+ 14,1	+ 8,3	- 7,8	- 17,7	- 7,1	- 12,5	- 13,7	- 8,1
Agrarwaren	4,1	2,6	5,3	5,7	+ 10,3	+ 15,6	+ 7,5	+ 7,5	+ 6,4	+ 9,6	+ 7,4	+ 7,1	+ 3,9
Roh- und Brennstoffe	4,4	2,7	5,6	5,9	+ 18,2	+ 16,1	+ 13,3	+ 3,7	- 1,4	- 2,5	+ 12,4	+ 2,7	+ 14,9
Industriewaren	68,9	39,8	89,1	88,4	+ 15,8	+ 5,6	+ 3,5	- 1,0	+ 2,8	- 3,0	- 1,6	- 9,4	- 2,0
Chemische Erzeugnisse	7,9	4,7	10,2	10,4	+ 13,6	+ 10,1	+ 12,0	+ 0,3	- 1,5	- 5,1	+ 2,5	- 8,3	+ 5,1
Bearbeitete Waren	17,3	10,5	22,4	23,3	+ 13,3	+ 5,0	+ 0,7	+ 2,5	+ 6,2	+ 1,8	+ 3,9	- 1,8	- 0,4
Maschinen, Fahrzeuge	33,1	18,7	42,7	41,5	+ 17,8	+ 5,0	+ 2,9	- 3,0	+ 4,8	- 5,5	- 7,2	- 16,1	- 5,5
Konsumnahe Fertigwaren	10,1	5,7	13,0	12,6	+ 9,0	+ 9,0	+ 1,8	+ 0,5	+ 4,7	+ 4,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – ¹⁾ Kumuliert. • E-Mail-Adressen: Irene.Langer@wifo.ac.at, Gabriele.Weillan@wifo.ac.at

Übersicht 17: Warenimporte

	2002	2003	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2003				2003	2003
	Mrd. €	Juli ¹⁾	Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %									
									März	April	2003	2003	2003	2003
											Veränderung	Veränderung	Veränderung	Veränderung
Insgesamt	77,1	45,7	100,0	100,0	+ 14,7	+ 5,0	- 2,0	+ 1,1	+ 6,7	- 4,2	+ 2,1	- 4,4	- 1,2	
Intra-EU	50,7	30,0	65,7	65,8	+ 10,3	+ 3,8	- 1,5	+ 1,3	+ 7,2	- 4,0	+ 1,1	- 4,7	- 1,4	
Deutschland	31,1	18,2	40,3	39,8	+ 11,5	+ 4,5	- 2,6	+ 0,4	+ 0,3	- 1,5	+ 3,7	- 4,3	+ 1,4	
Italien	5,5	3,3	7,2	7,2	+ 8,0	+ 5,4	- 1,7	- 0,6	+ 5,3	- 3,2	- 4,6	- 4,2	- 1,8	
Extra-EU	26,4	15,6	34,3	34,2	+ 24,4	+ 7,4	- 3,0	+ 0,9	+ 5,9	- 4,7	+ 3,8	- 3,7	- 0,9	
Ost-Mitteuropa	6,9	4,4	9,0	9,6	+ 22,6	+ 8,4	+ 0,9	+ 10,9	+ 18,2	+ 12,0	+ 11,5	+ 7,1	+ 9,6	
Ungarn	2,6	1,5	3,3	3,3	+ 19,7	+ 3,2	- 4,9	+ 3,7	+ 18,3	+ 2,3	- 0,2	- 3,5	+ 7,2	
Tschechien	2,2	1,5	2,9	3,4	+ 18,2	+ 10,3	+ 5,5	+ 20,0	+ 23,3	+ 25,3	+ 23,6	+ 17,7	+ 14,0	
Südosteuropa	1,9	1,2	2,5	2,7	+ 22,7	+ 15,6	+ 9,8	+ 12,3	+ 15,8	+ 6,1	+ 22,2	+ 8,6	+ 6,5	
Frühere UdSSR	1,8	1,2	2,4	2,6	+ 71,4	- 10,3	+ 0,3	+ 9,2	+ 40,4	+ 8,1	- 1,8	+ 8,1	+ 6,5	
NAFTA	4,2	2,0	5,4	4,4	+ 21,5	+ 0,8	- 11,6	- 26,4	- 37,0	- 39,8	- 8,5	- 41,9	+ 1,1	
USA	3,7	1,7	4,8	3,8	+ 17,7	+ 2,5	- 11,3	- 28,9	- 39,5	- 41,2	- 15,6	- 43,9	+ 4,7	
Japan	1,6	1,0	2,1	2,3	+ 23,4	- 12,8	- 6,4	+ 7,8	+ 34,4	- 1,0	+ 14,9	+ 1,3	- 2,8	
OPEC	1,1	0,6	1,4	1,4	+ 50,7	- 1,1	- 14,4	+ 12,3	+ 53,8	+ 55,0	- 5,8	- 25,4	- 19,9	
NOPEC	5,0	2,8	6,4	6,1	+ 26,6	+ 24,4	- 7,5	- 1,3	- 2,7	- 4,4	- 1,6	+ 13,2	- 17,3	
Agrarwaren	4,7	2,7	6,0	5,8	+ 4,1	+ 11,0	+ 3,8	+ 1,2	+ 7,6	- 0,9	+ 2,3	- 1,1	- 6,9	
Roh- und Brennstoffe	8,7	5,4	11,3	11,9	+ 47,4	+ 6,5	+ 3,1	+ 7,5	+ 13,8	+ 10,9	+ 5,0	+ 3,7	+ 0,9	
Industriewaren	63,8	37,6	82,7	82,3	+ 12,3	+ 4,4	- 3,1	+ 0,3	+ 5,7	- 6,4	+ 1,6	- 5,7	- 1,0	
Chemische Erzeugnisse	8,7	5,4	11,3	11,7	+ 12,2	+ 8,7	+ 5,5	+ 5,3	+ 30,1	- 9,9	- 0,7	- 1,9	+ 0,3	
Bearbeitete Waren	12,5	7,4	16,2	16,3	+ 12,3	+ 6,1	- 5,7	+ 0,7	+ 2,7	- 0,4	+ 0,5	- 2,7	+ 1,7	
Maschinen, Fahrzeuge	30,0	17,7	38,9	38,9	+ 14,4	+ 2,6	- 5,0	- 0,0	+ 1,0	- 5,6	+ 3,8	- 9,1	- 1,6	
Konsumnahe Fertigwaren	12,2	6,8	15,8	14,9	+ 7,0	+ 5,2	- 2,0	- 2,6	+ 0,6	- 6,8	- 0,8	- 4,3	- 2,8	

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. - 1) Kumuliert. • E-Mail-Adressen: Irene.Langner@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Zinssätze

Übersicht 18: Kurz- und langfristige Zinssätze

	2000	2001	2002	2002		2003		2003				2003	2003
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	Septem-ber	Oktober
	In %												
Geld- und Kapitalmarktzinssätze													
Basiszinssatz	3,4	3,9	2,7	2,8	2,6	2,2	2,0	1,5	1,7	1,5	1,5	1,5	1,5
Taggeldsatz	4,1	4,4	3,3	3,3	3,2	2,8	2,4	2,1	2,2	2,1	2,1	2,0	2,0
Dreimonatszinssatz	4,4	4,3	3,3	3,4	3,1	2,7	2,4	2,1	2,2	2,1	2,1	2,2	2,1
Sekundärmarkttrendite													
Benchmark	5,6	5,1	5,0	4,8	4,6	4,1	3,9	4,2	3,7	4,0	4,2	4,3	4,3
Insgesamt	5,4	4,7	4,4	4,3	3,9	3,4	3,2	3,4	2,9	3,2	3,5	3,6	3,6
Sollzinssätze der inländischen Kreditinstitute													
Kommerzkredite	6,5	6,4	5,8	5,9	5,7	5,4	5,0	.	4,8
Privatkredite	7,4	7,3	6,7	6,8	6,7	6,3	5,9	.	5,7
Hypothekarkredite	5,8	5,9	5,3	5,3	5,2	4,9	4,5	.	4,4
Habenzzinssätze der inländischen Kreditinstitute													
Spareinlagen täglich fällig	0,7	0,6	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	.	0,2
Spareinlagen über 12 Monate	3,1	3,3	2,8	2,8	2,6	2,3	2,1	.	1,9
Kapitalsparbrief	3,6	3,7	3,2	3,3	3,0	2,6	2,3	.	2,1

Q: OeNB, EZB. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauningner@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Landwirtschaft

Übersicht 19: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 1995

	Ø 1994/1996	1998	1999	2000	2001	2002	Ø 1994/1996	1998	1999	2000	2001	2002
	Mio. €, zu Erzeugerpreisen						Mio. €, zu Herstellungspreisen					
Produktionswert												
Pflanzliche Erzeugung	2.343	2.167	2.333	2.165	2.235	2.232	2.812	2.544	2.667	2.499	2.579	2.575
Tierische Erzeugung	2.693	2.286	2.280	2.412	2.577	2.410	2.980	2.450	2.359	2.495	2.696	2.570
Übrige Produktion	449	487	522	509	512	531	449	487	522	509	512	531
Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	5.485	4.940	5.134	5.086	5.323	5.173	6.241	5.481	5.547	5.504	5.787	5.677
Bruttowertschöpfung Landwirtschaft	2.468	2.040	2.096	2.125	2.268	2.098	3.199	2.582	2.509	2.543	2.732	2.602
Nettowertschöpfung Landwirtschaft	1.860	1.252	1.175	1.202	1.385	1.249
	1.000 Jahresarbeitseinheiten						Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft	194,9	179,6	177,7	170,3	167,3	165,2	.	- 2,0	- 1,1	- 4,1	- 1,8	- 1,3
	Real, Ø 1994/1996 = 100						Nominell, Ø 1994/1996 = 100					
Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit	100,0	84,7	81,3	87,6	102,1	99,4	100,0	87,3	84,4	92,2	109,3	107,7
	Erwerbstätige zu Vollzeitäquivalenten (Jahresarbeitseinheiten)						Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen					
Anteil der Landwirtschaft in %	6,0	5,4	5,3	5,0	4,9	4,9	2,0	1,4	1,4	1,3	1,4	1,3

Q: Eurostat, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Übersicht 20: Markt- und Preisentwicklung

	Ø 1994/ 1996	1999	2000	2001	2002	2002		2003		2003			
						III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	April	Mai	Juni	Juli
	1.000 t					Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Marktentwicklung													
Milchanlieferung	2.278,0	2.540,0	2.660,8	2.653,7	2.648,8	- 0,6	+ 0,9	+ 0,4	- 0,3	+ 0,6	- 0,2	- 1,2	- 1,4
Marktleistung Getreide ¹⁾		2.505,0	2.209,1	2.442,9	2.330,7								
Marktleistung Schlachtrinder	196,5	194,7	194,8	203,7	198,3	- 5,4	- 4,2	- 3,9	- 7,0	- 11,5	- 4,9	- 3,9	- 3,4
Marktleistung Schlachtkälber	13,0	10,7	10,2	11,5	10,8	- 3,9	- 9,4	- 16,1	- 3,6	+ 12,0	- 15,1	- 7,2	- 11,6
Marktleistung Schlachtschweine	430,5	482,8	468,3	453,0	463,5	+ 7,7	- 1,4	+ 2,2	- 0,4	- 4,2	- 2,8	+ 6,2	- 3,7
Marktleistung Schlachtgeflügel ²⁾	84,2	94,8	94,5	99,6	100,7	- 2,2	+ 2,1	- 0,8	+ 2,7	+ 6,9	- 0,8	+ 2,2	- 7,1
	€ je t					Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
Milch (4% Fett, 3,3% EE)	311,5	283,1	283,8	324,5	307,0	- 11,7	- 13,6	- 11,0	- 6,6	- 7,8	- 7,0	- 4,9	- 6,4
Qualitätsweizen		123,9	125,6	123,4	114,1	- 5,1	- 1,8	- 2,5	+ 0,6	- 3,1	+ 3,3	+ 1,9	- 8,9
Jungstiere (R3) ³⁾		2.778,8	2.824,2	2.456,7	2.680,0	+ 6,1	+ 6,3	+ 8,0	+ 4,3	+ 7,4	+ 3,1	+ 2,3	+ 0,8
Schweine (Kl. E.) ³⁾		1.151,9	1.430,8	1.719,2	1.374,2	- 15,7	- 14,6	- 12,6	- 8,8	- 8,8	- 11,0	- 6,6	- 4,8
Hühner bratfertig ³⁾		1.791,7	1.827,5	1.941,7	1.935,8	- 0,5	+ 0,5	- 1,0	- 0,5	- 0,5	- 1,0	+ 0,0	- 0,5

Q: Agrarmarkt Austria, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Wirtschaftsjahr (Juli bis Juni); Körnermais: Oktober bis September. Jahr 2002: vorläufige Werte. – ²⁾ Back-, Brat- und Truthühner. – ³⁾ € je t Schlachtgewicht. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Sachgütererzeugung

Übersicht 21: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2000	2001	2002	2002		2003		2002			2003		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitsfähig bereinigt)													
Insgesamt	+ 10,0	+ 1,7	+ 0,1	+ 2,0	- 0,3	+ 1,5	+ 3,2	+ 0,9	+ 2,1	+ 1,7	+ 4,6	+ 1,1	+ 3,9
Vorprodukte	+ 8,7	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,5	+ 5,6	+ 1,1	+ 3,7	+ 2,9	+ 7,3	+ 3,1	+ 6,6
Kfz	+ 18,8	+ 6,0	- 4,6	+ 2,6	- 8,1	- 1,6	+ 4,6	+ 0,9	+ 1,4	- 8,2	+ 9,3	- 0,5	+ 5,7
Investitionsgüter	+ 10,9	- 0,0	+ 3,2	+ 11,5	+ 0,2	+ 2,0	+ 1,3	+ 4,9	- 1,3	+ 2,3	+ 0,7	- 0,7	+ 3,6
Konsumgüter	+ 5,6	+ 0,8	- 0,3	- 1,1	- 0,0	+ 0,5	+ 0,5	- 0,3	+ 1,6	+ 0,0	+ 2,0	- 0,2	- 0,2
Dauerhafte	+ 17,2	+ 1,9	- 7,2	- 5,6	- 9,3	- 6,8	- 2,3	- 10,9	- 3,5	- 6,0	- 1,4	- 3,7	- 1,8
Nichtdauerhafte	+ 1,7	- 0,3	- 0,3	- 1,1	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 3,0	+ 1,7	- 4,1	- 0,6	+ 0,5	+ 0,6
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,7	+ 1,2	+ 3,3	+ 1,4	+ 3,7	+ 4,3	+ 2,2	+ 2,5	+ 4,0	+ 6,3	+ 6,0	+ 1,1	- 0,2
Beschäftigte	+ 0,1	+ 1,4	- 1,7	- 1,3	- 2,4	- 2,1	- 1,6	- 2,2	- 2,1	- 2,0	- 1,6	- 1,8	- 1,3
Geleistete Stunden	- 0,0	+ 1,0	- 2,4	- 2,1	- 1,9	- 1,5	- 2,0	- 0,8	- 3,1	- 0,4	- 3,4	- 2,2	- 0,4
Produktion je Beschäftigten	+ 10,0	+ 0,3	+ 1,8	+ 3,4	+ 2,2	+ 3,7	+ 4,9	+ 3,2	+ 4,3	+ 3,7	+ 6,3	+ 3,0	+ 5,3
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	+ 9,3	+ 0,9	+ 2,9	+ 4,2	+ 2,9	+ 4,1	+ 4,4	+ 4,1	+ 2,6	+ 5,6	+ 4,7	+ 3,6	+ 4,8
Auftragseingänge	+ 13,9	+ 2,2	- 2,4	+ 3,3	- 3,0	- 7,5	- 1,9	+ 0,6	+ 3,6	- 22,8	+ 3,3	- 3,0	- 5,8
Inland	+ 9,8	+ 2,7	- 10,5	- 1,8	- 6,9	- 25,3	- 5,1	- 12,8	- 16,4	- 39,4	+ 4,4	- 3,3	- 14,6
Ausland	+ 16,0	+ 2,0	+ 1,4	+ 5,7	- 1,3	+ 2,8	- 0,5	+ 7,3	+ 13,9	- 11,1	+ 2,8	- 2,9	- 1,6
Auftragsbestand	+ 11,2	+ 8,7	+ 3,4	+ 4,6	+ 0,3	+ 5,9	+ 4,9	+ 8,0	+ 5,8	+ 4,0	+ 4,7	+ 5,1	+ 4,7
Inland	+ 11,3	+ 4,7	- 15,9	- 18,2	- 20,6	- 8,5	+ 2,3	- 10,7	- 9,5	- 5,1	- 2,7	+ 3,4	+ 6,7
Ausland	+ 11,2	+ 10,6	+ 12,1	+ 15,3	+ 9,6	+ 11,5	+ 5,8	+ 15,9	+ 11,8	+ 7,3	+ 7,6	+ 5,7	+ 4,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Traude.Novak@wifo.ac.at

Übersicht 22: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

	2000	2001				2002				2003			
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Salden aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt												
Auftragsbestände	- 12,1	- 14,1	- 23,0	- 29,5	- 41,1	- 36,5	- 37,6	- 32,2	- 31,1	- 32,5	- 28,7	- 36,0	- 29,0
Exportauftragsbestände	- 16,2	- 16,8	- 27,9	- 30,3	- 41,9	- 39,4	- 35,5	- 31,5	- 30,8	- 34,2	- 29,0	- 43,7	- 35,3
Fertigwarenlager	+ 9,7	+ 13,4	+ 18,6	+ 19,4	+ 21,6	+ 20,9	+ 18,1	+ 17,5	+ 16,1	+ 14,3	+ 12,9	+ 15,0	+ 8,9
Produktionserwartungen	+ 12,2	+ 10,9	+ 4,7	+ 3,5	- 4,4	+ 1,5	+ 8,5	+ 4,8	+ 6,7	+ 4,1	+ 3,3	+ 3,5	+ 12,1
Verkaufspreiserwartungen	+ 8,3	+ 9,1	- 3,1	- 3,1	- 12,4	- 5,3	- 1,7	+ 1,4	- 2,1	- 5,1	- 0,6	- 8,9	- 1,7

Q: WIFO-Konjunkturtest. • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Bauwirtschaft

Übersicht 23: Produktion

	2000	2001	2002	2002				2002				2003	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionswert													
Hoch- und Tiefbau ¹⁾	+ 3,6	- 2,9	+ 1,7	+ 0,6	+ 6,4	+ 0,6	- 0,6	+ 2,8	- 1,2	- 4,6	+ 5,1	+ 12,1	+ 3,8
Hochbau	+ 4,4	- 4,0	- 0,6	- 1,9	+ 5,7	+ 1,0	- 6,5	+ 0,2	- 1,8	- 13,5	- 3,4	+ 5,1	+ 5,4
Wohnhaus-, Siedlungsbau	- 1,0	- 9,7	- 1,8	+ 2,6	- 0,3	+ 1,1	- 8,8	+ 5,7	+ 0,3	- 10,2	- 16,4	- 7,8	- 13,2
Tiefbau	+ 1,6	- 1,4	+ 5,7	+ 5,5	+ 7,8	+ 0,8	+ 9,0	+ 6,5	- 0,5	+ 11,4	+ 22,0	+ 24,5	- 8,1
Bauwesen insgesamt ²⁾	+ 4,2	- 2,7	+ 0,8	+ 1,4	+ 4,0	- 0,7	- 0,7	+ 1,1	- 1,6	- 1,5	+ 1,1	+ 6,2	+ 5,7
Baunebengewerbe	+ 5,3	- 0,2	- 3,3	+ 1,1	- 0,1	- 4,2	- 7,1	- 3,9	- 7,5	- 9,7	- 4,7	+ 3,4	+ 10,1
Auftragsbestände	+ 0,6	+ 2,0	- 2,6	- 3,2	- 4,6	- 2,2	- 0,1	- 3,0	- 1,3	- 1,3	+ 2,5	+ 3,6	+ 5,2
Auftragseingänge	+ 4,3	- 3,7	+ 1,9	+ 0,2	+ 0,8	- 1,6	+ 8,2	- 1,5	+ 8,1	+ 0,3	+ 16,1	+ 26,4	- 1,7

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Wert der technischen Gesamtproduktion nach dem Güteransatz (GNACE), charakteristische Produktion ohne Nebenleistungen. – ²⁾ Wert der abgesetzten Produktion nach dem Aktivitätsansatz (ÖNACE 1995), einschließlich Bauhilfsgewerbe, nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit des Bauunternehmens. • E-Mail-Adresse: Monika.Dusek@wifo.ac.at

Übersicht 24: Preise und Arbeitsmarkt

	2000	2001	2002	2002 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2003 II. Qu.	2003 III. Qu.	April	Mai	2003 Juni	2003 Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<i>Baupreisindex¹⁾</i>													
Hoch- und Tiefbau	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8
Hochbau	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5
Tiefbau	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	- 0,3	- 0,2
<i>Arbeitsmarkt</i>													
Beschäftigung Hoch- und Tiefbau	- 2,0	- 4,1	- 2,8	- 2,8	- 2,0	- 1,0	- 0,7	- 1,3	- 0,6	- 1,0	- 0,6	- 0,6	- 0,7
Arbeitslose	- 7,7	+ 10,4	+ 8,0	+ 0,7	- 2,0	- 3,7	- 1,1	- 3,2	- 4,8	- 3,1	- 2,4	- 1,8	+ 0,8
Offene Stellen	+ 12,9	- 30,9	- 11,0	+ 8,8	- 5,9	+ 5,3	- 3,4	- 3,6	+ 14,4	+ 6,9	- 2,8	- 0,4	- 7,1

Q: Statistik Austria, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. – ¹⁾ 1996 = 100. • E-Mail-Adresse: Monika.Dusek@wifo.ac.at

Binnenhandel**Übersicht 25: Umsätze und Beschäftigung im Einzelhandel**

	2000	2001	2002	2002 III. Qu.	2002 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2003 II. Qu.	März	April	2003 Mai	2003 Juni	Juli	August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<i>Nettoumsätze nominell</i>													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 0,2	- 1,0	- 2,0	- 0,5	+ 1,7	+ 3,5	+ 5,4	+ 4,0	+ 5,3	+ 8,0	+ 2,9	+ 1,6	+ 6,2
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 8,9	- 3,4	+ 2,0	+ 4,3	+ 2,9	+ 4,8	+ 2,9	+ 4,9	+ 6,8	+ 2,2	- 0,3	+ 0,9	- 2,4
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,2	+ 4,1	- 2,1	+ 8,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 1,7	- 2,5
<i>Nettoumsätze real</i>													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	- 2,1	- 2,1	- 3,5	- 2,2	- 0,4	+ 0,4	+ 3,2	+ 0,8	+ 2,9	+ 5,9	+ 0,9	- 0,2	+ 3,9
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 4,6	- 4,0	+ 2,6	+ 5,2	+ 2,4	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,7	+ 6,8	+ 2,9	- 0,9	+ 0,7	- 3,0
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 1,8	- 0,8	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,4	+ 3,1	- 3,1	+ 7,4	+ 2,3	- 0,5	- 0,3	- 4,0
<i>Beschäftigte¹⁾</i>													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,9	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,8	- 1,4	+ 0,8
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 1,0	+ 1,6	- 0,6	- 0,9	- 1,2	- 4,5	- 4,1	- 4,2	- 4,1	- 3,7	- 4,5	- 4,2	- 2,8
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 1,3	+ 1,1	- 0,7	- 1,1	- 1,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,1	- 0,2	+ 0,2	+ 2,3

Q: Statistik Austria; laut ÖNACE 1995, ab 2003 mit ÖNACE 2003 verkettet. – ¹⁾ Einschließlich im Betrieb tätiger Inhaber und mithelfender Familienmitglieder. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Verkehr**Übersicht 26: Güter- und Personenverkehr**

	2000	2001	2002	2002 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2003 II. Qu.	2003 III. Qu.	April	Mai	2003 Juni	2003 Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<i>Güterverkehr</i>													
Straße (in tkm)	+ 1,9	+ 2,3
Neuzulassungen Lkw (Nutzlast 1 t und darüber)	+ 4,5	- 13,2	- 7,4	+ 1,4	+ 5,5	+ 16,7	+ 14,3	+ 8,4	+ 24,5	+ 18,4	+ 10,7	+ 18,0	+ 15,3
Bahn (in tkm)	+ 10,0	+ 1,6	+ 1,4	- 0,6	- 2,9	+ 0,7
Inlandverkehr	+ 10,3	- 1,0	+ 1,9	+ 4,7	- 10,4	+ 3,4
Ein- und Ausfuhr	+ 12,3	+ 1,3	+ 2,7	- 1,5	- 0,7	- 4,8
Transit	+ 4,3	+ 5,3	- 2,3	- 4,3	- 0,4	+ 11,4
<i>Personenverkehr</i>													
Bahn (Personenkilometer)	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,7
Luftverkehr (Passagiere)	+ 7,2	- 0,3	+ 1,4	+ 16,3	+ 7,8	- 0,2	+ 5,2	- 0,4	- 3,0	+ 2,4	+ 4,5	+ 6,6	+ 4,6
Neuzulassungen Pkw	- 1,5	- 5,1	- 4,8	+ 4,7	+ 2,5	+ 6,3	+ 9,5	+ 5,3	+ 8,4	+ 5,4	+ 6,5	+ 8,1	+ 14,3

Q: Statistik Austria, ÖBB. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Bankenstatistik**Übersicht 27: Einlagen und Kredite**

	2000	2001	2002	2002 III. Qu.	2002 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2003 II. Qu.	März	April	2003 Mai	2003 Juni	Juli	August
	Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %												
<i>Einlagen insgesamt</i>													
Spareinlagen	- 2,1	+ 4,8	+ 1,8	+ 3,0	+ 1,8	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,9
Termineinlagen	+ 12,5	+ 31,8	- 13,8	+ 1,9	- 13,8	- 10,5	- 7,2	- 10,5	- 6,5	- 3,5	- 7,2	- 12,8	- 15,6
Sichteinlagen	+ 14,4	+ 8,2	+ 9,3	+ 12,0	+ 9,3	+ 10,5	+ 11,8	+ 10,5	+ 9,5	+ 10,1	+ 11,8	+ 13,1	+ 16,9
Fremdwährungseinlagen	+ 7,3	- 19,1	- 9,3	- 14,8	- 9,3	- 11,2	+ 3,5	- 11,2	- 8,9	- 14,1	+ 3,5	- 11,7	+ 5,3
<i>Direktkredite an inländische Nichtbanken</i>													
	+ 6,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,4	- 0,1	- 0,5	- 0,1	+ 0,1	+ 1,1

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Arbeitsmarkt

Übersicht 28: Saisonbereinigte Arbeitsmarktkindikatoren

	2002				2003						2003		
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig Beschäftigte	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0
Arbeitslose	+ 3,0	+ 1,4	+ 0,0	- 0,0	+ 1,0	+ 1,7	+ 0,5	- 0,1	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,8
Offene Stellen	- 4,8	- 2,8	+ 1,4	- 1,8	- 1,6	- 2,2	+ 0,6	- 0,9	- 1,9	+ 0,0	- 0,6	- 0,7	- 1,3
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	6,9	7,0	7,0	7,0	7,1	7,2	7,0	7,0	7,1	7,1	7,2	7,2	7,2
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,3	4,4	4,5	4,5	4,5	4,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Übersicht 29: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2000	2001	2002	2002		2003		Mai	Juni	2003			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.			Juli	August	Septem- ber	Oktober
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.134	3.148	3.155	3.149	3.123	3.188	3.255	3.188	3.209	3.276	3.258	3.230	3.203
Männer	1.757	1.748	1.731	1.722	1.677	1.742	1.780	1.744	1.754	1.791	1.783	1.768	1.754
Frauen	1.377	1.400	1.424	1.427	1.446	1.446	1.474	1.444	1.455	1.486	1.476	1.462	1.449
Ausländer	320	329	334	331	334	352	366	352	360	366	366	365	.
Sachgütererzeugung	612	614	599	592	582	587	599	587	588	603	599	594	.
Bauwesen	258	247	240	241	203	250	259	252	254	260	259	258	.
Private Dienstleistungen	1.231	1.250	1.257	1.244	1.256	1.248	1.289	1.244	1.263	1.298	1.295	1.273	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	251	267	278	283	277	284	295	284	287	295	296	293	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.064	3.078	3.064	3.044	3.013	3.074	3.139	3.074	3.095	3.161	3.142	3.114	.
Männer	1.745	1.735	1.718	1.710	1.665	1.728	1.766	1.730	1.740	1.776	1.768	1.755	.
Frauen	1.320	1.343	1.345	1.334	1.348	1.346	1.373	1.345	1.355	1.384	1.374	1.360	.
Arbeitslose	194	204	232	244	284	216	205	215	201	200	205	209	224
Männer	108	115	134	141	184	119	108	117	109	106	107	111	118
Frauen	87	89	98	104	100	97	96	98	92	94	98	97	105
Personen in Schulung ²⁾	29	32	35	41	44	44	37	45	42	37	35	40	44
Offene Stellen	35	30	23	21	21	24	23	25	23	23	23	22	21
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	+ 25,8	+ 14,4	+ 7,0	+ 15,0	+ 31,3	+ 32,5	+ 30,3	+ 31,9	+ 27,4	+ 29,9	+ 27,7	+ 33,5	+ 27,5
Männer	+ 2,2	- 9,3	- 16,6	- 17,5	- 7,1	+ 0,5	+ 3,8	+ 1,4	- 0,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 6,4	+ 3,1
Frauen	+ 23,7	+ 23,7	+ 23,7	+ 32,5	+ 38,4	+ 32,1	+ 26,5	+ 30,6	+ 28,1	+ 27,4	+ 25,0	+ 27,1	+ 24,4
Ausländer	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 6,4	+ 11,9	+ 15,9	+ 18,0	+ 14,8	+ 16,2	+ 16,7	+ 18,6	+ 18,7	.
Sachgütererzeugung	+ 0,2	+ 1,3	- 15,1	- 18,2	- 14,5	- 12,0	- 7,6	- 11,6	- 11,0	- 7,9	- 7,5	- 7,4	.
Bauwesen	- 5,2	- 10,4	- 6,8	- 7,0	- 4,2	- 2,5	- 1,7	- 1,6	- 2,7	- 1,6	- 1,6	- 1,9	.
Private Dienstleistungen	+ 27,8	+ 19,3	+ 6,2	+ 5,9	+ 3,9	+ 3,6	+ 2,7	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 2,8	+ 4,9	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	+ 18,2	+ 16,3	+ 10,3	+ 13,2	+ 11,1	+ 8,6	+ 8,5	+ 8,7	+ 7,9	+ 8,9	+ 8,4	+ 8,1	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 28,9	+ 13,6	- 14,6	- 21,1	- 3,4	+ 6,7	+ 12,3	+ 6,4	+ 4,7	+ 9,6	+ 9,3	+ 18,1	.
Männer	+ 2,1	- 9,5	- 16,7	- 17,7	- 7,5	- 0,2	+ 3,3	+ 0,8	- 1,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 6,0	.
Frauen	+ 26,8	+ 23,2	+ 2,1	- 3,4	+ 4,1	+ 6,9	+ 9,1	+ 5,7	+ 5,8	+ 7,7	+ 7,4	+ 12,1	.
Arbeitslose	- 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 14,8	+ 5,9	+ 5,4	+ 7,5	+ 7,1	+ 9,2	+ 8,3	+ 5,4	+ 8,7	+ 10,1
Männer	- 14,0	+ 7,8	+ 19,1	+ 11,8	+ 6,2	+ 4,3	+ 4,1	+ 4,6	+ 5,7	+ 4,7	+ 3,1	+ 4,4	+ 5,6
Frauen	- 13,4	+ 1,8	+ 9,5	+ 3,0	- 0,3	+ 1,1	+ 3,4	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,6	+ 2,3	+ 4,3	+ 4,5
Personen in Schulung ²⁾	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,8	+ 7,5	+ 11,8	+ 8,6	+ 3,6	+ 9,2	+ 7,0	+ 5,1	+ 3,3	+ 2,3	+ 1,6
Offene Stellen	+ 4,3	- 5,8	- 6,5	- 2,5	- 1,8	- 1,1	- 1,0	- 0,9	- 1,1	- 0,8	- 0,8	- 1,4	- 1,8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienner. – ²⁾ Bezieher und Bezieherinnen von Individualbeihilfe des AMS. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Übersicht 30: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2000	2001	2002	2002		2003		Mai	Juni	2003			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.			Juli	August	Septem- ber	Oktober
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	5,8	6,1	6,9	7,2	8,3	6,3	5,9	6,3	5,9	5,8	5,9	6,1	6,5
Männer	5,8	6,2	7,2	7,6	9,9	6,4	5,7	6,3	5,9	5,6	5,7	5,9	6,3
Frauen	5,9	5,9	6,4	6,8	6,4	6,3	6,1	6,3	5,9	5,9	6,2	6,2	6,8
Unter 25-Jährige (in % der Arbeitslosen insgesamt)	14,4	15,2	15,8	16,6	15,4	16,1	17,4	16,2	16,1	16,7	17,1	18,3	17,5
Stellenandrang (Arbeitslose je 100 offene Stellen)	547	687	1.002	1.144	1.348	902	906	869	862	882	900	938	1.077

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Preise und Löhne

Übersicht 31: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2000	2001	2002	2002	2003				2003				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,3
Verbraucherpreisindex	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,4
Ohne Saisonwaren	+ 2,3	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	.	+ 3,6	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,2
Alkoholische Getränke, Tabak	.	+ 4,2	+ 4,4	+ 5,6	+ 4,9	+ 3,6	+ 2,2	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,9	+ 0,8	+ 1,9
Bekleidung und Schuhe	.	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,5
Wohnung, Wasser, Energie	.	+ 3,1	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3
Hausrat und laufende Instandhaltung	.	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,7
Gesundheitspflege	.	+ 5,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,4	- 1,9	- 1,8	- 0,5	- 2,6	- 2,7	- 1,8	- 1,7	- 1,8
Verkehr	.	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,5	+ 3,4	- 0,6	+ 0,6	+ 0,3	- 1,1	- 1,1	- 0,6	+ 0,6	+ 1,9
Nachrichtenübermittlung	.	- 1,0	- 1,0	- 1,9	- 2,1	- 1,7	- 1,9	- 1,6	- 1,6	- 1,7	- 1,8	- 1,7	- 2,0
Freizeit und Kultur	.	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7
Erziehung und Unterricht	.	+ 10,0	+ 21,9	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,2	+ 2,0
Restaurants und Hotels	.	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,5
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	.	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,4
Großhandelspreisindex	+ 4,0	+ 1,5	- 0,4	+ 0,5	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3
Ohne Saisonprodukte	+ 4,1	+ 1,4	- 0,5	+ 0,5	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,1

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Übersicht 32: Tariflöhne

	2000	2001	2002	2002	2003				2003				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2
Arbeiter	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1
Angestellte	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,8
Verkehr	+ 1,5	+ 1,6	+ 4,1	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 33: Effektivverdienste

	2000	2001	2002	2002	2003		2002				2003		
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft ¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 3,8	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,7
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 4,4	+ 1,7	+ 1,0
Pro-Kopf-Einkommen													
Je Arbeitnehmer, brutto	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,5
Je Arbeitnehmer, netto	+ 3,0	+ 1,0	+ 1,3
Je Arbeitnehmer, netto real ²⁾	+ 1,5	- 1,0	- 0,5
Sachgütererzeugung													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 2,2	+ 4,1	+ 0,9	+ 1,2	- 0,4	+ 1,1	.	+ 0,0	+ 1,0	- 0,6	- 1,6	+ 1,6	+ 0,4
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,7	+ 1,7	+ 2,7	.	+ 2,9	+ 3,3	+ 1,6	+ 0,5	+ 3,6	+ 2,1
Stundenverdienste je Arbeiter													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,4	+ 1,9	+ 3,2	.	+ 4,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,8	+ 2,0	+ 3,1
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 3,1	.	+ 4,2	+ 1,7	+ 2,1	+ 3,9	+ 0,8	+ 3,4
Bauwesen													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 1,1	- 2,4	- 0,4	+ 0,2	- 0,4	+ 3,1	.	- 3,7	+ 3,0	- 0,3	- 2,9	+ 3,3	+ 1,2
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,9	+ 2,3	+ 2,7	.	+ 0,0	+ 6,2	+ 2,8	- 0,2	+ 5,6	+ 2,3
Stundenverdienste je Arbeiter													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,0	+ 3,7	.	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,0	+ 0,5	+ 3,4	+ 2,4
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,4	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,0	+ 4,6	.	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,3	+ 4,0

Q: Statistik Austria. – 1) Laut ESVG 1995. – 2) Zu Preisen von 1995. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Staatshaushalt

Übersicht 34: Staatsquoten

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	
	In % des Bruttoinlandsproduktes										
Staatsausgaben		57,9	57,4	57,3	56,8	54,1	54,2	54,2	52,3	51,9	51,8
Abgabenquote Staat und EU		43,2	41,9	42,4	43,9	44,7	44,4	44,4	43,5	45,6	44,6
Finanzierungssaldo ¹⁾		- 4,2	- 5,0	- 5,2	- 3,8	- 1,9	- 2,4	- 2,3	- 1,5	0,3	- 0,2
Schuldenstand		61,8	64,7	69,2	69,1	64,7	64,9	67,5	66,8	67,3	67,3

Q: Statistik Austria. Stand: 26. August 2003. – 1) Einschließlich Saldo der Währungsaustauschverträge. • E-Mail-Adresse: Brigitte.Schuetz@wifo.ac.at

Soziale Sicherheit

Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	1.894,0	1.914,4	1.944,5	1.978,4	1.993,3	2.008,0	679	697	718	740	754	771
Unselbständige	1.549,7	1.570,8	1.600,2	1.630,7	1.646,6	1.662,8	699	716	738	760	773	790
Arbeiter	952,0	958,1	966,7	975,1	976,3	978,0	571	582	595	609	616	626
Angestellte	557,8	573,3	590,5	612,6	627,8	642,8	911	934	962	989	1.008	1.029
Selbständige	344,3	343,6	344,3	347,7	346,6	345,2	588	607	626	646	663	681
Gewerbliche Wirtschaft	153,0	153,3	154,3	156,0	156,5	156,7	733	755	782	809	831	856
Bauern	191,0	190,1	189,6	191,4	189,8	188,1	469	484	496	509	519	531
Neuzuerkennungen insgesamt ¹⁾	110,7	105,1	116,6	120,0	97,1	101,3	709	737	804	846	783	793
Unselbständige	94,4	89,6	99,6	100,9	83,5	87,2	716	746	816	863	786	799
Arbeiter	56,0	52,4	55,4	54,8	45,7	48,6	556	577	611	638	565	576
Angestellte	36,5	35,5	42,0	43,9	36,0	36,9	954	988	1.076	1.137	1.058	1.087
Selbständige ¹⁾	16,3	15,5	17,0	19,0	13,6	14,1	669	684	738	754	763	760
Gewerbliche Wirtschaft	8,3	8,0	8,7	9,2	7,6	7,5	839	849	909	974	952	965
Bauern	8,0	7,5	8,2	9,8	6,1	6,6	492	508	557	548	528	525

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Ohne Notariat. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 36: Pensionen nach Pensionsarten

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	1.894,0	1.914,4	1.944,5	1.978,4	1.993,3	2.008,0	679	697	718	740	754	771
Direkt pensionen	1.362,5	1.382,8	1.413,3	1.448,2	1.464,4	1.480,7	771	791	815	791	853	872
Invaliditätspensionen	385,9	382,5	378,3	377,4	381,2	385,5	658	675	692	710	731	752
Alle Alterspensionen ¹⁾	976,7	1.000,3	1.034,9	1.070,9	1.083,1	1.095,1	816	835	860	882	896	914
Normale Alterspensionen	763,9	777,3	801,9	831,0	860,8	885,4	760	774	789	803	816	832
Vorzeitige Alterspensionen	212,1	222,4	232,5	239,4	222,0	209,3	1.019	1.051	1.106	1.160	1.211	1.261
Lange Versicherungsdauer	124,5	127,6	131,4	132,2	123,2	120,9	1.110	1.137	1.192	1.257	1.314	1.370
Arbeitslosigkeit	20,8	19,8	18,6	17,3	15,4	14,7	629	648	672	698	716	729
Geminderte Arbeitsfähigkeit	65,7	74,0	81,7	89,2	82,9	73,4	968	1.011	1.067	1.107	1.151	1.190
Gleitpensionen	1,1	1,1	0,8	0,6	0,5	0,4	998	993	956	957	953	947
Witwen- bzw. Witwerpensionen	480,5	481,0	480,8	480,0	478,8	477,8	466	476	486	497	504	514
Waisenpensionen	51,0	50,6	50,5	50,1	49,7	49,5	222	228	234	240	246	253
Neuzuerkennungen insgesamt ²⁾	110,7	105,1	116,6	120,0	97,1	101,3	709	737	804	846	783	793
Direkt pensionen	75,9	72,9	84,7	89,2	67,4	71,1	841	875	945	985	933	941
Invaliditätspensionen	14,5	15,0	15,3	17,8	21,7	22,9	765	794	784	860	900	865
Alle Alterspensionen ¹⁾	61,4	57,9	69,3	71,3	45,6	48,1	859	897	980	1.016	949	977
Normale Alterspensionen	15,5	14,7	17,0	18,0	18,2	18,4	428	413	450	482	473	469
Vorzeitige Alterspensionen	45,9	43,2	52,3	53,3	27,4	29,7	1.004	1.061	1.153	1.197	1.264	1.292
Lange Versicherungsdauer	28,0	26,9	34,0	33,1	21,5	25,4	1.095	1.142	1.252	1.329	1.366	1.376
Arbeitslosigkeit	4,1	3,5	4,2	4,1	3,0	3,2	636	648	677	690	706	684
Geminderte Arbeitsfähigkeit	13,3	12,4	14,0	15,9	2,8	1,0	926	1.010	1.059	1.054	1.094	1.109
Gleitpensionen	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	1.033	804	719	881	959	1.003
Witwen- bzw. Witwerpensionen	29,0	26,6	26,4	25,3	24,5	25,0	466	471	480	494	493	497
Waisenpensionen	5,8	5,6	5,5	5,5	5,3	5,3	198	203	201	204	207	213

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Knappschaftssold. – ²⁾ Ohne Notariat. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 37: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direkt pensionen	58,4	58,2	58,4	58,5	58,7	59,1	56,8	56,7	56,7	56,8	57,3	57,4
Invaliditätspensionen	49,9	50,3	50,4	51,8	53,4	53,7	48,1	48,2	48,3	49,2	50,4	51,3
Alle Alterspensionen	61,0	60,9	60,6	60,5	62,2	62,8	58,2	58,2	58,0	58,3	59,4	59,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 38: Beiträge des Bundes

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Mrd. €						In % des Pensionsaufwands					
Unselbständige	2.218,7	2.356,7	2.625,0	2.211,5	2.377,4	2.691,3	15,0	15,4	16,3	13,1	13,6	15,0
Gewerbliche Wirtschaft	926,0	928,6	957,2	1.016,2	738,1	1.039,3	61,7	59,6	59,0	59,8	41,9	57,1
Bauern	833,6	839,2	878,4	929,4	989,3	1.031,0	80,1	78,8	79,8	81,0	84,8	86,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Umwelt

Übersicht 39: Energiebedingte CO₂-Emissionen

	1990 1995 1996						Emissionen 1997 1998 1999 2000						Emissionsintensität 2000	
							Megatonnen						kg je BIP ¹⁾ t je Einwohner	
OECD	11.013,6	11.529,9	11.932,3	12.036,6	12.050,8	12.134,6	12.449,0	0,51	11,09					
USA	4.825,7	5.108,7	5.290,0	5.395,4	5.432,4	5.488,0	5.665,4	0,63	20,57					
EU	3.114,8	3.083,1	3.179,8	3.129,1	3.162,4	3.130,3	3.161,7	0,38	8,35					
Deutschland	964,1	870,0	908,4	879,7	861,9	830,7	833,0	0,44	10,14					
Österreich	56,9	58,8	61,8	63,2	62,2	62,3	62,8	0,32	7,74					

Q: OECD. – ¹⁾ Zu Preisen von 1995, auf Dollarbasis, kaufkraftbereinigt. • E-Mail-Adresse: Alexandra.Wegscheider@wifo.ac.at

Übersicht 40: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

	1997	1998	1999	2000	2001
	Mio. €				
Umweltsteuereinnahmen insgesamt	4.601	4.764	4.968	5.436	6.065
Energiesteuer ¹⁾	3.060	2.988	3.100	3.288	3.635
Umweltverschmutzungssteuer ²⁾	34	43	65	72	89
Ressourcensteuer ³⁾	407	421	441	452	451
Transportsteuer ⁴⁾	1.100	1.312	1.362	1.624	1.890
Anteile der Umweltsteuern in %					
An den Steuereinnahmen insgesamt	5,6	5,6	5,7	6,0	6,3
Am BIP	2,5	2,5	2,5	2,6	2,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Mineralölsteuer, Energieabgabe. – ²⁾ Alllastenbeitrag, Deponiestandortabgabe. – ³⁾ Grundsteuer, Jagd- und Fischereiabgabe, Abgabe gemäß Wiener Baumschutzgesetz, Landschaftsschutz- und Naturschutzabgabe. – ⁴⁾ Kfz-Steuer, Motorbezogene Versicherungssteuer, Normverbrauchsabgabe, Straßenbenützungsbetrag. • E-Mail-Adresse: Alexandra.Wegscheider@wifo.ac.at

Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 41: Bruttowertschöpfung

	1998	1999	2000	2001	2002	2001				2002			
						I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real, zu Preisen von 1995													
Wien	+ 3,0	+ 1,8	+ 5,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2	- 0,3
Niederösterreich	+ 5,6	+ 2,1	+ 4,6	- 1,2	+ 0,2	+ 2,6	- 0,4	- 1,9	- 4,7	- 1,4	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,9
Burgenland	+ 3,4	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,2	+ 2,6	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,6
Steiermark	+ 4,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 1,2	+ 0,2	+ 4,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,4	- 0,6	- 0,9
Kärnten	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,7	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,4	- 0,6	- 0,4	- 1,5	- 0,4	+ 1,6	+ 0,2
Oberösterreich	+ 4,2	+ 1,5	+ 4,7	+ 1,5	+ 0,7	+ 3,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,1	- 0,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,5
Salzburg	+ 4,1	+ 0,3	+ 5,1	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,5	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,8	+ 1,9
Tirol	+ 5,2	+ 1,5	+ 3,2	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,6	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,5	+ 1,5	+ 3,4	+ 1,5
Vorarlberg	+ 1,8	+ 4,5	+ 4,4	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,8	+ 0,5	+ 3,1	+ 1,1
Österreich	+ 4,0	+ 2,0	+ 4,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 2,5	+ 0,6	+ 0,3	- 0,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,3

Q: WIFO-Berechnungen, vorläufige Schätzwerte. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 42: Tourismus

	2000	2001	2002	2002		2003		2003					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Übernachtungen													
Wien	+ 2,0	- 0,4	- 0,6	- 5,5	+ 6,3	- 1,9	- 1,0	+ 0,6	- 7,5	+ 2,4	- 2,5	- 2,5	- 2,6
Niederösterreich	+ 0,9	- 1,5	- 3,9	- 6,2	- 1,5	- 1,4	+ 0,6	+ 3,1	- 7,8	+ 3,8	- 3,3	+ 2,3	- 0,8
Burgenland	+ 3,8	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,9	- 3,7	- 4,2	+ 2,0	+ 0,7	- 15,2	+ 11,9	- 13,2	+ 13,7	- 1,9
Steiermark	+ 0,8	+ 2,9	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,8	- 3,3	+ 10,6	+ 0,5	- 12,4	+ 21,2	+ 0,3	+ 13,7	+ 0,1
Kärnten	- 1,9	+ 1,3	+ 2,7	+ 2,8	+ 3,7	- 1,1	+ 8,8	- 3,5	- 5,0	+ 47,7	- 11,9	+ 14,2	- 7,1
Oberösterreich	- 1,1	- 1,2	- 1,7	- 4,1	- 0,8	- 6,4	+ 2,1	- 4,6	- 9,3	+ 3,6	- 3,7	+ 6,4	- 5,0
Salzburg	- 0,9	+ 2,8	+ 2,2	+ 0,0	+ 2,6	- 4,1	+ 8,5	- 4,8	- 6,6	+ 34,2	- 10,9	+ 6,5	- 7,5
Tirol	+ 2,3	+ 1,3	+ 2,5	+ 3,3	+ 4,1	- 2,1	+ 14,4	- 5,4	- 2,1	+ 42,8	- 13,7	+ 11,9	- 8,7
Vorarlberg	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,5	+ 2,7	- 3,4	+ 19,1	- 8,2	- 0,2	+ 51,1	- 16,2	+ 18,8	- 3,0
Österreich	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,7	+ 2,9	- 2,8	+ 8,5	- 4,6	- 4,6	+ 28,5	- 8,5	+ 9,6	- 6,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 43: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2000	2001	2002	2002				2002					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Wien	+ 2,3	- 4,7	+ 0,1	+ 2,9	+ 6,3	+ 5,5	- 11,3	+ 5,0	+ 4,3	+ 6,8	- 20,1	- 4,6	- 8,1
Niederösterreich	+ 14,3	- 0,1	+ 0,3	- 5,3	+ 2,8	- 2,2	+ 6,1	- 5,3	- 6,5	+ 5,4	+ 5,4	+ 1,8	+ 12,2
Burgenland	+ 13,0	+ 12,6	+ 1,7	+ 0,1	+ 3,8	- 1,0	+ 3,7	+ 1,1	- 10,1	+ 5,4	+ 6,6	- 1,9	+ 7,2
Steiermark	+ 8,8	+ 8,1	- 1,3	+ 2,7	+ 4,2	- 6,4	- 5,7	+ 0,6	- 13,9	- 6,5	- 3,5	- 8,2	- 5,4
Kärnten	+ 9,1	- 2,4	- 1,1	- 6,5	+ 0,8	+ 1,3	- 0,0	+ 1,2	- 4,2	+ 6,2	+ 1,4	- 5,0	+ 3,8
Oberösterreich	+ 14,1	+ 4,7	+ 1,2	- 2,9	+ 1,6	+ 2,2	+ 3,9	+ 3,9	- 4,8	+ 6,6	+ 3,7	+ 1,6	+ 6,8
Salzburg	+ 8,5	+ 4,0	+ 3,4	- 0,0	+ 4,1	+ 3,9	+ 5,4	+ 6,3	- 1,6	+ 6,6	+ 5,8	+ 2,9	+ 7,9
Tirol	+ 12,1	+ 3,9	+ 2,9	- 0,4	+ 0,0	+ 5,9	+ 5,8	+ 15,3	- 5,4	+ 6,8	+ 5,4	+ 5,4	+ 6,7
Vorarlberg	+ 11,2	+ 3,8	+ 2,0	+ 0,0	+ 0,9	+ 6,1	+ 1,1	+ 6,3	+ 3,3	+ 8,4	+ 3,4	- 3,4	+ 3,5
Österreich	+ 10,6	+ 2,4	+ 0,6	- 1,5	+ 2,9	+ 0,7	+ 0,3	+ 2,2	- 5,0	+ 4,3	- 0,5	- 1,2	+ 3,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 44: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2000	2001	2002	2002				2002					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Wien	+ 2,8	- 5,0	- 5,0	- 3,1	- 0,3	- 5,2	- 9,7	- 6,9	- 3,3	- 5,4	- 5,5	- 10,1	- 12,6
Niederösterreich	+ 5,3	- 2,8	+ 1,3	+ 2,4	+ 4,6	+ 0,0	- 0,9	- 1,0	- 6,1	+ 7,1	- 0,6	- 3,2	+ 1,2
Burgenland	+ 1,9	- 1,1	+ 11,5	+ 27,4	+ 9,1	+ 5,8	+ 11,2	+ 11,4	- 3,6	+ 9,0	+ 7,6	+ 21,7	+ 5,4
Steiermark	+ 9,6	- 3,9	+ 0,5	+ 0,0	+ 4,7	- 2,5	+ 0,1	+ 1,8	- 10,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,3	- 4,5
Kärnten	+ 5,7	+ 4,3	+ 5,1	+ 1,4	+ 0,8	+ 9,2	+ 6,9	+ 15,1	+ 2,8	+ 9,3	- 0,5	+ 8,2	+ 14,1
Oberösterreich	+ 2,6	+ 0,1	+ 3,5	+ 1,4	+ 9,7	- 0,0	+ 2,9	+ 1,4	- 3,8	+ 2,1	- 1,5	- 1,5	+ 13,1
Salzburg	+ 2,1	- 5,8	- 0,6	- 6,9	- 3,7	- 5,0	+ 9,5	+ 1,3	- 2,8	- 12,5	+ 4,7	+ 6,1	+ 18,0
Tirol	+ 1,0	- 3,0	+ 6,5	+ 12,1	+ 8,6	+ 6,4	+ 2,2	+ 6,8	+ 5,9	+ 6,5	- 1,4	+ 1,6	+ 6,7
Vorarlberg	+ 8,1	- 5,9	- 4,8	+ 7,5	- 2,8	- 7,3	- 11,3	- 5,4	- 12,3	- 4,7	- 13,2	- 11,6	- 9,2
Österreich	+ 4,2	- 2,7	+ 0,8	+ 1,4	+ 4,0	- 0,7	- 0,7	+ 0,8	- 4,0	+ 1,1	- 1,6	- 1,5	+ 1,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 45: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	2000	2001	2002	2002 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2003 II. Qu.	2003 III. Qu.	April	Mai	2003 Juni	2003 Juli	August	September
	In 1.000												
<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>													
Wien	759	755	741	737	730	741	744	738	742	741	748	745	739
Niederösterreich	508	508	504	503	489	509	517	505	511	512	521	516	514
Burgenland	78	79	80	80	77	83	85	82	83	84	86	85	85
Steiermark	420	423	421	420	410	424	433	421	425	426	435	433	431
Kärnten	188	188	187	185	178	190	197	185	190	193	200	199	193
Oberösterreich	519	526	527	526	519	533	543	530	533	536	547	541	542
Salzburg	209	210	211	208	212	209	216	207	209	211	217	218	214
Tirol	254	258	261	254	266	257	269	255	254	262	272	271	264
Vorarlberg	129	130	131	130	132	129	133	130	128	130	135	134	132
Österreich	3.064	3.078	3.064	3.044	3.013	3.074	3.139	3.053	3.074	3.095	3.161	3.142	3.114
<i>Arbeitslose</i>													
Wien	60	63	75	74	84	76	76	77	75	75	75	77	77
Niederösterreich	32	34	38	40	49	33	34	35	32	32	33	34	33
Burgenland	7	7	8	8	11	6	6	7	6	6	6	6	6
Steiermark	29	30	34	35	45	30	28	33	30	28	28	28	28
Kärnten	15	16	17	20	24	14	12	17	13	11	11	12	13
Oberösterreich	22	23	27	27	33	21	22	23	21	20	21	22	22
Salzburg	9	10	11	13	13	11	9	13	12	9	8	9	10
Tirol	14	14	15	19	17	16	11	18	18	12	10	10	12
Vorarlberg	6	6	7	8	8	8	7	8	9	7	7	7	8
Österreich	194	204	232	244	284	216	205	231	215	201	200	205	209

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000

<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>													
Wien	- 2,6	- 3,7	- 13,9	- 16,7	- 5,9	- 3,8	- 3,1	- 3,9	- 2,1	- 5,6	- 4,8	- 2,7	- 1,7
Niederösterreich	+ 5,9	- 0,8	- 3,7	- 3,4	- 0,9	+ 0,7	+ 2,1	- 0,1	+ 0,9	+ 1,4	+ 2,6	+ 1,4	+ 2,3
Burgenland	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,4
Steiermark	+ 6,3	+ 3,3	- 2,0	- 3,4	- 1,0	+ 0,4	+ 2,8	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,0
Kärnten	+ 1,4	+ 0,6	- 1,0	- 1,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	- 0,5	+ 0,7	+ 0,9
Oberösterreich	+ 7,7	+ 7,1	+ 0,4	- 1,0	+ 3,2	+ 5,5	+ 6,0	+ 4,4	+ 5,2	+ 6,8	+ 6,3	+ 2,2	+ 9,5
Salzburg	+ 2,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,1	- 1,3	- 0,1	+ 1,4	+ 2,6
Tirol	+ 4,7	+ 4,3	+ 3,0	+ 1,4	- 0,7	+ 1,5	+ 0,6	+ 3,3	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	- 0,2
Vorarlberg	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,2
Österreich	+ 28,9	+ 13,6	- 14,6	- 21,1	- 3,4	+ 6,7	+ 12,3	+ 9,0	+ 6,4	+ 4,7	+ 9,6	+ 9,3	+ 18,1
<i>Arbeitslose</i>													
Wien	- 8,7	+ 3,8	+ 11,4	+ 3,9	+ 0,0	+ 3,3	+ 7,1	+ 1,4	+ 3,0	+ 5,7	+ 6,8	+ 6,6	+ 7,8
Niederösterreich	- 3,7	+ 2,3	+ 4,3	+ 2,4	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,3	- 0,3	+ 0,2
Burgenland	- 0,5	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1
Steiermark	- 4,3	+ 0,7	+ 3,6	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,0	- 0,1	- 0,1
Kärnten	- 1,9	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,5	- 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,3	- 0,6	- 0,3
Oberösterreich	- 4,0	+ 0,5	+ 3,7	+ 1,9	- 0,2	- 1,2	- 1,5	- 1,0	- 1,4	- 1,2	- 1,7	- 2,1	- 0,6
Salzburg	- 1,1	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	- 0,6	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3
Tirol	- 2,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,7	- 0,0	+ 0,8	- 2,0	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6
Vorarlberg	- 1,2	- 0,0	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8
Österreich	- 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 14,8	+ 5,9	+ 5,4	+ 7,5	- 0,1	+ 7,1	+ 9,2	+ 8,3	+ 5,4	+ 8,7

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bewerber und Bewerberinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdiener. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 46: Arbeitslosenquote

	2000	2001	2002	2002 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2003 II. Qu.	2003 III. Qu.	April	Mai	2003 Juni	2003 Juli	August	September
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Wien	7,2	7,6	9,0	9,0	10,0	9,0	9,1	9,2	8,9	8,9	8,9	9,1	9,2
Niederösterreich	5,8	6,2	6,9	7,1	8,8	5,9	5,9	6,3	5,7	5,7	5,8	6,0	5,8
Burgenland	7,9	8,2	8,6	8,9	12,6	6,7	6,3	7,2	6,5	6,3	6,4	6,4	6,2
Steiermark	6,4	6,5	7,2	7,5	9,5	6,4	5,9	7,1	6,3	5,9	5,9	5,9	5,9
Kärnten	7,5	7,6	8,2	9,3	11,4	6,5	5,5	8,0	6,4	5,2	5,0	5,3	6,1
Oberösterreich	4,0	4,1	4,7	4,8	5,8	3,7	3,7	4,0	3,6	3,4	3,5	3,7	3,8
Salzburg	4,1	4,3	4,9	5,6	5,5	4,9	3,8	5,5	5,1	4,0	3,6	3,6	4,1
Tirol	4,9	5,1	5,3	6,6	5,6	5,7	3,7	6,4	6,4	4,3	3,3	3,5	4,3
Vorarlberg	4,3	4,3	5,1	5,8	5,7	5,7	5,0	5,9	6,0	5,2	4,7	5,0	5,3
Österreich	5,8	6,1	6,9	7,2	8,3	6,3	5,9	6,8	6,3	5,9	5,8	5,9	6,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Helmut Kramer, Markus Marterbauer, Margit Schratzenstaller

Konjunkturpolitische Ansatzpunkte

Die erste Stufe der vorgesehenen Steuerreform sorgt ab 2004 für die Steuerfreistellung von Bruttojahreseinkommen bis 14.500 €. Die unmittelbare Konjunkturwirksamkeit der Lohnsteuersenkung wird durch anhaltende Konsolidierungsbemühungen und Gegenfinanzierung durch Anhebung anderer Abgaben und Beiträge begrenzt. Die Steuerbegünstigung einbehaltener Gewinne, die gleichfalls in Kraft tritt, wird tendenziell Unternehmen mit höheren Gewinnen bzw. mit höherer Quote der Gewinnthesaurierung begünstigen. Auch bei dieser Maßnahme tritt die Konjunkturwirksamkeit gegenüber der Erwartung längerfristig verbesserter Risikofinanzierung zurück. In einer kleinen offenen Volkswirtschaft entfalten Konjunkturbelebungsmaßnahmen in der Regel begrenzte Wirkung, weil die Importquote relativ hoch ist. Die Möglichkeit verstärkter Sparneigung in einer Phase der Unsicherheit über den Konjunkturverlauf drückt gleichfalls die konjunkturelle Effizienz. Relativ am günstigsten erscheint unter diesen Gesichtspunkten eine Stärkung der Kaufkraft unterer und mittlerer Einkommenschichten, die im Durchschnitt eine niedrigere Sparquote und auch eine unterdurchschnittliche Importquote aufweisen. Österreich sollte koordinierte Wachstumsinitiativen auf europäischer Ebene unterstützen, für welche die Leistungsbilanzbelastung und die Effizienz der eingesetzten öffentlichen Mittel günstiger zu beurteilen sind.

Der vorliegende Beitrag beruht auf dem ersten Teil der WIFO-Studie "Wirtschaftspolitik zur Steigerung des Wirtschaftswachstums" im Auftrag der Bundesministerien für Wirtschaft und Arbeit sowie für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (2003, 76 Seiten, 30 €, kostenloser Download: http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24548; Bestellungen bitte an Christine Kautz, Tel. (+43 1) 798 26 01-282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at); der zweite Teil der Studie beschäftigt sich mit strukturpolitischen Maßnahmen zur Beschleunigung des Wachstums. Im Heft 10/2003 der Monatsberichte publizierte das WIFO eine "Erste Evaluierung der Konjunkturbelebungsmaßnahmen seit 2001" (http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24622). • Begutachtung: Karl Aiginger • E-Mail-Adressen: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at, Margit.Schatzenstaller@wifo.ac.at

Im Juni 2003 beschloss das Parlament die Bundeshaushalte für 2003 und 2004. Das Bundesfinanzgesetz 2004 berücksichtigt die erste, kleinere Etappe der Steuerreform, für 2005 ist die zweite und größere Etappe vorgesehen. Die wichtigsten steuerlichen Neuregelungen umfassen die begünstigte Besteuerung nicht entnommener Gewinne im Rahmen der Einkommensteuer sowie die Anhebung des allgemeinen Absetzbetrags und die Veränderung der Einschleifregelung im Rahmen der Lohn- und Einkommensteuer. Dazu kommt eine Erhöhung der Energiesteuern.

Zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung werden nicht entnommene Gewinne der bilanzierenden Personenunternehmen (Einzelunternehmen und Mitunternehmenschaften) ab 2004 steuerlich begünstigt: Der nicht entnommene Gewinn, der dem in einem Wirtschaftsjahr eingetretenen Eigenkapitalanstieg entspricht, wird mit dem halben durchschnittlichen Steuersatz versteuert (bis zu einer Höhe von 100.000 €). Wird der Gewinn erst nach einem Zeitraum von sieben Jahren entnommen, entfällt die Pflicht zur Nachversteuerung. Die Möglichkeit der Eigenkapitalzuwachsverzinsung soll für diese Unternehmen entfallen. Das Entlastungsvolumen wird für 2005 auf 200 Mio. € und ab 2006 – wenn die Steuerentlastung voll greift – auf 400 Mio. € geschätzt.

Das Ziel einer Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen ist grundsätzlich sinnvoll: Neben der Haftungsfunktion des Eigenkapitals stärkt eine ausreichende Eigenkapitaldecke die Fähigkeit und Bereitschaft zu riskanten Investitionen; sie hat eine positive Vertrauenswirkung bei Kunden und Lieferanten. Eigenkapital

Abgabenreform 2004

Begünstigte Besteuerung nicht entnommener Gewinne

Im Rahmen der ersten Stufe der Steuerreform wird 2004 die Lohn- und Einkommensteuerlast um 329 Mio. €, ab 2005 um 380 Mio. € jährlich gesenkt. Die Lohnnebenkosten für ältere Arbeitnehmer werden um 140 Mio. € verringert. Die für 2004 vorgesehene Anhebung der Mineralölsteuer sowie der Energieabgaben (335 Mio. €) kompensiert einen beträchtlichen Teil dieser Entlastungen. Hinzu kommt die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge im Umfang von 302 Mio. € 2004 bzw. 409 Mio. € pro Jahr ab 2005. Die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Steuerreform einschließlich Gegenfinanzierung bleiben daher insgesamt gering.

Entlastungen im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer und Lohnnebenkostensenkung

Gegenfinanzierung

Konjunkturreffekte des ersten Teils der Abgabenreform

Überlegungen zur konjunkturpolitischen Strategie

dient darüber hinaus als Sicherheit bei der Beschaffung von Fremdkapital. Schließlich erhöht eine unzureichende Eigenkapitalausstattung die Krisenanfälligkeit von Unternehmen. Allerdings zieht die Verbesserung der Eigenfinanzierungsmöglichkeiten durch eine Steuerentlastung der Gewinnthesaurierung nicht automatisch eine Ausweitung der Investitionstätigkeit nach sich. Im Grunde ist dies nicht eine Investitionsförderung, sondern eine Sparförderung, neben der Wirkung, das Kapital im Betrieb zu belassen, statt es extern für Konsum oder Finanzinvestitionen zu verwenden.

Auch ist die Effektivität der vorgesehenen steuerlichen Förderung der Eigenkapitalbildung durch die Stärkung der Innenfinanzierungsmöglichkeiten gering. In Österreich verfügen gerade die kleinen Unternehmen über eine schwache Eigenkapitaldecke. Da jedoch die Steuerentlastung mit dem Gewinn steigt, profitieren die kleinen Unternehmen nur unterdurchschnittlich. Viele Unternehmer beziehen aus dem Gewinn ihren Lebensunterhalt und können ihn daher nicht im Unternehmen belassen. Aus allokativer Perspektive problematisch sind mögliche Lock-in-Effekte, wenn Gewinne aus rein steuerlichen Gründen im Unternehmen verbleiben, obwohl außerhalb des Unternehmens höhere Bruttorenditen erwirtschaftet werden könnten. Schließlich ist auch die Verfassungskonformität der beschlossenen Regelung umstritten, da Einzelunternehmer (insbesondere Freiberufler) von der Steuerbegünstigung nicht profitieren.

Durch die Erhöhung des allgemeinen Absetzbetrags sowie die Veränderung der Einschleifregelung wird eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuerbelastung erreicht, die im Jahr 2004 329 Mio. €, ab 2005 380 Mio. € jährlich betragen wird. Letztlich wird die Steuerfreistellung eines Bruttojahreseinkommens von 14.500 € bewirkt. Diese Maßnahme wird etwa 300.000 Lohn- und Einkommensteuerzahler mit einem Bruttomonatsbezug zwischen 1.000 € und 1.400 € steuerfrei stellen. Einkommen über 1.400 € werden kaum entlastet. Für Einkommen unter 1.000 € pro Monat (das betrifft etwa 900.000 Steuerfälle) fallen keine Entlastungen an, da eine Erhöhung der Negativsteuer nicht vorgesehen ist. Die Lohnnebenkosten für ältere Arbeitnehmer werden im Umfang von 140 Mio. € gesenkt.

Das Ziel, den Staatshaushalt mittelfristig zu konsolidieren, veranlasste Schritte zur Gegenfinanzierung der Erleichterungen im Bereich der Einkommensbesteuerung. Der Umfang der für 2004 vorgesehenen Anhebung der Mineralölsteuer sowie der Energieabgaben (335 Mio. € brutto, abzüglich Wegfall der Straßenbenützungsabgabe im Volumen von 75 Mio. €) gleicht rechnerisch einen beträchtlichen Teil der Entlastungen im Bereich der Einkommensteuern und der Lohnnebenkosten aus. Hinzu kommt die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge im Umfang von 302 Mio. € 2004 (Arbeitnehmer 230 Mio. €, Unternehmen und Selbständige 72 Mio. €) bzw. von 409 Mio. € pro Jahr ab 2005 (Arbeitnehmer 322 Mio. €, Unternehmen und Selbständige 87 Mio. €). Insgesamt dürften sich durch die Maßnahmen im Abgabensystem für Monatseinkommen unter 1.000 € brutto eine Belastung durch höhere Energiesteuern und zum Teil Erhöhungen von Sozialversicherungsbeiträgen ergeben; der Einkommensbereich zwischen 1.000 € und 1.400 € wird entlastet, darüber liegende Einkommen werden belastet.

Kurzfristig werden die Maßnahmen der ersten Etappe der Steuerreform angesichts der Gegenfinanzierung per Saldo geringe Konjunkturwirksamkeit entfalten. Von den Veränderungen im Steuer- und Abgabensystem sind 2004 daher netto keine signifikanten expansiven Wirkungen zu erwarten. Die verfügbaren Einkommen dürften mit etwa 200 Mio. € (0,1% des BIP) belastet werden. Die Anhebung der Energieabgaben dürfte den Verbraucherpreisindex um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte erhöhen. Auch die Konjunkturreffekte der Steuerbegünstigung von nicht entnommenen Gewinnen auf die Investitionstätigkeit treten gegenüber längerfristigen Erwägungen zurück.

Für das Jahr 2004 erwartet das WIFO eine allmähliche Belebung der internationalen Konjunktur und der Binnennachfrage. Konsum, Investitionen und Exporte sollten positive Wachstumsbeiträge bringen, der Außenbeitrag (Leistungsbilanzüberschuss) wegen höherer Importneigung leicht abnehmen. Erst im Laufe des kommenden Jahres

würde annähernd das Potentialwachstum erreicht, sodass sich ab dann auch der Arbeitsmarkt verbessern würde. Die Potential-Output-Lücke würde sich auch erst dann verringern und möglicherweise 2005 oder 2006 verschwinden.

Für den Jahresanfang 2004, wenn die Beschäftigungsnachfrage saisonbedingt ohnehin relativ schwach ist, sind noch hohe Arbeitslosenzahlen und unterdurchschnittliche Auslastung, vor allem auch im konsumnahen Bereich der Wirtschaft, zu erwarten. Deshalb stellt sich auch unter der Annahme einer Konjunkturbelebung die Frage nach stimulierenden Maßnahmen zugunsten der privaten Nachfrage, der Investitionen und theoretisch auch der Exporte.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit würde nicht die Verpflichtung zur Einhaltung der Defizit-Obergrenze des Stabilitätspaktes einer aktiven Konjunkturpolitik in Österreich Grenzen setzen. Zwar dürften die Rechnungsabschlüsse für 2003 ein höheres Defizit der öffentlichen Haushalte als das überraschend geringe des Jahres 2002 ausweisen. Dennoch wäre – auch angesichts der Verschlechterung der durchschnittlichen Defizitposition in der EU sowie im Euro-Raum im Jahr 2002, die sich heuer wegen der Defizitüberschreitung einiger großer Mitgliedstaaten weiter verschlechtern dürfte (*European Commission, 2003*) – einiger Spielraum für einnahmen- oder ausgabenseitige expansive Maßnahmen gegeben. Die Grenzen, die zu beachten sind, werden vielmehr durch die volkswirtschaftliche Effektivität und Effizienz diskretionärer konjunkturpolitischer Maßnahmen und die Berücksichtigung der längerfristigen Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen gezogen.

Die Quantifizierung des konjunkturbereinigten Saldos der Staatsfinanzen hängt erheblich von der Berechnungsmethode ab. Obwohl das Defizit im Jahr 2002 – auch aufgrund einmaliger Einflüsse – überraschend gering war, weist der österreichische Staatshaushalt neben der konjunkturellen Komponente immer noch ein (mäßiges) strukturelles Defizit auf (*Europäische Kommission, 2003A*). Nach dem Budgetprogramm 2003 bis 2006 der Bundesregierung (Juni 2003) würde er auch ohne zusätzliche stimulierende Maßnahmen unter den gegebenen mittelfristigen Wachstumsperspektiven bis einschließlich 2007 ein konjunkturelles Defizit von 0,4% des BIP (unter Berücksichtigung der Steuerreform) aufweisen. Es ist freilich unklar, ob darin die mittelfristigen Effekte des Budgetbegleitgesetzes 2003, speziell der Pensionsreform 2003 einerseits und der militärischen Beschaffungen andererseits, voll berücksichtigt sind.

Das Budgetprogramm 2003 bis 2005 sieht für die in zwei Schritten in Aussicht genommene Steuersenkung ein Volumen von insgesamt 3 Mrd. € oder 1,3% des BIP vor; davon würde der größere Teil (2,5 Mrd. €) im Jahr 2005 wirksam. Dieser Einnahmenausfall belastet gemäß Budgetprogramm das Defizit des Staatshaushalts zusätzlich. Dies impliziert die etwas pessimistische Annahme, dass die Steuersenkung nicht einmal teilweise durch eine Stärkung der Wirtschaftsdynamik und entsprechend positive Effekte für die Staatsfinanzen ausgeglichen wird.

Europäische Kommission und Internationaler Währungsfonds haben – wie auch der österreichische Staatsschuldenausschuss und die Nationalbank – wiederholt betont, dass unter diesen Umständen eine substantielle Senkung der Steuerbelastung, die nicht durch Ausgabenkürzungen, sondern durch Kreditaufnahme finanziert wird, nicht vertretbar erscheint. Selbst wenn die Steuerentlastung in überraschend hohem Maß die Nachfrage nach inländischen Gütern beleben sollte, würde jedoch diese Belebung durch restriktive Effekte zusätzlicher Einsparungen auf der Ausgabenseite konterkariert.

Die österreichische Staatsschuldenquote liegt 2003 – nach einer statistischen Korrektur nach oben – bei etwa 67% und wird voraussichtlich bis 2006 nicht unter 60% sinken. Österreich zählt zu jenen EU-Ländern, deren demographische Perspektiven etwa ab 2010 eine besonders ausgeprägte Tendenzwende für die Finanzierung der Altersvorsorge, des Pflege- und des Gesundheitswesens erwarten lassen. Die impliziten Verpflichtungen des gegenwärtigen Pensions- und Gesundheitssystems für die kommenden Jahrzehnte sind in Österreich überdurchschnittlich. Die demographisch bedingte Tendenzwende wird ohne umfassende Reformen im gesamten Abgabensystem eine beträchtliche Mehrbelastung oder Minderbegünstigung der dann erwerbstätigen Generation mit sich bringen. Diese könnte durch höhere öffentliche

Längerfristige Perspektiven der Staatsfinanzen

Ersparnisse im Vorfeld der demographischen Schwelle abgefedert werden. Ergänzend dazu erscheint auch eine Strategie, die die materiellen und vor allem immateriellen Investitionen bis dahin deutlich steigert und dann längerfristig höhere Erträge erwarten lässt, makroökonomisch sinnvoll.

Allerdings darf die Verfolgung des Ziels der langfristigen Budgetkonsolidierung kurzfristige Erfordernisse, die aus der anhaltenden Konjunkturschwäche und dem Ausbleiben einer Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt resultieren, nicht außer Acht lassen. Eine wirtschaftspolitische Strategie, die in der Konjunkturkrise die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte forciert und deren negative Kreislaufwirkungen vernachlässigt, läuft Gefahr, rezessive Tendenzen zu verstärken, womit wiederum die Voraussetzungen für eine erfolgreiche mittel- und langfristige Konsolidierung wesentlich verschlechtert würden.

Kurzfristige Effektivität und Effizienz konjunkturstimulierender Maßnahmen

In Österreich ist die marginale Importneigung zusätzlicher Konsumkaufkraft relativ hoch. Zwischen 1994 und 2002 nahmen die nominellen Konsumausgaben der privaten Haushalte um 4,2 Mrd. € (+20%) zu. Die Importe von Konsumgütern (SITC 8) stiegen in diesem Zeitraum um 3,8 Mrd. € (+45%). Bedeutend stärker (+90%) erhöhte sich die Einfuhr von Nahrungs- und Genussmitteln (SITC 0, 1); die Ausgaben im Reiseverkehr wuchsen annähernd so kräftig (+36%) wie die Importe von Konsumgütern.

Die weitere Zunahme der Importneigung des privaten Konsums kann als der notwendige und unvermeidliche Effekt des Eintritts Österreichs in die EU und die Voraussetzung für eine kräftige Ausweitung der Exportlieferungen bezeichnet werden. Zugleich reduziert aber diese engere Verflechtung den Spielraum für national abgegrenzte Kaufkraftsteigerungen. Allerdings unterscheidet sich die Importneigung nach Einkommensgruppen: Im unteren Einkommensdrittel ist die Nachfrage nach Importgütern geringer als im oberen.

Aufgrund der aktuellen Konjunkturlage besteht über die kurzfristigen Auswirkungen einer Senkung der Unternehmens- und Einkommensteuern erhebliche Unsicherheit. Positive Konjunkturreffekte können nur erwartet werden, wenn die Unternehmen die zusätzlichen Mittel tatsächlich für Investitionen nutzen. Wenn die Absatzerwartungen der Unternehmen vorsichtig oder pessimistisch sind und die Kapazitätsauslastung schwach ist, werden auch unkonditionierte Steuersenkungen keinen Anlass für eine Ausweitung der Investitionen bieten.

Ähnlich können private Haushalte bei allgemein unsicherer Wirtschaftslage zusätzliche Einkommen zur Ersparnisbildung nutzen. Von der Kaufkraft einer allgemeinen Steuerentlastung der Haushalte wird regelmäßig ein höherer Anteil gespart als vom gesamten Haushaltseinkommen, weil die Begünstigten zunächst keine Ausgabenpläne haben, weil sie der Nachhaltigkeit der Steuersenkung misstrauen oder eben, weil sie damit vorrangig ihre Vermögensposition verbessern wollen. Dies kann mit Vorsicht oder Angst motiviert sein. Angesichts der anhaltenden Diskussion über Pensionsreformen und der faktischen Kürzung der künftigen Ansprüche muss derzeit angenommen werden, dass die Ersparnisbildung aus zusätzlichen Nettoeinkommen deutlich höher sein wird als die durchschnittliche Sparquote. Die Konsumeffekte einer Senkung von direkten Steuern werden allerdings sehr wesentlich davon beeinflusst, welche Einkommensgruppen entlastet werden. Die kurz- und die mittelfristige Konsumneigung differieren stark nach Einkommensgruppen: Für das untere Einkommensdrittel können eine kurzfristige Konsumneigung von 0,8 und eine mittelfristige Konsumneigung von 1,2 angenommen werden. Im mittleren Einkommensdrittel beträgt die kurzfristige Konsumneigung 0,5, die mittelfristige etwa 1. Für das obere Einkommensdrittel lautet die Konsumneigung kurzfristig dagegen nur 0,4, mittelfristig etwa 0,8.

Die Aushöhlung der Konsumkaufkraft durch den progressiven Einkommensteuertarif (fiscal drag) schließlich ist wegen der markanten Abschwächung der Inflation seit 2000 bislang kein zwingendes Argument für eine vorgezogene Entlastung der Masseeinkommen.

Insgesamt deuten diese Überlegungen darauf hin, dass eine Steuerentlastung der Unternehmensgewinne in der aktuellen Situation konjunkturpolitisch nur wenig wirksam wäre. Die im Inland wirksamen Nachfrageeffekte einer Einkommensteuersen-

kung dürften aufgrund der skizzierten einkommensabhängigen Import- und Konsumquoten kurz- und mittelfristig umso kräftiger sein, je stärker diese dem unteren Einkommensdrittel zugute kommt. Aufgrund der hohen Verbrauchsneigung in diesem Einkommensbereich dürften hier gleichzeitig Angst- und Vorsorgespargen die vergleichsweise geringste Rolle spielen.

Die österreichische Bundesregierung hat eine Senkung der Steuerbelastung in zwei Schritten in den kommenden zwei Jahren beschlossen. 2004 wird eine kleinere Etappe mit einem Nettoaufwand von 0,5 Mrd. € wirksam, der Rest im Ausmaß von 2,5 Mrd. € würde 2005 wirksam. Der kleinere Schritt 2004 wird der Kaufkraft der niedrigsten Einkommen, die heute steuerpflichtig sind, zugute kommen – nicht den Beziehern von Einkommen unter der Einkommensteuerpflicht und auch nicht sehr umfangreich den oberen Einkommenschichten. Außerdem wird dieser erste Schritt die Liquidität und die Eigenkapitalbildung der Unternehmen durch eine Ermäßigung der Besteuerung nicht ausgeschütteter Gewinne stärken und in geringem Umfang die Lohnnebenkosten senken.

Aus dem Blickwinkel der Konjunktur und der längerfristigen Haushaltsperspektiven ist das zu rechtfertigen, wenn auch die konkrete Ausformung dieser Entlastung weitgehend politisch determiniert ist. Der kleinere Schritt der Entlastung im Jahr 2004 wird allerdings durch die Anhebung anderer Steuern und Abgaben kompensiert, sodass von der Einnahmenseite des Staatshaushalts netto keine expansiven Impulse ausgehen werden.

Ob die Rahmenbedingungen im Jahr 2005 für eine größere Entlastung günstiger sind als 2004, kann heute noch nicht mit ausreichender Sicherheit vorhergesehen werden. Einerseits fiele die Entlastung aus heutiger Sicht in eine Phase besserer Konjunktur und schiene dann weniger vordringlich als 2004. Wenn das Jahr 2005 noch nicht als ausgesprochene Hochkonjunkturphase anzusehen ist, wäre der konjunkturpolitische Anlass einer breiten Steuersenkung 2005 eher noch zurückhaltender zu beurteilen als für 2004 und die effektiv belebende Wirkung kaum größer. Andererseits kann aber bis 2005 das Ziel einer Steuerentlastung mit wesentlichen Aspekten einer Reform des Steuersystems besser in Einklang gebracht werden. Die längerfristige volkswirtschaftliche Effizienz einer Steuerstrukturreform wäre dann wesentlich günstiger zu beurteilen. Auch die bis dahin schon etwas weiter fortgeschrittene progressionsbedingte Aushöhlung der Massenkaukraft würde eher für eine Reform sprechen.

Reformen des Steuersystems erscheinen aus vielen Gründen volkswirtschaftlich wünschenswert. Ein Aspekt ist die Verschärfung der Konkurrenz von Anbietern und Standorten durch die Erweiterung der EU im kommenden Jahr. Eine konsequente Evaluierung dieser neuen Situation erscheint dringlich; vor allem die Standortkonkurrenz im grenznahen Raum für eine Reihe gewerblicher Dienstleistungen und für den Transportsektor ist zu prüfen.

Aus ähnlichen Gründen sind die Auswirkungen der Steuersenkungen 2001 und 2004 in Deutschland auf die relative Attraktivität der Standorte in Österreich zu bedenken: Der gespaltene Körperschaftsteuertarif (40% für einbehaltene, 30% für ausgeschüttete Gewinne) wurde in Deutschland 2001 durch einen einheitlichen Steuersatz von 25% ersetzt. Zur Ermittlung des effektiven Steuersatzes ist zudem die deutsche Gewerbesteuer zu berücksichtigen (durchschnittlicher Satz gut 16%). So ergibt sich ein kombinierter nominaler Steuersatz von 38,2%. Obwohl in Österreich die Kommunalsteuer mit 3% der Arbeitslöhne für Dienstnehmer zu Buche schlägt, liegt der kombinierte nominale Steuersatz in Österreich wohl nach wie vor nicht über dem deutschen. Der Körperschaftsteuersatz ist in Österreich mit 34% etwas höher als im EU-Durchschnitt (2003: 29,7%; ohne Kommunalsteuern sowie Zuschlagsteuern, die einige EU-Länder vorsehen). Einschließlich der gewinnabhängigen Zuschlagsteuern und Kommunalsteuern beträgt der kombinierte nominale Unternehmenssteuersatz für Kapitalgesellschaften im EU-Durchschnitt 31,5%. Der Körperschaftsteuersatz wurde in Österreich 1994 als Kompensation für die gleichzeitige Abschaffung der Gewerbeertragsteuer von 30% auf 34% erhöht. Auf der Grundlage einer durchschnittlichen Gewerbeertragsteuerbelastung betrug der kombinierte österreichische Unternehmenssteuersatz vor dieser Reform 38,3% (Lehner et al., 1993).

Überlegungen zur Steuerpolitik

Der durchschnittliche Körperschaftsteuersatz liegt in den MOEL mit 23,5% erheblich unter dem österreichischen (34%). Die Beitrittskandidatenländer versuchen so, ihre Wettbewerbsnachteile im Bereich vieler anderer Standortfaktoren (z. B. Infrastrukturdefizite) auszugleichen. Wie lange die MOEL die Steuersenkungsstrategie des vergangenen Jahrzehnts angesichts des zum Teil erheblichen Konsolidierungsbedarfs in den öffentlichen Haushalten aufrechterhalten können, ist fraglich.

In der aktuellen Diskussion wird häufig darauf verwiesen, dass der Körperschaftsteuersatz in den ostmitteleuropäischen Beitrittskandidatenländern erheblich niedriger ist als in Österreich (MOEL 10 2003 23,5%, 2004 21,2%). Die Beitrittsländer versuchen so ihre Wettbewerbsnachteile bezüglich vieler anderer Standortfaktoren (Defizite in der Infrastruktur, zum Teil instabile politische und ökonomische Rahmenbedingungen) auszugleichen. Einige von ihnen wollen den Körperschaftsteuersatz 2004 weiter senken; wie lange angesichts des zum Teil erheblichen Konsolidierungsbedarfs in den öffentlichen Haushalten einerseits und des öffentlichen Investitionsbedarfs (Bildungssystem, Infrastruktur) andererseits die Steuersenkungsstrategie des vergangenen Jahrzehnts aufrechterhalten werden kann, ist allerdings fraglich. So zieht etwa Slowenien derzeit eine Anhebung des Körperschaftsteuersatzes in Erwägung.

Übersicht 1: Eckpunkte der Einkommensteuertarife in Deutschland und Österreich

	Eingangsteuersatz	Steuerfreies Jahresbruttoeinkommen	Spitzensteuersatz	Einkommengrenze für den Spitzensteuersatz
	In %	In €	In %	In €
<i>Deutschland</i>				
2003	19,9	7.235	48,5	55.008
Einschließlich Solidaritätszuschlag ¹⁾	21,0		51,2	
2004	15,0	7.664	42,0	52.152
Einschließlich Solidaritätszuschlag ¹⁾	15,8		44,3	
<i>Österreich</i>				
2004	21,0	14.500	50,0	50.870
Unselbständige			43,7 ²⁾	

¹⁾ 5,5% auf die Einkommensteuerschuld. – ²⁾ Aufgrund der steuerlichen Begünstigung des 13. und 14. Monatsgehalts.

Übersicht 2: Körperschaft- und Einkommensteuersätze in der EU

	Körperschaftsteuersatz ¹⁾				Einkommensteuer-Spitzensteuersatz ²⁾			
	1991	1995	2003	1991/2003	1990	1995	2002	1990/2002
	In %			Veränderung in Prozentpunkten	In %			Veränderung in Prozentpunkten
Belgien	39,0	39,0	33,0	– 6,0	58,3	60,6	59,7	+ 1,4
Dänemark	38,0	34,0	30,0	– 8,0	68,3	65,0	59,0	– 9,3
Deutschland	50,0 ³⁾	45,0 ³⁾	25,0	– 25,0	53,0	57,0	51,2	– 1,8
Finnland	40,2 ⁴⁾	25,0	29,0 ⁵⁾	– 11,2	56,0	.	52,5	– 3,5
Frankreich	42,0	33,0	33,3	– 8,7	56,8	56,8	60,8	+ 4,0
Griechenland	46,0	40,0 ⁶⁾	35,0	– 11,0	50,0	45,0	40,0	– 10,0
Großbritannien	34,0	33,0	30,0	– 4,0	40,0	40,0	40,0	± 0,0
Irland	43,0	40,0	12,5	– 30,5	53,0	48,0	42,0	– 11,0
Italien	36,0	36,0	34,0	– 2,0	58,1	51,0	46,2	– 11,9
Luxemburg	33,0	33,0	22,0	– 11,0	56,0	.	39,0	– 17,0
Niederlande	35,0	35,0	34,5	– 0,5	60,0	60,0	52,0	– 8,0
Österreich	30,0	34,0	34,0	+ 4,0	50,0	50,0	50,0	± 0,0
Portugal	36,0	36,0	30,0	– 6,0	40,0	40,0	40,0	± 0,0
Schweden	30,0	28,0	28,0	– 2,0	66,0	56,0	56,0	– 10,0
Spanien	35,0	35,0	35,0	± 0,0	56,0	56,0	48,0	– 8,0
Durchschnitt	37,8	35,1	29,7	– 8,1	54,8	52,7	49,1	– 5,7

Q: Bronchi – Burns (2000), Deutsches Bundesministerium der Finanzen (2002), KPMG (2003A), Institut der deutschen Wirtschaft (verschiedene Jahre). – ¹⁾ Ohne Zuschlagsteuern und Kommunalsteuern. – ²⁾ Einschließlich Zuschlagsteuern. – ³⁾ Auf einbehaltene Gewinne. – ⁴⁾ 1992. – ⁵⁾ 2002. – ⁶⁾ Auf ausgeschüttete Gewinne.

Ein Steuerlastvergleich nur anhand der tariflichen Steuersätze liefert freilich wegen der erheblich unterschiedlichen Regelungen zur Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlage innerhalb der alten EU und noch mehr in den MOEL ein unvollständiges Bild. Aktuelle Studien deuten darauf hin, dass die effektive Steuerbelastung der Unternehmen in Österreich nicht übermäßig hoch ist. Nach einer jüngeren Studie der Europäischen Kommission (2003B), die allerdings methodisch nicht unproblematisch

erscheint, wäre die faktische implizite Steuerbelastung von Gewinnen der Kapitalgesellschaften makroökonomisch (gesamtes Körperschaftsteueraufkommen in Relation zu den Gewinnen der Kapitalgesellschaften laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung)¹⁾ in Österreich niedriger als der tarifliche Steuersatz und läge auch unter dem Durchschnitt der anderen EU-Länder²⁾. Für diese makroökonomischen Befunde bestehen relativ große Unsicherheiten über die statistische Qualität der Daten (vor allem der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) und deren internationale Vergleichbarkeit.

Übersicht 3: Kombinierte nominale Unternehmenssteuersätze in der EU

Körperschaftsteuer, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere Steuern des Zentralstaates und der Gebietskörperschaften, 2003

	Körperschaftsteuer	Zuschlagsteuer	Steuern der Gebietskörperschaften ¹⁾	Insgesamt
		In %		
Belgien	33,0	3,0 Krisenzuschlag auf Steuerschuld	–	34,0
Dänemark	30,0	–	–	30,0
Deutschland	25,0	5,5 Solidaritätszuschlag auf Steuerschuld	16,0 Gewerbesteuer auf Gewerbeertrag	38,2
Finnland	29,0 ²⁾	–	–	29,0
Frankreich	33,3	3,0 + 3,3 Zuschlag und Sozialzuschlag auf Steuerschuld	Höchstens 1 Gewerbesteuer auf Mehrwert	35,4
Griechenland	35,0	–	–	35,0
Großbritannien	30,0	–	–	30,0
Irland	12,5	–	1,0 bis 1,25 Lohnsummensteuer	12,5
Italien	34,0	–	4,3 Wertschöpfungssteuer	34,0
Luxemburg	22,9	–	7,5 Gewerbesteuer	30,4
Niederlande	34,5	–	–	34,5
Österreich	34,0	–	3 Lohnsummensteuer	34,0
Portugal	30,0	–	10 Gemeindezuschlag auf Körperschaft- steuersatz	33,0
Schweden	28,0	–	–	28,0
Spanien	35,0	–	. Kommunale Gewerbesteuer	35,0
Durchschnitt	29,7	–	–	31,5

Q: Deutsches Bundesministerium der Finanzen (2002, 2003), KPMG (2003A). – ¹⁾ Nicht auf den Gewerbeertrag bezogene Steuern auf Ebene der Gebietskörperschaften werden nicht in die Berechnung des kombinierten nominalen Unternehmenssteuersatzes einbezogen. – ²⁾ 2002.

¹⁾ Genauer zum net operating surplus.

²⁾ Eine ausführliche Übersicht über die wichtigsten vorliegenden Studien erscheint im WIFO-Monatsbericht 12/2003.

Sie scheinen durch die Entwicklung der mikroökonomischen fiktiven Grenz- und Durchschnittssteuersätze, die im Auftrag der Europäischen Kommission für alle Mitgliedsländer errechnet wurden, bestätigt. Erhebliche Unsicherheit besteht auch darüber, in welchem Umfang internationale Standortentscheidungen tatsächlich aufgrund der tariflichen oder der zu erwartenden effektiven Steuersätze getroffen werden.

Ab 2004 wird der deutsche Einkommensteuer-Spitzensatz aufgrund der geplanten vorgezogenen letzten Stufe der Einkommensteuerreform voraussichtlich deutlich niedriger sein als der österreichische³⁾; der nominale Satz beträgt dann in Österreich 50%, in Deutschland 42%. Allerdings fallen effektiver und nominaler Spitzensteuersatz in Österreich aufgrund der erheblichen steuerlichen Begünstigung des 13. und 14. Monatsgehalts für Unselbständige viel mehr auseinander als in Deutschland. Im EU-Vergleich liegt der österreichische Einkommensteuer-Spitzensatz im Mittelfeld.

Nach Berechnungen der OECD (tatsächliche Lohnsteuerzahlungen in Relation zu den Bruttolohneinkommen) betrug der faktische durchschnittliche effektive Einkommensteuersatz für alle Unselbständigen in Österreich 1999 17,3% (OECD, 2003). Er steigt für Bruttojahreseinkommen über 42.900 € bis 31,5% (Bruttojahreseinkommen über 250.000 €) und liegt damit erheblich unter dem Spitzensteuersatz der Einkommensteuer.

Übersicht 4: Körperschaftsteuersätze in den osteuropäischen Beitrittskandidatenländern

	2003	In %	2004
Bulgarien	23,5		23,5
Estland ¹⁾	26,0		26,0
Lettland	19,0		15,0
Litauen	15,0		15,0
Polen	27,0		19,0
Rumänien	25,0		25,0
Slowakei	25,0		19,0
Slowenien	25,0		25,0
Tschechien	31,0		28,0
Ungarn	18,0		16,0
Durchschnitt	23,5		21,2

Q: KPMG (2003B), nationale Steuergesetze. – ¹⁾ Thesaurierungssatz bzw. Ausschüttungssatz.

Für die mittelfristige steuerpolitische Strategie implizieren diese Überlegungen folgende Eckpunkte: Die für das Jahr 2005 geplante Reform der österreichischen Körperschaftsteuer sollte primär der Behebung bestehender Strukturdefizite dienen. Da die nominalen Steuersätze die effektive Steuerbelastung in Österreich offenbar nicht adäquat wiedergeben, sollte die Körperschaftsteuerreform auch die Möglichkeiten eines "tax cut cum base broadening" erwägen. Eine Senkung des Tarifsatzes von 34% könnte in gewissem Umfang mit einer Ausdehnung der Bemessungsgrundlage (z. B. durch Einschränkung der Bildung von Rückstellungen, Reform der Bewertungsvorschriften) verbunden werden. Dabei ist eine Orientierung an den international üblichen Regelungen anzustreben. Das hätte darüber hinaus den Vorteil, für ausländische Investoren die Transparenz und Vergleichbarkeit der Unternehmensbesteuerung in Österreich zu erhöhen. Zugleich ist darauf zu achten, dass der Abstand zwischen der Steuerbelastung von Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften nicht zu groß ist.

Weitere Aspekte, die die Ausgestaltung der künftigen Steuerpolitik berücksichtigen sollte, sind die Notwendigkeit einer Verlagerung der anhaltend hohen Steuer- und Abgabenlast vom Faktor Arbeit zum Faktor Energie und zu hohem Vermögen und Erbschaften, die in Österreich nach wie vor eine nur mäßige Steuerlast tragen.

³⁾ Bei Redaktionsschluss war die Steuersenkung noch nicht beschlossen.

Der hohe Grad der wirtschaftlichen Verflechtung im europäischen Binnenmarkt kann die Effizienz bzw. Effektivität isolierter Konjunkturstimulierung durch fiskalische Maßnahmen beeinträchtigen: Die Effektivität wird gedämpft, wenn Einnahmefälle oder Ausgabensteigerungen durch Ausgabenkürzungen gegenfinanziert werden; die Effizienz leidet, wenn eine Vergrößerung der Staatsschuld die Erreichung wichtiger mittel- und längerfristiger Ziele beeinträchtigt. Ein Teil dieser Bedenken würde gegenstandslos oder zumindest in seiner Bedeutung wesentlich gemildert, wenn sich die Länder der EU oder der Währungsunion zu einem koordinierten Vorgehen zur Überwindung der Wachstumsschwäche entschließen könnten. Vor allem kleine Volkswirtschaften sollten daran ein vitales Interesse haben.

Der Schwerpunkt nationaler wirtschaftspolitischer Initiativen sollte daher nicht auf dem Versuch liegen, die Konjunktur im Inland kurzfristig in Gang zu bringen, sondern auf Maßnahmen, die die längerfristige Entwicklung unterstützen und das Vertrauen von Unternehmen und Konsumenten verbessern. Konsequente langfristige Strategien können solche positiven Effekte auslösen, ohne kurzfristig unverhältnismäßig hohen Aufwand in den öffentlichen Haushalten zu verursachen. Sie können sogar kurzfristig die Nachfrage des privaten Sektors stimulieren, weil Unsicherheiten abgebaut und längerfristige Orientierungen gegeben werden.

Maßnahmen, welche die Produktivität auf mittlere und längere Sicht steigern und die Standortwahl günstig beeinflussen, sind vor allem im Bereich des Bildungs- und Forschungssektors anzusiedeln. Dabei geht es um die Steigerung der Erwerbsbeteiligung durch Abbau von Qualifikationsmängeln und durch die Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um die Nachqualifikation Älterer, Änderung der Anreize für vorzeitigen Ruhestand, um Qualitätsverbesserungen an den höheren Schulen und Universitäten und um eine Forschungsinitiative, die die bisherigen Engpässe und Versäumnisse überwindet.

Eine Wachstumsinitiative ("New Deal") für die EU, welche die Europäische Kommission und der italienische EU-Vorsitz im Juni 2003 vorschlugen, empfiehlt den Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN; Bezug auf das Weißbuch der EU von 1993) sowie Maßnahmen für Forschungs- und Innovationsprojekte. Eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Karel Van Miert präsentierte Ende Juni 2003 Vorschläge für eine Umsetzung der prioritären Projekte im Bereich der transeuropäischen Netze. Die Liste umfasst "Essen-Projekte", die aus der ersten TEN-Initiative 1993 stammen und noch nicht umgesetzt wurden, sowie neue Projekte zur Verbesserung der europäischen Verkehrsinfrastruktur.

Österreich sollte sich für die zügige Umsetzung dieser prioritären Verkehrsinvestitionen einsetzen. Die Verwirklichung der Vorschläge ist im besonderen österreichischen Interesse. Erstens sind wesentliche heimische Verkehrsverbindungen erfasst (z. B. Eisenbahn Budapest–Wien, Stuttgart–Wien–Pressburg, Prag–Linz, Autobahn Brunn–Wien, Prag–Linz). Zweitens liegt ein Schwerpunkt auf der ostmitteleuropäischen Infrastruktur. Dies kann langfristig die Wachstumsbedingungen in den Beitrittsländern wesentlich verbessern, wovon wiederum Österreich besonders profitieren würde. Drittens wird damit auch ein Anstoß für eine gesamteuropäische Wachstumspolitik gegeben. Wichtige kurzfristige Konjunkturimpulse können von der TEN-Initiative vor allem aufgrund ihres Signalcharakters ausgehen, langfristig hat sie erhebliche Wachstumswirkungen.

Österreich sollte alle Initiativen zur raschen Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen unterstützen. Dazu gehört auch die Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten. Langfristig wird im Verkehrssektor ein Ausgabenvolumen von rund 50 bis 70 Mrd. € jährlich ausgelöst. Zur Finanzierung schlägt die Van-Miert-Gruppe primär vor, die Möglichkeiten der Europäischen Investitionsbank verstärkt in Anspruch zu nehmen. Eine dafür notwendige Kapitalaufstockung bei der EIB sollte unterstützt werden. Zudem sollten in der kommenden Finanzperspektive der Kommission den TEN-Projekten ausreichende Budgetressourcen gewidmet und der Gemeinschaftsanteil für grenzüberschreitende Projekte von 10% auf 20% erhöht werden. In Österreich selbst ist die Einsetzung einer Task Force zu empfehlen, die laufend mögliche TEN-Projekte überprüft, Prioritäten für ihre Umsetzung festlegt und die Durchführung

Weitere konjunkturstimulierende Maßnahmen

EU-Wachstumsinitiative

Im Rahmen der von der Europäischen Kommission kürzlich vorgeschlagenen Wachstumsinitiative werden neue Maßnahmen für den Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN) sowie für Forschungs- und Innovationsprojekte empfohlen. Österreich sollte sich für die zügige Umsetzungen prioritärer Verkehrsinvestitionen einsetzen. Davon können kurzfristige Konjunkturimpulse, aber auch langfristige Wachstumswirkungen ausgehen. Zu empfehlen ist die Einsetzung einer Task-Force, die laufend mögliche TEN-Projekte überprüft, Prioritäten für ihre Umsetzung festlegt und die Durchführung beratend begleitet. Ergänzende österreichische Projekte sollten beschleunigt werden.

Koordination national-staatlicher Investitionen

Ein EU-weiter Impuls könnte auch dadurch ausgelöst werden, dass sich die EU-Länder auf europäischer Ebene verpflichten, ihre öffentlichen Investitionen 2004 gegenüber 2003 um einen Betrag in vereinbarter Höhe (z. B. ½% des BIP) auszuweiten. Eine solche Steigerung der öffentlichen Investitionen ist nicht nur konjunkturpolitisch geboten, es hat sich auch ein beachtlicher Investitionsbedarf aufgestaut, wie der Rückgang der öffentlichen Investitionsquote in beinahe allen EU-Ländern zeigt⁴⁾.

beratend begleitet. Ergänzende österreichische Projekte sollen beschleunigt werden.

Ein EU-weiter Impuls könnte auch dadurch ausgelöst werden, dass sich die EU-Länder auf europäischer Ebene verpflichten, ihre öffentlichen Investitionen im Jahr 2004 gegenüber 2003 um einen Betrag in vereinbarter Höhe (z. B. ½% des BIP) auszuweiten. Eine solche Steigerung der öffentlichen Investitionen ist nicht nur konjunkturpolitisch geboten; es hat sich auch ein beachtlicher Investitionsbedarf aufgestaut, wie der Rückgang der öffentlichen Investitionsquote in beinahe allen EU-Ländern zeigt⁴⁾.

Übersicht 5: Bruttoanlageinvestitionen des Staates

	1990	1995	2000	2003
	In % des BIP, nominell			
Belgien	1,7	1,8	1,8	1,4
Dänemark	1,6	1,8	1,7	1,7
Deutschland	–	2,3	1,8	1,6
Griechenland	2,8	3,2	4,1	4,0
Spanien	4,9	3,7	3,1	3,4
Frankreich	3,5	3,3	3,2	3,1
Irland	2,1	2,3	3,7	3,9
Italien	3,3	2,1	2,4	2,1
Luxemburg	4,6	4,6	4,1	5,2
Niederlande	3,0	3,0	3,2	3,6
Österreich	3,1	3,1	1,5	1,1
Portugal	3,3	3,7	3,8	3,6
Finnland	3,7	2,7	2,6	2,7
Schweden	–	4,0	2,9	3,3
Großbritannien	2,6	2,0	1,1	1,7
EU 15	–	2,6	2,3	2,3
Euro-Raum	–	2,7	2,5	2,5

Q: EU-Kommission, Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft, März 2003.

Die Art der Investition könnte dabei den Nationalstaaten überlassen werden. Der Einkommensmultiplikator einer solchen konzertierten Aktion ist deutlich höher als jener einzelstaatlicher Maßnahmen: Wenn Österreich allein die öffentlichen Investitionen erhöht, wächst das BIP mittelfristig mit einem Multiplikator von etwa 1,5; steigern alle EU-Länder simultan ihre Investitionen, so beträgt der Multiplikator zumindest 2,5. Den Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien und in die Verkehrsinfrastruktur kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Österreich weist gegenüber den skandinavischen Ländern einen Rückstand bezüglich der Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologien auf. Dieser Sektor dürfte die Wirtschaftsentwicklung in den Industrieländern mittelfristig wesentlich vorantreiben. Deshalb scheint es sinnvoll, heute in diesen Bereich zu investieren. Eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen im IKT-Bereich wäre vor allem eine Aufgabe der öffentlichen Beschaffung (Adonis-Funknetz, Computer- und Internet-ausstattung in öffentlich zugänglichen Einrichtungen, e-Government, elektronische Verkehrsbemantung, E-Card in der Sozialversicherung usw.).

Die Ausweitung des Finanzierungsrahmens für Asfinag und SCHIG dürfte 2002 und 2003 im Rahmen der zwei Konjunkturbelebungsprogramme die größten Effekte ausgelöst haben, ohne kurzfristig den Staatshaushalt nennenswert zu belasten. Weitere Investitionen der Asfinag in das Straßennetz werden durch die Einnahmen aus der Lkw-Maut finanziert (gültig ab 2004). Mittelfristig stellt sich sowohl für die Asfinag als auch die SCHIG ein Finanzierungsproblem: Die Verschuldung der Asfinag beträgt voraussichtlich mit 31. Dezember 2003 7,4 Mrd. €, jene der SCHIG 4,7 Mrd. €. Die Einführung der Lkw-Maut mit 1. Jänner 2004 ist eine notwendige, wenn auch wahrscheinlich nicht hinreichende Voraussetzung für die mittelfristige Finanzierbarkeit der heimischen Verkehrsinfrastruktur.

⁴⁾ Ein Teil des Rückgangs der öffentlichen Investitionen geht allerdings auf Ausgliederungen und Privatisierungen zurück.

Zusammenfassung

Die erste Stufe der Steuerreform, die 2004 in Kraft tritt, soll zur Verbesserung der Konjunktur beitragen. Die Steuerbegünstigung nicht entnommener Gewinne der Personenunternehmen (Entlastungsvolumen von 200 Mio. € 2004 und von 400 Mio. € ab 2005) ist zwar von der Zielsetzung her zu begrüßen, da die Eigenkapitaldecke der österreichischen Unternehmen vergleichsweise gering ist. Allerdings zieht die Steuerbegünstigung einbehaltener Gewinne nicht automatisch deren Investition nach sich. Zudem ist die Entlastung kleiner Unternehmen, deren Eigenkapitaldecke besonders schwach ist, begrenzt, weil das Entlastungsvolumen mit der Höhe des Gewinns steigt.

Mit der Anhebung des allgemeinen Absetzbetrags und der Veränderung der Einschleifregelungen werden Jahresbruttoeinkommen bis zu 14.500 € völlig von der Lohnsteuer befreit; das gesamte jährliche Entlastungsvolumen erreicht 2004 329 Mio. €, ab 2005 380 Mio. € pro Jahr. Daneben werden die Lohnnebenkosten für ältere Arbeitnehmer um 140 Mio. € gesenkt. Diese Entlastungen werden allerdings durch eine Reihe anderer fiskalischer Veränderungen weitgehend ausgeglichen.

Die zweite Stufe der Steuerreform, die 2005 in Kraft treten soll, wird primär Unternehmens- und Einkommensteuersenkungen umfassen. Die zu erwartenden Konjunkturfekte sind angesichts der zögerlich einsetzenden Belebung der Wirtschaft schwierig zu beurteilen. Die im Inland wirksamen Nachfrageeffekte einer Einkommensteuersenkung dürften aufgrund der vergleichsweise niedrigen Import- und hohen Konsumquoten im unteren Einkommensdrittel stärker wirksam werden. Die geplante Körperschaftsteuersenkung sollte auch für Strukturreformen im Körperschaftsteuersystem genutzt werden. Zwar ist der nominale Körperschaftsteuersatz in Österreich höher als im EU-Durchschnitt; noch wesentlich größer ist diese Differenz gegenüber den ostmitteleuropäischen Beitrittsländern. Allerdings ist die effektive Steuerbelastung der Kapitalgesellschaften in Österreich unterdurchschnittlich. Eine Orientierung der geplanten Körperschaftsteuerreform am Grundsatz eines "tax cut cum base broadening" erscheint einer Prüfung wert.

Measures for Economic Stabilisation and Growth – Summary

One aim of the first phase of the tax reform coming into effect in 2004 is to strengthen the economic recovery. One of its elements is a tax relief granted for retained profits of non-incorporated firms to further the formation of equity capital. However, since small firms and firms with low profits can realise only low tax savings, the effectiveness of this tax measure is restricted. Within personal income taxation, gross incomes up to 14.500 € per year are completely tax-exempt from 2004 on. This tax cut will reach a volume of € 329 million in 2004 and € 400 million in 2005. Moreover, several kinds of social security contributions and payroll taxes for older employees will be lowered. These tax cuts are compensated, however, by the increase in energy and mineral oil taxes and in contributions to public health insurance. Thus no expansionary effect can be expected from the first phase of the tax reform.

The second phase of the tax reform planned for 2005 will include cuts of corporate and personal income taxes. The impact of these tax cuts on economic activity in Austria are hard to evaluate. The effects of personal income tax cuts on domestic aggregate demand will be the higher the more they are aimed at the lower income groups, whose import propensity is comparatively low, while consumption propensity is relatively high. The envisaged corporate income tax reform should primarily be guided by the aim of structural reforms.

Due to the considerable international integration of the Austrian economy, national initiatives to stimulate the economy will have limited effects only. It would be efficient and effective from the perspective of structural and growth policy, but also with respect to the slow and unstable economic recovery, to support current initiatives at the European level which aim at the co-ordinated increase in European and national investment: particularly in the realm of transportation infrastructure, education, information and communication infrastructure as well as research and development. The co-ordinated increase in national public investment at the European level would have positive structural and growth effects and could at the same time support the economic recovery in Austria as well as in the EU countries.

Wegen der hohen internationalen Verflechtung der österreichischen Wirtschaft haben nationale konjunkturstimulierende Maßnahmen nur begrenzte Wirkung. Österreich sollte sich deshalb darüber hinaus für die zügige Umsetzung der Wachstumsinitiative der Europäischen Kommission einsetzen.

Literaturhinweise

- Bronchi, Ch., Burns, A., "The Tax System in the Czech Republic", OECD Economics Department Working Paper, 2000, (245).
- Bundesministerium für Finanzen, Budgetprogramm 2003-2006, Wien, 2003.
- Deutsches Bundesministerium der Finanzen, Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich, Berlin, 2002.
- Deutsches Bundesministerium der Finanzen, Ausarbeitung über Gewerbesteuern und ähnliche Steuern im internationalen Vergleich, Berlin, 2003, www.bundesfinanzministerium.de/Anlage194777.pdf.
- Europäische Kommission, Unternehmensbesteuerung im Binnenmarkt, KOM(2001) 582 endg., Luxemburg, 2002.
- Europäische Kommission (2003A), Public Finances in EMU 2003, Brüssel, 2003.
- Europäische Kommission (2003B), Structures of the Taxation Systems in the European Union: 1995-2001, Brüssel, 2003.
- European Commission, Autumn 2003 Economic Forecasts, Brüssel, 2003.
- Institut der deutschen Wirtschaft, Deutschland in Zahlen, Köln, verschiedene Jahre.
- KPMG (2003A), KPMG's Corporate Tax Rate Survey, Amsterdam, 2003, <http://www.kpmg.com/pdf/2003CorporateTaxSurveyFINAL.pdf>.
- KPMG (2003B), Tax Rates – EU Accession Countries, Amsterdam, 2003 (mimeo).
- Lehner, G., Breuss, F., Mooslechner, P., Puwein, W., Schebeck, F., Wüger, M., Die zweite Etappe der Steuerreform, WIFO, Wien, 1993.
- OECD, "Using Micro-Data to Assess Average Tax Rates", OECD Tax Policy Studies, 2003, (8).

Marcus Scheiblecker

Der Arbeitstageffekt im vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukt

Eine empirische Analyse anhand saisonaler Zeitreihenmodelle

2004 stehen in Österreich aufgrund des Schaltjahres und der besonderen Lage von Feiertagen drei Arbeitstage mehr zur Verfügung als 2003. In Deutschland, wo sich sogar vier zusätzliche Arbeitstage ergeben, rechnen die Wirtschaftsforscher mit einem Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt von +0,6%. Für Österreich ergibt sich eine schwächere Wirkung von +0,1% des BIP.

Begutachtung: Thomas Url, Michael Wüger • Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann • E-Mail-Adresse: Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at

Das Bruttoinlandsprodukt als Maß der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird in Österreich sowohl für die Jahresperiode als auch quartalsweise berechnet. Die Quartalsergebnisse weisen dabei beträchtliche Schwankungen im Jahresverlauf auf. Dies kann neben den Saisonschwankungen auch auf die unterschiedliche Zahl der Arbeitstage im entsprechenden Beobachtungsintervall zurückgehen: Da mit zunehmender Intervalllänge das Gewicht der einzelnen Arbeitstage sinkt, tritt ein solcher Arbeitstageffekt in Monatswerten wesentlich deutlicher zutage als in Quartalswerten oder Jahreswerten.

Um den aktuellen Konjunkturverlauf zu isolieren, müssen die Daten deshalb sowohl um Saison- als auch um Kalendereffekte bereinigt werden. Der einfachste Ansatz zur Arbeitstagsbereinigung würde darin bestehen, die gemessene Produktion durch die Zahl der Arbeitstage zu dividieren, um so den Effekt eines einzelnen Arbeitstags zu bestimmen. Im Jahr 2002 (248,5 Arbeitstage) entfallen so auf einen Arbeitstag rund 810 Mio. € an gesamtwirtschaftlicher Produktion.

Der Nachteil dieser trivialen Methode liegt darin, dass implizit für jeden zusätzlichen Arbeitstag derselbe Effekt unterstellt wird wie für die vorangegangenen¹⁾. Dies widerspricht aber der Beobachtung, dass ein zusätzlicher Arbeitstag pro Monat bzw. pro Quartal üblicherweise einen wesentlich geringeren Anstieg der Produktion bewirkt. Zudem wird nicht geprüft, ob die Zahl der Arbeitstage überhaupt ein relevanter Bestimmungsfaktor der Produktion ist. So wird im Nichtmarktbereich, dem etwa die öffentliche Verwaltung angehört, mangels eines geeigneten Ansatzes die Wertschöpfung per Konvention über die entstandenen Kosten errechnet. Da die Gehaltszahlungen in der öffentlichen Verwaltung jedoch nicht arbeitstagsabhängig sind, wäre die Wertschöpfung auch bei deutlich weniger Arbeitstagen gleich hoch. Eine proportionale Aufteilung ist demnach ein falscher Ansatz zur Bestimmung des Arbeitstageffektes.

Da die Auswirkungen der unterschiedlichen Zahl der Arbeitstage nicht direkt zu beobachten sind, bedarf es geeigneter Ansätze zu ihrer Isolierung. Häufig werden Zeitreihen bereinigt durch Zerlegung in eine Trend-Zyklus-Komponente (TC_t), eine Saisonkomponente (S_t) und eine irreguläre Komponente (I_t):

$$Y_t = TC_t + S_t + I_t$$

¹⁾ Siehe hierzu auch weiter unten im Zusammenhang mit Nicht-Linearitäten.

**Vielfältige Einflüsse auf
das Bruttoinlands-
produkt**

oder in multiplikativer Form

$$Y_t = TC_t \times S_t \times I_t.$$

Fast alle so konstruierten Modelle gehen von der Unabhängigkeit der einzelnen Komponenten voneinander aus (Orthogonalitätsannahme). Dies dürfte der Realität aber nicht immer entsprechen; bei der Interpretation der Ergebnisse sollte das berücksichtigt werden.

Jede dieser drei Hauptkomponenten kann wiederum in Unterkomponenten aufgliedert werden. So kann die Trend-Zyklus-Komponente in einen langfristigen Trend und eine Konjunkturkomponente zerlegt werden (Scheiblecker, 2002)²⁾. Die Saisonkomponente S_t enthält den Saisoneffekt i. e. S. und Kalendereffekte, die über den Jahresverlauf nicht stabil sind.

Der Saisoneffekt i. e. S. ist relativ stabil³⁾ hinsichtlich des Zeitpunktes seines Auftretens, der Richtung und des Ausmaßes. Er gibt natürliche Einflüsse wieder wie z. B. das Wetter, administrative oder gesetzliche Bestimmungen (etwa fixe Steuerzahlungstermine), soziale und kulturelle Traditionen sowie Kalendereffekte mit einem fixen jährlichen Termin (z. B. Weihnachten).

Die Kalendereffekte fallen von Jahr zu Jahr in unterschiedliche Perioden. Sie lassen sich in folgende Komponenten unterteilen (Bloem – Dippelsman – Maehle, 2001, S. 126f):

- Der Arbeitstageseffekt ist durch die jeweils unterschiedliche Zahl der Arbeitstage, Verkaufstage oder einfach durch die Zusammensetzung von Wochentagen eines Monats oder Quartals bestimmt. Feiertage werden oft ebenfalls in dieser Kategorie berücksichtigt.
- Der Ostereffekt (Karwoche und Osterfeiertage) tritt zwar regelmäßig auf, aber nicht immer in derselben Periode (I. oder II. Quartal).
- Unter die anderen Kalendereffekte fällt etwa der Schaltjahreseffekt, der alle vier Jahre das I. Quartal um einen Tag verlängert, oder aber auch Schulferien.

Die irreguläre Komponente umfasst alle nicht vorhersehbaren oder bislang unberücksichtigten Faktoren. Wie die Trend-Zyklus-Komponente und die Saisonkomponente i. w. S. lässt sie sich weiter untergliedern. Gemäß dem hier angewandten Modell zur Berechnung aller Komponenten wird sie in eine irreguläre Komponente i. e. S. – welche im Idealfall lediglich "weißes Rauschen" darstellt – und in von der Software selbst erkannte Ausreißer unterteilt. Die automatisch entdeckten Niveaubrüche werden hingegen der Trend-Zyklus-Komponente zugeordnet.

Unterschiedliche Modellansätze

Zur Schätzung der einzelnen Komponenten haben sich in der modernen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur im Wesentlichen zwei Ansätze herausgebildet: das strukturelle Zeitreihenmodell (Harvey, 1989) und das Autoregressive-Moving-Average-Modell (ARIMA; Gomez – Maravall, 2001). Diese beiden Verfahren bieten den Vorteil, dass sämtliche Komponenten einer Zeitreihe simultan geschätzt werden und damit eine interne Konsistenz des Ergebnisses gewährleistet wird⁴⁾.

Im ersten Fall wird jede einzelne Komponente getrennt modelliert; dazu kommen sowohl deterministische als auch stochastische Ansätze⁵⁾ in Frage. Der zweite Modellansatz, welcher der vorliegenden Untersuchung zugrunde liegt, bildet wichtige Komponenten der Zeitreihenzerlegung als ARIMA-Modelle ab (hier sowohl die Trend-Zyklus-Komponente als auch die Saisonkomponente). Beide Ansätze zählen zur

²⁾ Mit dieser Aufteilung befasst sich ein wichtiges Gebiet der Konjunkturforschung; sie soll aber nicht Gegenstand dieses Beitrags sein.

³⁾ Eine gewisse Flexibilität über die Zeit wird jedoch in den moderneren Modellansätzen, welche die Saisonkomponente nicht deterministisch (mit Hilfe von Dummy-Variablen), sondern stochastisch modellieren, auch der Saisonkomponente zugestanden.

⁴⁾ In anderen Ad-hoc-Ansätzen kann die Summe der einzelnen Komponenten das Gesamtniveau durchaus unter- oder überschreiten.

⁵⁾ Für Deutschland siehe z. B. Flaig (2000).

Gruppe der "Unobserved Component Models", da Komponenten geschätzt werden, welche sich einer direkten Beobachtung entziehen.

Unter Berücksichtigung aller Subkomponenten einer Zeitreihe wird ein ARIMA-Modell (P, D, Q) (p, d, q) geschätzt; (P, D, Q) bildet dabei das reguläre ARIMA-Modell zur Trend-Zyklus-Schätzung ab und (p, d, q) das ARIMA-Modell zur Schätzung der Saisonkomponente⁶⁾. Vorab werden alle deterministischen Effekte wie Arbeitstageffekte, Ostereffekt, Schaltjahreseffekt, abzubildende Ausreißer oder speziell zu berücksichtigende Regressionsvariable (wie z. B. die Zahl der Heizgradtage) aus der Zeitreihe eliminiert. In Differenzenschreibweise gilt für die verbleibende Komponente z_t folgendes ARIMA-Modell:

$$\phi(B) \Phi(B^s) \nabla^d \nabla_s^D z_t = \theta(B) \Theta(B^s) \varepsilon_t$$

$\phi(B)$ bzw. $\Phi(B^s)$... reguläres bzw. saisonales AR-Polynom, $\theta(B)$ bzw. $\Theta(B^s)$... reguläres bzw. saisonales MA-Polynom, ∇^d und ∇_s^D ... zur Erreichung der Stationarität notwendige Differenzenbildung im regulären und saisonalen ARIMA-Teil, ε_t ... Störterm, B ... Lag- oder Backshift-Operator, für den gilt:

$$B z_t = z_{t-1} \text{ bzw. } B^s z_t = z_{t-s}$$

Im Folgenden wird mit diesem Modellansatz eine Komponentenzerlegung für die vierteljährliche Zeitreihe des österreichischen Bruttoinlandsproduktes vorgenommen, um den allein von der Variation der Zahl der Arbeitstage auf die gesamtwirtschaftliche Produktion ausgehenden realen Effekt möglichst isoliert darzustellen. Da das Jahr 2004 kalenderbedingt um drei Arbeitstage mehr aufweist als das Jahr 2003, kommt dem Ausmaß dieses Effekts aktuelle Bedeutung für die Interpretation des Konjunkturverlaufs zu. Für Deutschland, wo 2004 vier Arbeitstage mehr anfallen, wird das dadurch zusätzlich generierte Wachstum auf bis zu 0,6% des BIP geschätzt⁷⁾ – zwischen der Hälfte und einem Drittel des Wirtschaftswachstums in diesem Jahr.

Ein Nachteil der hier vorgestellten Methode liegt darin, dass zwar alle Komponenten in konsistenter Form gemeinsam geschätzt werden, aber angenommen wird, dass sie voneinander unabhängig seien. Diese "Orthogonalität" der einzelnen Komponenten unterstellt, dass das ermittelte Ausmaß des Arbeitstageffektes unabhängig von der jeweiligen Konjunkturlage wäre. Dies gilt aber für die meisten Modellansätze, wenn diese Nichtlinearität nicht explizit im Ansatz berücksichtigt wird.

Der Arbeitstageffekt wird hier einerseits für die Zeitreihe des österreichischen vierteljährlichen Bruttoinlandsproduktes insgesamt ermittelt, andererseits für die einzelnen Wirtschaftsbereiche. Dieses Vorgehen ermöglicht nicht nur einen detaillierteren Einblick in das Zustandekommen des Effektes, sondern ist auch für die Verlässlichkeit der Schätzung unumgänglich: Die in den einzelnen Branchen mit unterschiedlicher Intensität – ja sogar Richtung⁸⁾ – wirkenden Arbeitstageffekte können einander im Aggregat überlagern und somit verstärken oder dämpfen; das würde ihre statistische Lokalisierung erschweren oder bisweilen auch unmöglich machen. Zweckmäßig wäre hier die Verwendung unterschiedlicher Arbeitstagskalender für die einzelnen Branchen, da sich z. B. die Zahl der Arbeitstage im Handel von jener in der Sachgüterindustrie unterscheidet.

⁶⁾ Die Parameter P und Q stehen für die Ordnung des regulären, p und q für die des saisonalen autoregressiven bzw. Moving-Average-Terms. D und d bilden die Zahl der zur Gewährleistung von Stationarität notwendigen Differenzenbildungsschritte ab.

⁷⁾ Das DIW (Pressemittteilung vom 1. Juli 2003) geht von einem Effekt der zusätzlichen vier Arbeitstage im Jahr 2004 von +0,6% des BIP aus, das offizielle Gemeinschaftsgutachten der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute von +0,5%. Die EU-Kommission weist in ihrer Herbstprognose 2003 diesem Effekt ein Drittel des für 2004 prognostizierten Wachstums von 1,6% zu. Aufgrund der Berechnungen von Flaig (2000) würde der Effekt 2004 +0,5% betragen.

⁸⁾ So wird ein möglicher Arbeitstageffekt im Tourismus ein negatives Vorzeichen haben, weil der Tourismus von arbeitsfreien Tagen profitiert.

Ermittlung des Arbeitstageffektes anhand eines ARIMA-Modells

Die verwendete Software

Die Nachfrage nach der Publikation von saison- und arbeitstagsbereinigten wirtschaftlichen Zeitreihen wächst seit einigen Jahren ständig. Vor diesem Hintergrund wurden einige komfortable Softwarepakete entwickelt, welche eine rationelle und qualitativ dennoch gute Komponentenerlegung erlauben. Am besten bewähren sich X12-RegARIMA und TRAMO-SEATS (Gomez – Maravall, 1996). Während die X11- bzw. X12-Familie deterministische Filter zur Saisonbereinigung verwendet, wird in TRAMO-SEATS eine Faktorisierung des geschätzten saisonalen ARIMA-Modells vorgenommen.

Das WIFO hat sich aus theoretischen Gründen für die vorwiegende Anwendung von TRAMO-SEATS entschieden (Wüger, 1995A). Der Arbeitstageseffekt wurde mit TRAMO-SEATS in der Version des Eurostat-Programmpakets DEMETRA (Version 2.0, Service Pack 1) ermittelt. Diese Software wurde zur Saisonbereinigung von Zeitreihen entwickelt und ermöglicht auch die Berücksichtigung von Kalendereffekten, wobei der Kalender für alle europäischen Länder eingebaut ist. Als Datengrundlage diente die österreichische Quartalsrechnung für den Zeitraum I. Quartal 1988 bis II. Quartal 2003 von Statistik Austria (publiziert Ende September 2003). Damit standen 62 Beobachtungen zur Verfügung; für zeitreihenanalytische Untersuchungen ist dies eher als Untergrenze anzusehen (die Verlässlichkeit der Identifikation von Arbeitstageseffekten wird durch eine zu kleine Zahl der Beobachtungen eingeschränkt).

Interpretation des Arbeitstageseffektes

Der hier ermittelte Arbeitstageseffekt entspricht der obigen Definition insofern, als lediglich Abweichungen von der durchschnittlich zur Verfügung stehenden Zahl der Arbeitstage gemessen werden. Er betrifft also lediglich die Variation von Periode zu Periode. Der Einfluss jener Zahl von Arbeitstagen, die nicht schwankt, wird – wie oben dargestellt – der Saison i. e. S. zugeordnet, weil statistisch nicht unterschieden werden kann, ob der Saisoneffekt nun durch die Zahl der Arbeitstage oder durch die Witterung entsteht.

Die wirtschaftspolitische Frage, wieweit die (permanente) Abschaffung eines Feiertags eine Steigerung der Produktion bringt, lässt sich mit dem hier errechneten Arbeitstageseffekt nicht adäquat beantworten, da in diesem Fall ja keine (temporäre) Variation von Periode zu Periode vorliegt.

Verständlicher wird diese Problematik am Beispiel des Lebensmittelhandels. Zwar kann beobachtet werden, dass ein zusätzlicher Verkaufstag für zusätzlichen Umsatz sorgt; ein Offenhalten der Lebensmittelgeschäfte an allen Tagen würde den Umsatz mit Lebensmitteln aber nicht im gleichen Maß erhöhen, weil die Konsumenten die Deckung ihres Lebensmittelbedarfs auf alle Tage aufteilen würden.

Auch ein Streiktag bedeutet den Ausfall eines Arbeitstags. Um die durch einen Streiktag ausgelösten möglichen Verluste zu schätzen, ist aber der gewählte Ansatz nicht unbedingt geeignet: Allein aufgrund der Tatsache, dass etwa in einem Schichtbetrieb die Produktion nicht von der Zahl der Arbeitstage abhängt, kann nicht geschlossen werden, dass ein Streiktag keinen Effekt hätte. Außerdem wird ein Produktionsrückstand durch singuläre Ereignisse wie Streiks oder Naturkatastrophen oft durch Einarbeitung weitgehend wettgemacht; das gilt für die Variation der Arbeitstage nicht.

Das Modell für das reale Bruttoinlandsprodukt

Für die Ermittlung des Arbeitstageseffektes für das Bruttoinlandsprodukt im Aggregat erwies sich ein ARIMA-Modell (0, 1, 0) (0, 1, 1) als geeignet. Dies entspricht einem saisonalen Moving-Average-Modell mit ersten und vierten Differenzen.

Gemäß den Modellberechnungen bewirkt in Österreich eine Ausweitung der Zahl der Arbeitstage um 1% einen Anstieg des realen BIP um 0,05% bzw. rund 100 Mio. €⁹⁾. Bei durchschnittlich 248,6 Arbeitstagen pro Jahr entspricht ein Arbeitstag nur 0,4%; auf einen zusätzlichen Arbeitstag entfallen damit lediglich 0,02% des BIP bzw. 40 Mio. €. 2004 ergibt sich so aufgrund der drei zusätzlichen Arbeitstage ein Effekt von 120 Mio. €.

⁹⁾ Das reale Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahr 2002 201,2 Mrd. €.

Vor dem Hintergrund der Schätzungen für Deutschland (bis zu 0,6% des BIP) erscheint dieser Effekt überraschend niedrig. Möglicherweise geht dies auf Unterschiede zwischen der Wirtschaftsstruktur der beiden Länder zurück. So könnte der Arbeitstageffekt in Österreich wegen der großen Bedeutung des Tourismus – für den ein negativer Arbeitstageffekt plausibel erscheint – für die Gesamtwirtschaft geringere Bedeutung haben. Auch ein abweichendes Gewicht von Sachgütererzeugung (hoher Arbeitstageffekt) und öffentlicher Verwaltung ist als Ursache denkbar. Wie Übersicht 1 zeigt, unterscheidet sich der Beitrag der Sachgüterproduktion und der öffentlichen Verwaltung zum Bruttoinlandsprodukt zwischen Österreich und Deutschland aber kaum; die größten Abweichungen bestehen im Grundstücks- und Wohnungswesen. In der Folge werden deshalb die einzelnen zum BIP beitragenden Wirtschaftsbereiche auf Einstellerbasis untersucht.

Übersicht 1: Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in Österreich und Deutschland 2002

Real, zu Preisen von 1995

	Österreich		Deutschland	
	Wert- schöpfung	BIP	Wert- schöpfung	BIP
	Anteile in %		Anteile in %	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2,5	2,3	1,3	1,2
Sachgütererzeugung	21,0	20,0	20,8	20,1
Bergbau ¹⁾	0,3	0,3	0,2	0,2
Energie- und Wasserversorgung	3,1	2,9	2,1	2,0
Bauwesen	7,1	6,7	4,7	4,5
Handel ²⁾	13,0	12,3	9,9	9,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	3,9	3,7	1,1	1,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	7,6	7,2	8,4	8,1
Kreditinstitute und Versicherungen	7,1	6,8	5,8	5,6
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	15,5	14,7	25,3	24,4
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	5,7	5,4	5,7	5,5
Sonstige Dienstleistungen	13,4	12,7	14,9	14,3

Q: Statistik Austria; Statistisches Bundesamt Wiesbaden. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung.

Die Produktion der Land- und Forstwirtschaft (ÖNACE A + B) besteht laut ESGV 95 nicht in der Ernte, sondern im Zuwachs an landwirtschaftlichen Gütern. So erfolgt die Produktion nicht durch die Schlachtung, sondern durch den stetigen Fleischzuwachs des Zuchtviehs. Ebenso bestimmt in der Forstwirtschaft der Holzzuwachs am Stamm den Produktionsumfang und nicht der Schlägerungsprozess, welcher lediglich eine Lagerentnahme darstellt.

Erwartungsgemäß zeigt sich in diesem Wirtschaftsbereich weder ein statistisch signifikanter Arbeitstageffekt noch ein Ostereffekt. Theoretisch müsste allerdings der Schaltjahreseffekt eine gewisse Rolle spielen, da im Februar eines Schaltjahres durch den zusätzlichen Tag der landwirtschaftliche Ertrag – gemessen am Zuwachs – höher sein müsste als in anderen Jahren. Dieser Effekt kommt aber in den Daten nicht zum Ausdruck. Einerseits ist aber der pflanzliche Zuwachs in diesem Wintermonat gering, und andererseits sind die Daten zu ungenau, um die Auswirkungen eines einzigen zusätzlichen Tages abzubilden.

Ebenfalls keine über den Saisoneffekt hinausgehenden Kalendereffekte sind in der realen Wertschöpfung des Bergbaus (ÖNACE C) festzustellen. Auch hier überrascht dies wenig, da die Produktion dieses Wirtschaftsbereichs (wie z. B. die Förderung von Mineralöl) überwiegend auch an Nicht-Arbeitstagen erfolgt.

Die Sachgüterproduktion (ÖNACE D) erbringt auf Einstellerbasis den bedeutendsten realen Wertschöpfungsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt. Für diesen Wirtschaftsbereich kann ein signifikanter positiver Arbeitstageffekt ausgewiesen werden, wenn gleich er relativ gering ausfällt. Steht in einem Quartal ein zusätzlicher Arbeitstag zur Verfügung, dann geht dies mit einer Erhöhung der realen Wertschöpfung um 56 Mio. € einher; das entspricht etwa ½% der in einem Quartal erwirtschafteten Wert-

Landwirtschaft

Bergbau

Sachgüterproduktion

schöpfung oder 0,1% des vierteljährlichen BIP. Die in einem Jahr mit drei zusätzlichen Arbeitstagen im Sachgüterbereich anfallende Produktion von knapp 170 Mio. € würde rund 0,4% der Wertschöpfung entsprechen.

Ein Ostereffekt kann statistisch nicht nachgewiesen werden. Dies ist wahrscheinlich dem geringen Gewicht eines Arbeitstags innerhalb eines Quartals und eventuell auch den auf Produktivitätsanpassungen basierenden Ausgleichsprozessen zuzuschreiben¹⁰⁾.

Energie- und Wasserversorgung

Im Bereich der Energie- und Wasserversorgung (ÖNACE E) wurde ein positiver Arbeitstageseffekt identifiziert: Eine Ausweitung der Zahl der Arbeitstage um 1% würde die Produktion um 0,16% erhöhen. Allerdings ist dieses Ergebnis statistisch nicht signifikant, dieser Effekt also eher unsicher.

Theoretisch erscheint ein Arbeitstageseffekt in diesem Bereich durchaus plausibel, da der Energieverbrauch an Arbeitstagen üblicherweise höher ist als an Nicht-Arbeitstagen und die Produktion entsprechend angepasst wird.

Bauwesen

Überraschenderweise spiegelt die reale Wertschöpfung im Bauwesen (ÖNACE F) die Variation der Zahl der Werkzeuge nicht wider. Theoretisch wäre hier ein positiver Arbeitstageseffekt zu erwarten gewesen, da ein Großteil der Baustellen an Nicht-Arbeitstagen geschlossen ist.

Handel

In den Quartalszahlen der realen Wertschöpfung im Handel (ÖNACE G) lässt sich ebenfalls kein statistisch signifikanter Arbeitstageseffekt feststellen. Im Handel wird eher von einem Verkaufstageseffekt gesprochen; dieser lässt sich verlässlich nur auf Monatsbasis ermitteln (siehe z. B. Wüger, 1995B).

Als signifikant erweist sich jedoch der Ostereffekt (siehe hierzu auch Thury – Wüger, 1992). So erhöht sich die Wertschöpfung in jenem Quartal am stärksten, in welches die Karwoche und Ostern überwiegend fallen; das ist u. a. auf den Tourismus zurückzuführen.

Hotel- und Gaststättenwesen

Im für Österreich bedeutenden Wirtschaftszweig des Hotel- und Gaststättenwesens wäre ein negativer Arbeitstageseffekt zu erwarten: Mit sinkender Zahl von Arbeitstagen wächst die Freizeit und somit potentiell die Wertschöpfung im Hotel- und Gaststättenwesen. Die statistische Analyse liefert jedoch lediglich einen signifikanten Ostereffekt.

Um dieses überraschende Ergebnis anhand einer anderen Datenreihe zu überprüfen, wurde eine ähnliche Analyse für die Nächtigungsstatistik auf Quartalsbasis durchgeführt. Auch diese ließ keinen gesicherten Schluss über das Vorliegen eines negativen Arbeitstageseffektes zu.

Die Gründe können einerseits wieder im Aggregationsprozess, aber auch in der Anwendung eines ungeeigneten Kalenders liegen. Da die österreichischen Tourismuseinnahmen rund zur Hälfte von ausländischen Gästen stammen, ist die Produktion nur zum Teil von den Veränderungen des heimischen Arbeitstagskalenders beeinflusst. Eine geeignete Methode zur Erfassung des Arbeitstageseffektes für den Ausländertourismus wäre eine Gewichtung der Kalender nach den Nächtigungen der einzelnen Gästegruppen.

Wieweit die Aggregation von Quartalsdaten den Arbeitstageseffekt verschleiert, wurde anhand der Nächtigungszahlen auf Monatsbasis untersucht. Dieser Ansatz zeigt einen signifikanten negativen Arbeitstageseffekt: Eine Erhöhung der Zahl der Arbeitstage um 1% hat eine Verringerung der Nächtigungszahlen um 0,4% zur Folge. Auf die Wertschöpfung ist dieser Effekt jedoch nicht übertragbar¹¹⁾.

¹⁰⁾ In einigen Branchen mit lagerfähigen Endprodukten ist ein Vorarbeiten wie auch die kurzfristige Übernahme der Arbeitsleistung von Urlaubenden durch die restliche Belegschaft möglich.

¹¹⁾ Unter der Annahme einer konstanten Relation zwischen der Wertschöpfung im Hotel- und Gaststättenwesen und den Nächtigungszahlen verringert der negative Arbeitstageseffekt (Übernachtungen je zusätzlichen Arbeitstag -0,4%) die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung im Jahr 2004 um rund 38 Mio. €.

Aufgrund der äußerst lückenhaften und unvollständigen Datenlage, die zur Berechnung der Wertschöpfung im Verkehrs- und Nachrichtenwesen zur Verfügung steht, und der dadurch bedingten Beschränkung der Berechnungsmethode liegt keine Information über Saison- und Arbeitstageseffekte vor. Theoretisch spielt die Zahl der Arbeitstage jedoch eine gewisse Rolle, da sowohl Transportleistungen als auch Kommunikationsdienstleistungen an Werktagen vermehrt in Anspruch genommen werden.

Im Banken- und Versicherungswesen (ÖNACE J) wurde weder ein Arbeitstageseffekt noch ein Oster- oder Schaltjahreseffekt gefunden. Zwar dürfte die Zinsspanne nicht auf die Variation der Arbeitstage reagieren, doch ist im Bereich der Gebühren und anderen Erträge durchaus ein Arbeitstageseffekt vorstellbar. Mit der Zunahme alternativer Formen zur Abwicklung von Bankgeschäften (z. B. über Internet oder Telefon) dürfte ein solcher Effekt immer geringer werden¹²⁾.

Die Hauptgruppe ÖNACE K "Realitätenwesen" besteht aus dem Realitätenwesen i. e. S. – dessen Wertschöpfung großteils durch Vermietung von Immobilien und imputierte Mieten erbracht wird – und anderen wichtigen Wirtschaftsbereichen wie unternehmensnahen Dienstleistungen, Vermietung, Forschung und Entwicklung sowie Datenbanken. Während für den Bereich der Vermietung von keinem bedeutenden Arbeitstageseffekt ausgegangen werden kann, da hier meist auf Monatsbasis abgerechnet wird, ist in den unternehmensnahen Diensten ein solcher Effekt plausibel. Dazu zählen etwa die Rechts- und Beratungsdienste, Reinigungs- und Arbeitsverleiher usw. Im Aggregat ließ sich jedoch kein statistisch signifikanter Arbeitstageseffekt feststellen. Sowohl die Verwendung von Quartalsdaten als auch das große Gewicht des Realitätenwesens i. e. S. dürften hier eine Rolle spielen.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Banken und Versicherungen

Realitätenwesen

Übersicht 2: Arbeitstageseffekt nach Wirtschaftsbereichen

	Arbeitstageseffekt Mio. € je Arbeitstag
Land- und Forstwirtschaft	.
Bergbau	.
Sachgütererzeugung	56***
Energie- und Wasserversorgung	2,4*
Bauwesen	.
Handel	4,5*
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	.
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	.
Kreditinstitute und Versicherungen	.
Grundstücks- und Wohnungswesen	.
Öffentliche Verwaltung	.
Sonstige Dienstleistungen	.
Imputierte Bankdienstleistungen	.
Nettogütersteuern	.
Bruttoinlandsprodukt	40**

*** . . . signifikant mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 1%, ** . . . signifikant mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%, * . . . signifikant mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10%.

Wie erwähnt dürfte sich in der öffentlichen Verwaltung kein Arbeitstageseffekt ergeben, weil die Wertschöpfung über die Kostenseite errechnet wird und die großen Komponenten wie Abschreibungen, Löhne und Gehälter nicht arbeitstagsbasiert anfallen. Die statistischen Ergebnisse bestätigen dies; erwartungsgemäß wurde auch kein Ostereffekt gefunden.

Die sonstigen Dienstleistungen umfassen die Wirtschaftsbereiche Unterrichtswesen (ÖNACE M), Gesundheitswesen (ÖNACE N), persönliche Dienstleistungen (ÖNACE O) und private Haushalte (ÖNACE P). Hier sind geringe Arbeitstageseffekte vorstellbar. Für die Aufteilung der entsprechenden Jahresdaten auf Quartale stehen aber in diesen Wirtschaftsbereichen lediglich Beschäftigungsdaten (Stichtagserhebungen

Öffentliche Verwaltung

Sonstige Dienstleistungen

¹²⁾ Zur Abnahme des Effektes von Bankenfeiertagen auf Börsenumsätze siehe *Vergin – McGinnis (1999)*.

Weitere Komponenten des BIP

zur Monatsmitte) zur Verfügung, die keine Informationen über Arbeitstagsschwankungen enthalten¹³⁾.

Die fiktiven Wirtschaftsbereiche "imputierte Bankdienstleistungen" und "Nettogütersteuern" (Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen) bilden den Übergang von der Bruttowertschöpfung zum Bruttoinlandsprodukt.

Die imputierten Bankdienstleistungen werden als Vorleistungen für die anderen Wirtschaftsbereiche verstanden und – mangels individueller Zurechenbarkeit – von der Summe der Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche abgezogen. Da dies eine durch die Zinsspanne abgegoltene Leistung ist, kann ein Arbeitstagseffekt theoretisch ausgeschlossen werden.

Hingegen dürfte eine Ausweitung der Zahl der Arbeitstage die Einnahmen von Gütersteuern oder die Gütersubventionen erhöhen, da die Zunahme der Wirtschaftsaktivität an Werktagen die entsprechenden Nettogütersteuern verändert. Tatsächlich lieferte die Datenanalyse einen kleinen, nicht signifikanten positiven Arbeitstagseffekt; er dürfte von der Sachgüterproduktion herrühren, in welcher ein bedeutender Teil der Gütersteuern in Form von Mineralöl- und Tabaksteuer anfällt.

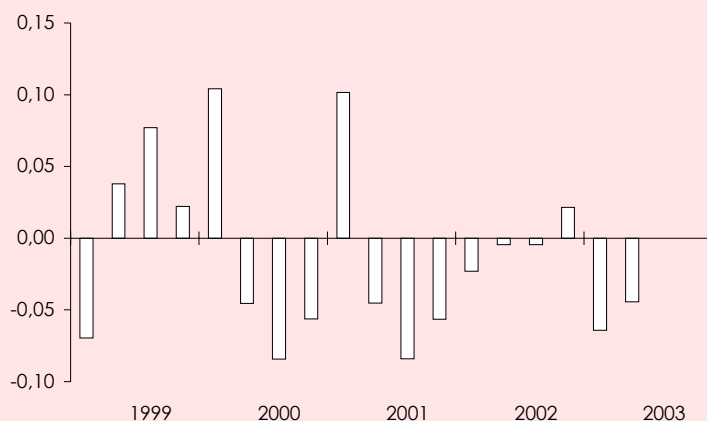
Ergebnis

Die detaillierte Untersuchung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergab nur für den quartalsweisen Wertschöpfungsbeitrag der Sachgüterproduktion einen hinreichend abgesicherten Arbeitstagseffekt. Er liegt mit +56 Mio. € je zusätzlichen Arbeitstag nur etwas über dem für das Bruttoinlandsprodukt insgesamt ermittelten Effekt von +40 Mio. €. Für weitere zwei Wirtschaftsbereiche (Energie- und Wasserversorgung, Handel) ergab sich ein Arbeitstagseffekt, der aber das Signifikanzniveau von 95% nicht ganz erreicht.

Der Gesamteffekt der in Österreich 2004 zusätzlich zur Verfügung stehenden drei Arbeitstage beträgt somit nur 120 Mio. € (aggregierter Ansatz) bzw. 170 Mio. € (disaggregierter Ansatz), jeweils rund 0,1% des realen BIP. Am größten war der positive Arbeitstagseffekt in der jüngeren Vergangenheit im I. Quartal 2000 und 2001 (Abbildung 1). Damals bewirkte die Ausweitung der Zahl der Arbeitstage um jeweils 1¼ einen Produktionsanstieg von 0,1% im entsprechenden Quartal. Der größte Effekt seit 1988 trat im I. Quartal 1997 auf: Der Ausfall von 2¼ Arbeitstagen schlug sich in einer Minderproduktion von über 0,2% nieder.

Abbildung 1: Arbeitstagseffekt

In % des unbereinigten realen vierteljährlichen BIP



¹³⁾ Die Quartalsrechnung dient auch eher der Information über den Konjunkturverlauf als der korrekten Erfassung von Arbeitstagseffekten.

Mit knapp 0,1% des BIP ist der Arbeitstageffekt in Österreich – verglichen mit dem für Deutschland von der Deutschen Bundesbank für vier zusätzliche Arbeitstage¹⁴⁾ errechneten Wert von 0,6% des BIP – sehr niedrig. Hochgerechnet auf vier Arbeitstage ergibt sich in Österreich eine Steigerung des BIP um 0,11%¹⁵⁾.

Diese Abweichung hat vielfältige Gründe. So verwendet zwar auch die Deutsche Bundesbank ein Verfahren, welches den Arbeitstageffekt auf Branchenebene lokalisiert, allerdings getrennt von der Saisonbereinigung (Kirchner, 1999). Da die so gewonnenen Ergebnisse keine interne Konsistenz aufweisen, scheint hier das österreichische Verfahren überlegen zu sein. Dagegen werden in der deutschen Arbeitsstagsbereinigung branchenspezifische Kalender verwendet, wie sie für den österreichischen Ansatz nicht zur Verfügung standen. Wie erwähnt würde man mit dem von Flaig (2000) gewählten Ansatz auf einen Arbeitstageffekt von 0,5% des österreichischen BIP 2004 kommen.

Quartalswerte eignen sich wenig für die Ermittlung von Arbeitstageffekten, weil das Gewicht einzelner zusätzlicher Arbeitstage wesentlich geringer ist als auf Monatsbasis (Cleveland – Delvin, 1982). Dies bestätigen auch die unterschiedlichen Ergebnisse der Analyse der Nächtigungszahlen in Österreich. Eine monatliche Statistik des BIP steht allerdings nicht zur Verfügung. Das Bruttoinlandsprodukt wird auf Vierteljahresbasis berechnet, um die Konjunktur besser zu erfassen als in der Jahresrechnung; mit höherer Frequenz auftretende Einflüsse werden nicht angemessen berücksichtigt, weil sie die Konjunkturbeobachtung stören würden.

Die Differenz der Arbeitstageeffekte zwischen Deutschland und Österreich kann auch auf die Datenbasen zurückgehen, die der Quartalsrechnung zugrunde liegen. Während in Österreich für den Dienstleistungssektor meist ausschließlich Beschäftigungszahlen vorliegen, stehen für Deutschland in weiten Bereichen auch Informationen über das Arbeitsvolumen zur Verfügung¹⁶⁾; dieser Indikator – und damit der Wertschöpfungsbeitrag dieser Branchen – reagiert auf eine Variation der Zahl der Arbeitstage.

Ein Effekt der von Jahr zu Jahr unterschiedlichen Zahl der Arbeitstage ist in Österreich – basierend auf der aktuellen Datenlage – nur für die Wertschöpfung der Sachgüterproduktion mit hinreichender statistischer Sicherheit nachzuweisen. In den anderen Wirtschaftsbereichen kann ein solcher Effekt entweder ausgeschlossen oder aber nicht verlässlich nachgewiesen werden: Die Auswirkungen einer Veränderung der Zahl der Arbeitstage auf die Produktion werden teils von der der Quartalsrechnung zugrunde liegenden Datenbasis nicht ausreichend wiedergegeben (weil sie häufig selbst keinen Arbeitstageffekt enthält); teils ist das Aggregationsniveau (Quartale) zu hoch, der Kalender zu wenig differenziert oder die Zahl der Beobachtungen zu gering.

Die Schätzung mit einem ökonomischen Zeitreihenmodell ergibt für das Jahr 2004, in dem drei Arbeitstage mehr zur Verfügung stehen als 2003, je nach Ansatz (BIP insgesamt oder getrennt nach Wirtschaftssektoren) eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 120 bzw. 170 Mio. €. Dies entspricht in beiden Fällen knapp 0,1% des realen BIP. In Deutschland wird aufgrund der vier zusätzlichen Arbeitstage im Jahr 2004 mit einem gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstieg von 0,5% bis 0,6% gerechnet. Neben dem verwendeten Verfahren könnte für diese Divergenz zwischen Österreich und Deutschland auch die Datenbasis der Quartalsrechnung maßgebend sein.

Alle international üblichen Verfahren zur Ermittlung von Arbeitstageffekten¹⁷⁾ unterstellen eine Konstanz der Parameter und deren Unabhängigkeit von den anderen

¹⁴⁾ Die Ermittlung der Arbeits- und Feiertage für Deutschland ist schwierig, da einige Feiertage (6. Jänner, Fronleichnam, 1. November, Buß- und Betttag) nur in einigen Bundesländern gelten.

¹⁵⁾ Die anlässlich der OECD-Step-Sitzung Ende Oktober 2003 vorgestellten Analysen für Frankreich zeigen einen Arbeitstageffekt für 2004 von 0,2% bis 0,3% des BIP.

¹⁶⁾ Diese Informationen werden vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg bereitgestellt.

¹⁷⁾ Dies trifft auch für die österreichische und deutsche Methode zu.

Arbeitstageffekt in Deutschland wesentlich höher

Zusammenfassung

Komponenten der Zeitreihe. Der Arbeitstageseffekt würde demnach nicht über die Zeit ab- oder zunehmen und auch durch keine andere Komponente der Zeitreihe (Trend-Zyklus, Saison- und andere Faktoren) beeinflusst. In der Praxis dürfte aber der Arbeitstageseffekt längerfristig einem Wandel ausgesetzt sein. So hat die Einführung neuer innovativer Arbeitszeitformen wie auch neuer Produktionstechniken eine Verringerung der Auswirkungen der Zahl der Arbeitstage auf die Produktion zur Folge.

Ebenso wird dieser Effekt von der jeweiligen Konjunkturlage nicht unabhängig sein: In Zeiten schwacher gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, wenn in manchen Branchen Kurzarbeit geleistet wird oder Arbeitskräfte gehortet werden, wird ein zusätzlicher Arbeitstag eine wesentlich geringere Mehrproduktion bewirken als bei voller Auslastung der Produktionskapazitäten.

Der hier angegebene Effekt ist somit lediglich ein Durchschnittswert, der je nach Konjunkturlage nach oben oder unten abweichen kann. Aus demselben Grund wird die Abschaffung eines Feiertags in Zeiten schwacher Konjunktur geringere ökonomische Effekte auslösen als bei voller Kapazitätsauslastung.

Die wirtschaftspolitische Frage, welchen zusätzlichen Effekt die Abschaffung eines Feiertags hat, ist mit Hilfe des vorliegenden Ansatzes nicht angemessen zu beantworten. Ebenso ist der hier gewählte Ansatz nicht zur Erfassung des durch einen Streiktag ausgelösten Produktionsentgangs geeignet. In beiden Fällen sagt das Fehlen eines Arbeitstageseffektes nichts über mögliche Effekte solcher Maßnahmen aus. Umgekehrt kann aus dem Vorliegen eines Arbeitstageseffektes in einer Branche nicht auf die Auswirkungen einer solchen permanenten Maßnahme geschlossen werden.

The Working Days Effect in the Calculation of Quarterly GDP

An Empirical Analysis using Seasonal Time Series Models – Summary

In 2004, there will be three working days more in Austria than in 2003, due to the leap year and the particular situation of holidays in the calendar. An analysis of quarterly GDP data using a seasonal time series model suggests, that three additional working days will boost annual output by 0.1 percent.

The assessment of the current business situation requires an adjustment of economic data for seasonal factors and the changing number of working days. The simplest method of calculating the working days effect, namely dividing output by the number of working days, is not the adequate approach, since it attributes the same weight to each working day and, moreover, does not examine whether the varying number of working days is of relevance at all for the level of output.

Using a seasonal time series model, WIFO has estimated the seasonal and the working days component in a consistent way. These estimates have been carried out for overall quarterly GDP as well as for its sectoral components. For the more detailed approach, a total effect of around € 56 million per additional working day was derived, for aggregate GDP an amount of € 40 million. Thus, the impact of the three additional working days in 2004 would in both cases be some 0.1 percent of annual GDP. In recent periods, the positive effect was greatest in the 1st quarters of 2000 and 2001, when the number of working days was 1.22 above the average, raising quarterly GDP by about 0.1 percent, respectively.

However, this result should be interpreted with caution, since the underlying approach assumes the working days effect to be independent from the cyclical component. The effect obtained is an average of values that can vary in positive and negative direction, depending on the phase of the business cycle.

The method used differs from the one applied by the Deutsche Bundesbank in calculating the working days effect for Germany. The latter yields an output increase of 0.6 percent of GDP for the four additional working days occurring in 2004.

In general, quarterly GDP forms a weak base for calculating a working days effect, since its calculation is designed for the monitoring of the business cycle and a proper identification can only be done on a monthly basis. Moreover, the quarterly national accounts are established in some instances upon sectoral data which themselves do not include a working days effect.

The working days effect obtained does not allow straightforward conclusions on the potential impact of changing a public holiday into a working day or of a day's strike. Thus, even in sectors for which no working day effect can be identified, e.g., because of shift work on weekends, a strike day may well reduce output and vice versa.

Die Ermittlung der Veränderung eines Arbeitstageseffektes über die Zeit wäre durch eine Aufteilung der gesamten Zeitreihe in verschiedene Perioden möglich; ebenso könnte man zur Feststellung einer eventuellen Abhängigkeit des Arbeitstageseffektes von der Konjunkturlage den Schätzzeitraum in Perioden schlechter und guter Konjunktur unterteilen. Allerdings wird hier rasch die Untergrenze der Zahl der Beobachtungen für eine Zeitreihenanalyse unterschritten.

- Bloem, A., Dippelsman, R., Maehle, N., Quarterly National Accounts Manual – Concepts, Data Sources, and Compilation, International Monetary Fund, Washington, D.C., 2001.
- Cleveland, W., Delvin, S., "Calendar Effects in Monthly Time Series: Modeling and Adjustment", Journal of the American Statistical Association, 1982, 77(379).
- Flaig, G., "Arbeitstageseffekt und Bruttoinlandsprodukt. Eine empirische Analyse mit einem strukturellen Komponentenmodell", ifo-Schnelldienst, 2000, 53, S. 22-23.
- Gomez, V., Maravall, A., Programs TRAMO and SEATS, Banco de Espana, Madrid, 1996.
- Gomez, V., Maravall, A., Seasonal Adjustment and Signal Extraction in Economic Time Series", in Pena, D., Tiao, G., Tsay, R. (Hrsg.), A Course in Time Series Analysis, J. Wiley and Sons, New York, 2001, S. 202-246.
- Harvey, A., Forecasting Structural Time Series Models and the Kalman Filter, Cambridge University Press, New York, 1989.
- Kirchner, R., "Auswirkungen des neuen Saisonbereinigungsverfahrens Census X-12-ARIMA auf die aktuelle Wirtschaftsanalyse in Deutschland", Volkswirtschaftliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank, Diskussionspapier, 1999, (7/99).
- Scheiblecker, M., "Konjunkturzyklen der österreichischen Wirtschaft", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(7), S. 437-446, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22301.
- Thury, G., Wüger, M., "Outlier Detection and Seasonal Adjustment", Empirica, 1992, 19(2).
- Vergin, R., McGinnis, J., "Revisiting the Holiday Effect: is it on Holiday?", Applied Financial Economics, 1999, 9, S. 477-482.
- Wüger, M. (1995A), "Das neue Saisonbereinigungsverfahren des WIFO", WIFO-Monatsberichte, 1995, 68(10), S. 625ff.
- Wüger, M. (1995B), "Trotz günstiger Konsumententwicklung mäßige Steigerung der Einzelhandelsumsätze. Weihnachtsgeschäft eher flau", WIFO-Monatsberichte, 1995, 68(12), S. 761ff.

Literaturhinweise

**Karl Aiginger
Helmut Kramer
(Projektleitung)**

■ **Wirtschaftspolitik zur Steigerung des Wirtschaftswachstums**

**Autorinnen und Autoren: Gudrun Biffl, Martin Falk, Hannes Leo,
Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Markus Marterbauer,
Margit Schratzenstaller, Gerhard Schwarz, Ewald Walterskirchen**

Obwohl die Konjunkturpolitik in Österreich als einer kleinen offenen Volkswirtschaft nur beschränkten Spielraum hat, bewirkten die unter dem Eindruck der laufenden Verschlechterung der Konjunktur in den Jahren 2001 und 2002 beschlossenen Konjunkturpakete vor allem im Bereich der Infrastruktur- und Ausrüstungsinvestitionen erhebliche Wachstumseffekte, ohne unmittelbar hohe fiskalische Kosten auszulösen. Zudem wurden Weichen für einen etwas höheren Wachstumspfad gestellt. Eine WIFO-Befragung ergab einen hohen Bekanntheitsgrad der stimulierenden Maßnahmen, vor allem in größeren Unternehmen.

- **Evaluierung der Konjunkturpolitik 2000 bis 2004**

Konjunktureller Hintergrund

Konjunkturbelebungsprogramme I und II

Abgabenreform 2004

Überlegungen zur konjunkturpolitischen Strategie

*Zu den Implikationen der deutschen Steuerreformen für die
österreichische Steuerpolitik*

Konjunkturstimulierende Maßnahmen

- **Strukturelle Reformmaßnahmen**

Forschung und Entwicklung und Forschungsförderung

Ausbildung und Höherqualifikation

Anreizverbesserungen auf dem Arbeitsmarkt

Im Auftrag der Bundesministerien
für Finanzen sowie für Wirtschaft
und Arbeit, in Zusammenarbeit
mit den Bundesministerien für
Bildung, Wissenschaft und Kultur
sowie für Verkehr, Innovation und
Technologie • September 2003 •
71 Seiten • 30,00 €

Kostenloser Download:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24548

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz,
A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

Peter Huber, Iulia Traistaru

Regionale Entwicklung und Anpassung des Arbeitsmarktes in Ost-Mitteleuropa

Die Ergebnisse der ersten Projektphase des Forschungsprojekts AccessLab, welches sich mit den regionalen Arbeitsmarktanpassungsmechanismen in Ost-Mitteleuropa beschäftigt, zeigen, dass der Arbeitsmarkt in den Beitrittsländern in einigen Aspekten mit jenem in der EU vergleichbar ist. Die höhere Arbeitslosigkeit, die gerade in den letzten Jahren stark gestiegen ist, und die geringe interne Mobilität der Bevölkerung gehören zu den wichtigsten Unterschieden.

Die Arbeit an diesem Bericht wurde durch das 5. Rahmenprogramm der EU im Projekt "AccessLab" (Regional Labour Market Adjustments in the Accession Candidate Countries) finanziert. • Begutachtung: Gudrun Biffi, Fritz Breuss, Peter Mayerhofer, Gerhard Palme • Wissenschaftliche Assistenz: Andrea Grabmayer, Andrea Hartmann, Maria Thalhammer • E-Mail-Adresse: Peter.Huber@wifo.ac.at

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union tritt der Prozess des Strukturwandels in den ostmitteleuropäischen Kandidatenländern in eine neue Phase ein. Nach Überwindung der durch den Systemumbruch bedingten Rezession Anfang der neunziger Jahre und den damit verbundenen institutionellen Veränderungen werden die Verstärkung des internationalen Wettbewerbsdrucks durch den EU-Beitritt und die Übernahme des *Acquis Communautaire* den gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel ebenso wie die Änderungen der institutionellen Landschaft neuerlich beschleunigen. Der politische und wirtschaftliche Erfolg des EU-Beitritts wird dabei davon abhängen, ob die Beitrittsländer die bestehenden Einkommensunterschiede gegenüber der EU verringern können. Eine Voraussetzung dafür ist ein Arbeitsmarkt, der Arbeitskräften den Übergang aus schrumpfenden in wachsende Betriebe, Branchen und Regionen möglichst rasch und ohne Entstehen von Massenarbeitslosigkeit ermöglicht.

Die Fähigkeit des Arbeitsmarktes der Beitrittsländer, den Strukturwandel zu bewältigen, ist aber auch für die EU von Bedeutung. Die Flexibilität des Arbeitsmarktes in diesen Ländern und die Unterschiede zwischen der Arbeitsmarktlage in den bisherigen und den neuen EU-Ländern spielen eine wichtige Rolle im Integrationsprozess, welcher dem formellen Beitritt im Jahr 2004 folgen wird. So werden die Unterschiede zwischen der Arbeitsmarktlage besonderes Gewicht haben, wenn die in den Beitrittsabkommen verhandelten Übergangsfristen insbesondere für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte zwischen 2004 und 2011 auslaufen, da Arbeitslosigkeit sowohl theoretisch (z. B. *Harris – Todaro*, 1970) als auch empirisch (siehe z. B. den Literaturüberblick von *Ederveen – Bardsley*, 2003) ein wesentlicher Push-Faktor ist, welcher den Anreiz zur Emigration aus einem Land erhöht.

Aber auch in der Debatte um die Reform der europäischen Strukturfonds, die bis 2006 abgeschlossen werden muss, wird die Arbeitsmarktsituation der Beitrittsländer ebenso wie die Fähigkeit dieser Länder, den Strukturwandel ohne weitere Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu bewältigen, eine wichtige Rolle spielen, da sie über die Ansprüche dieser Länder an die europäische Arbeitsmarkt- und Kohäsionspolitik Auskunft gibt.

Schließlich sollte die Fähigkeit des Arbeitsmarktes in den Beitrittsländern, Schocks zu verarbeiten, auch in der Diskussion um den optimalen Zeitpunkt des Eintritts in die Europäische Währungsunion berücksichtigt werden: Nach der Theorie der optimalen Währungsgebiete (*Mundell*, 1961, *McKinnon*, 1963, *Kenen*, 1969), dem zentralen theoretischen Bezugsrahmen der ökonomischen Diskussion um die Etablierung der

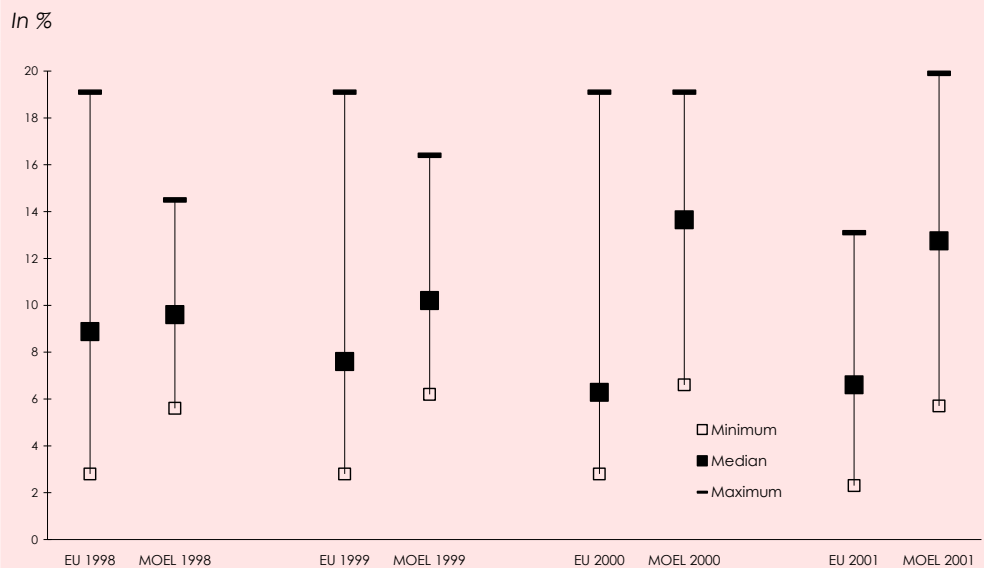
Europäischen Währungsunion (z. B. *Bayoumi – Eichengreen, 1993*), sind die Voraussetzungen für eine Währungsunion (unter sonst gleichen Bedingungen) umso besser, je höher die interne Migrationsneigung und die Reallohnflexibilität sind.

Der vorliegende Beitrag fasst die Ergebnisse der ersten Projektphase des im Rahmen des 5. Rahmenprogramms von der EU finanzierten Forschungsprojektes "AccessLab" zusammen. Untersucht wurden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der regionalen Arbeitsmarktlage und -anpassung der Beitrittsländer und EU-Länder, um damit empirische Grundlagen für die in der erweiterten Union anstehenden Diskussionen zu liefern¹⁾.

Hohe Arbeitslosigkeit, vergleichbare Erwerbsquoten, geringere geschlechtsspezifische Unterschiede als in der EU

Die Entwicklung der Arbeitslosenquote divergierte in den letzten Jahren zwischen der EU und den Beitrittsländern (Abbildung 1). 1998 war die Arbeitslosenquote in einigen Beitrittsländern (z. B. Polen und Tschechien) noch durchschnittlich oder unterdurchschnittlich gewesen; 2001 verzeichneten die meisten Beitrittsländer bereits eine Quote über dem EU-Durchschnitt, in einigen Ländern war sie höher als in Spanien und Italien. Diese divergierende Entwicklung geht zum einen auf den unterschiedlichen Konjunkturverlauf in diesen Ländern zurück, zum anderen könnte sie aber auch mit dem bevorstehenden EU-Beitritt der Länder selbst zu tun haben. *Burda (1998)* zeigt, dass auch in den Jahren unmittelbar vor früheren Erweiterungsschritten der EU die Arbeitslosenquote in den Beitrittsländern zunahm.

Abbildung 1: Entwicklung der Arbeitslosenquote in der EU und den Beitrittsländern



Q: Eurostat, Regio-Datenbank, Gács – Huber (2003A).

Die Entwicklung der Arbeitslosenquote divergierte in den letzten Jahren zwischen der EU und den Beitrittsländern.

Allerdings greift ein Vergleich der Arbeitslosenquote allein zu kurz, um einen Überblick über die Arbeitsmarktsituation in den Ländern zu bieten. Sowohl die EU-Staaten als auch die Beitrittsländer unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Institutionen, Arbeitsmarktregulierungsmuster und Arbeitsmarkttraditionen erheblich. Länder mit ähnlicher Arbeitslosenquote sind deshalb durch eine unterschiedliche Struktur der Arbeitslosigkeit, unterschiedliche Erwerbsquoten und auch unterschiedliche Betroffenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen gekennzeichnet. Die EU und einige Ökonomen (z. B. *Knogler, 2001*) schlagen daher im Sinne von *Mosley – Mayer (1999)* häufig sieben Indikatoren zum Vergleich der Arbeitsmarktlage vor: die Arbeitslosenquote, den Anteil der Langzeitarbeitslosen (über 12 Monate), den Anteil der Jugendarbeitslosigkeit an der jugendlichen Bevölkerung, die Geschlechterdifferenz der Arbeitslosenquote (Arbeitslosenquote der Frauen im Verhältnis zu jener der Männer), das Be-

¹⁾ Erhebliche Datenprobleme ergaben sich aus der Verfügbarkeit nur kurzer Zeitreihen mit unterschiedlichen statistischen Begriffen und Umstellungen der Systematiken. Die zugrundeliegenden Daten werden in *Iara – Huber – Traistaru (2003)* eingehend beschrieben.

schäftigungswachstum, die Beschäftigtenquote (Beschäftigte in Prozent der Bevölkerung), die Beschäftigtenquote der Älteren (Beschäftigte im Alter von über 55 Jahren in Prozent der Bevölkerung in derselben Altersgruppe) sowie die Geschlechterdifferenz der Erwerbsquote (Verhältnis der Erwerbsquote der Männer zu jener der Frauen)²).

Gács – Huber (2003B) vergleichen anhand dieses Indikatorenansatzes die Arbeitsmarktlage in 45 Nuts-II-Regionen der Beitrittsländer (ohne Rumänien) und 184 NUTS-II-Regionen der EU sowie in den 56 NUTS-II-Regionen der südlichen EU-Länder (Spanien, Portugal, Griechenland und Italien) im Durchschnitt 1998 bis 2001. Die Ergebnisse (Übersicht 1) weisen die Beitrittsländer als Hocharbeitslosigkeitsregionen mit einer signifikant höheren Arbeitslosigkeit sowie höherer Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit als in der EU aus. Zugleich ist die Beschäftigungsquote der Älteren in diesen Ländern deutlich niedriger als in den meisten EU-Ländern. Wesentlich geringer als im EU-Durchschnitt sind in den Beitrittsländern hingegen die Geschlechterunterschiede sowohl in der Beschäftigungsquote als auch in der Arbeitslosenquote. Die durchschnittliche Erwerbsquote entsprach in den Jahren 1998 bis 2001 etwa dem EU-Durchschnitt.

Die Beitrittsländer sind Hocharbeitslosigkeitsregionen, mit einer signifikant höheren Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit als die EU. Zugleich ist die Beschäftigungsquote der Älteren in diesen Ländern deutlich niedriger als in den meisten EU-Ländern. Deutlich geringer als im EU-Durchschnitt sind hingegen die Geschlechterunterschiede sowohl in der Beschäftigungsquote als auch in der Arbeitslosenquote. Die durchschnittliche Erwerbsquote entsprach in den Jahren 1998 bis 2001 etwa dem EU-Durchschnitt.

Übersicht 1: Die Arbeitsmarktsituation in den Regionen der EU- und Beitrittsländer

	Beitrittsländer	EU-Länder In %	Südeuropäische Länder
Arbeitslosenquote	13,3	8,9**	11,4
Jugendarbeitslosigkeit	8,4	6,3**	8,3
Langzeitarbeitslosigkeit	47,8	40,5**	46,6
Erwerbsquote	55,6	56,3	50,0**
Beschäftigungsquote	57,7	63,6**	56,7
Beschäftigungsquote der Älteren	7,2	10,2**	10,9**
Beschäftigungsquote Frauen/Männer	0,8	0,7**	0,6**
Erwerbsquote Männer/Frauen	1,3	1,4**	1,7**
Arbeitslosenquote Frauen/Männer	0,9	0,8**	0,5**

Q: Eurostat, Regio-Datenbank; Gács – Huber (2003A). Ungewichtete Durchschnitte der Arbeitsmarktindikatoren über 45 NUTS-II-Regionen in den Beitrittsländern, 184 NUTS-II-Regionen in den EU-Ländern sowie 56 NUTS-II-Regionen in den südlichen EU-Ländern (Italien, Spanien, Griechenland, Portugal), Durchschnitt 1998/2001. ** . . . weicht signifikant vom Durchschnitt der Beitrittsländer ab (Basis: ANOVA-Test, Signifikanzniveau von –5%).

Der Vergleich mit dem Durchschnitt der EU-Länder mag allerdings aufgrund der Heterogenität innerhalb der EU unangebracht erscheinen. Aus diesem Grund werden die Beitrittsländer in der Literatur häufig mit den südlichen EU-Staaten verglichen, weil ihnen diese aufgrund ihres ökonomischen Entwicklungsstandes – gemessen am BIP pro Kopf – am ähnlichsten sind (z. B. Boeri – Brücker, 2000). In ihrer Arbeitsmarktsituation unterscheiden sich die Beitrittsländer von den südlichen EU-Ländern vor allem durch eine höhere Erwerbsquote und deutlich geringere Geschlechterunterschiede, während die Arbeitslosigkeit etwa gleich hoch ist.

Diese Ergebnisse deuten somit auf wichtige Unterschiede zwischen der Arbeitsmarktlage von Beitrittsländern und insbesondere den südlichen EU-Staaten hin. Gács – Huber (2003B) zeigen in einer Clusteranalyse, dass die Regionen der Beitrittsländer am besten mit den französischen Hocharbeitslosigkeitsregionen verglichen werden können, während die südlichen EU-Länder aufgrund der größeren Geschlechterunterschiede und geringen Erwerbsquote keine gute Vergleichsgruppe bilden.

²) Obwohl diese Wahl der Indikatoren aus verschiedenen Gründen kritisiert werden kann (Huber – Walterskirchen, 1999), ist sie mit der engen Anbindung an die Ziele der europäischen Beschäftigungsstrategie und der relativ guten Verfügbarkeit der Indikatoren für alle EU-Länder für internationale Vergleiche zu rechtfertigen (Mosley – Mayer, 1999).

In den Beitrittsländern ist die Arbeitslosigkeit symmetrischer verteilt als in der EU, und die regionalen Arbeitsmärkte sind stärker segmentiert in Regionen mit hoher und mit niedriger Arbeitslosigkeit. Fast drei Viertel der Bevölkerung der Beitrittsländer (ohne Rumänien) wohnen in Regionen, die im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2001 eine Arbeitslosenquote von mehr als 10% aufwiesen.

Insgesamt liefert der Vergleich der regionalen Unterschiede zwischen den Beitrittsländern und den Mitgliedstaaten ein heterogenes Bild der räumlichen Verteilung von Arbeitsmarktproblemen. In den Beitrittsländern sind die hohen Arbeitslosenquoten symmetrischer verteilt als in den EU-Ländern (hohe Arbeitslosigkeit in den MOEL anders als in der EU in vielen Regionen), und die regionalen Arbeitsmärkte weisen eine stärkere Tendenz zur Polarisierung auf (Segmentierung der Regionen mit hoher und mit niedriger Arbeitslosenquote, nur wenige Regionen mit durchschnittlicher Quote; Gács – Huber, 2003B): In den Beitrittsländern (ohne Rumänien) leben fast drei Viertel, in der EU nur etwa ein Drittel der Bevölkerung in Regionen, in denen die Arbeitslosenquote im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2001 über 10% betrug (Übersicht 2). In der erweiterten EU wird dieser Anteil aufgrund des geringen Gewichts der Beitrittsländer an der Gesamtbevölkerung der EU um nur knapp 10 Prozentpunkte höher sein.

Übersicht 2: Bevölkerung in den Regionen nach Arbeitslosenquotenklassen

	Arbeitslosenquote				
	Unter 4,9%	5,0% bis 9,9%	10,0% bis 14,9%	15,0% bis 19,9%	20% und darüber
	Bevölkerungsanteil in %				
Beitrittsländer	6,1	15,6	44,7	23,5	10,1
EU-Regionen	24,7	41,6	20,6	6,4	6,6
Insgesamt	21,4	36,9	25,0	9,5	7,3
	Beschäftigungsanteil in %				
Beitrittsländer	6,9	17,3	44,9	22,3	8,6
EU-Regionen	27,9	43,0	19,3	5,6	4,2
Insgesamt	24,3	38,6	23,6	8,4	5,0

Q: Eurostat, Regio-Datenbank; Gács – Huber (2003A).

Regionale Besonderheiten bestimmen Tempo des Beschäftigungswachstums, nationale Institutionen die Höhe der Arbeitslosigkeit

Die Sachgüterproduktion baut seit 1992 in der Slowakei, in Polen, Ungarn, Slowenien und Bulgarien Beschäftigung ab oder stagniert (Slowakei und Polen); damit geht in einigen Ländern eine Ausweitung des Anteils der Landwirtschaft an der Beschäftigung einher (Bulgarien und Rumänien), in anderen Ländern eine Erhöhung des Anteils der Dienstleistungen.

Die erheblichen Unterschiede der regionalen Betroffenheiten von Arbeitslosigkeit resultieren aus dem Zusammenspiel regionaler Beschäftigungsschwankungen, des Strukturwandels und nationaler Charakteristika bezüglich der Verringerung der Arbeitslosigkeit. Der Wandel der Sektorstruktur (Landwirtschaft, Sachgüterproduktion, Bauwesen, Dienstleistungen) der Beschäftigung etwa erfolgt sehr ungleichmäßig (Traistaru – Wolff, 2003): Die Sachgütererzeugung baute seit 1992 in den untersuchten Ländern (Slowakei, Polen, Ungarn, Slowenien, Bulgarien) durchwegs Arbeitskräfte ab oder schuf zumindest keine zusätzlichen Arbeitsplätze (Slowakei, Polen); in einigen Ländern erhöhte sich dadurch der Anteil der Landwirtschaft an der Beschäftigung (Bulgarien, Polen, Rumänien), in anderen jener der Dienstleistungen (Übersicht 3). Dies bestätigt frühere Befunde von Mickiewicz (2001), wonach sich die Transformationsländer deutlich hinsichtlich der Richtung des Strukturwandels unterscheiden: Während die Beschäftigung in der Sachgütererzeugung in beinahe allen Ländern schrumpft, ergibt sich in einer Gruppe (vor allem den früheren Sowjetrepubliken sowie Rumänien und Bulgarien) einer Agrarisierung der Beschäftigungsstruktur, in den anderen Beitrittsländern hingegen einer merklichen Tertiärisierung.

Die Beschäftigungsstruktur unterscheidet sich zwischen den Beitrittsländern und den EU-Ländern noch immer erheblich. Die MOEL sind im Allgemeinen stärker industrialisiert und zum Teil durch einen wesentlich höheren Agraranteil geprägt als die EU (siehe dazu auch Huber – Palme, 2000).

Diese Unterschiede und Verschiebungen der Sektorstruktur der Beschäftigung sind von einiger Bedeutung für den Prozess der EU-Erweiterung: Zum einen verdeutlichen sie den von den Beitrittsländern zu bewältigenden Strukturwandel, zum anderen beleuchten sie die Bedingungen für eine Konvergenz der Einkommen in der nahen Zukunft. Da sich entwickelte Marktwirtschaften – zumindest auf der hier untersuchten groben Sektorebene (Traistaru – Wolff, 2003) – in ihrer Beschäftigungsstruktur angleichen und der Konvergenzprozess eine Verlagerung der wirtschaftlichen Aktivitäten zu wertschöpfungsintensiveren Produktionsformen verlangt, ist die Bewältigung die-

ses Strukturwandels ohne weitere Verschärfung der Arbeitsmarktprobleme eine der wichtigsten Herausforderungen der Zukunft in diesen Ländern (Mickiewicz, 2001).

Übersicht 3: Beschäftigungsanteile der Wirtschaftssektoren in den Beitrittsländern in den neunziger Jahren

		Landwirtschaft	Industrie Anteile in %	Dienstleistungen
Bulgarien	1993	22	38	40
	1998	26	31	43
Ungarn	1992	10	37	53
	1997	07	34	59
Polen	1992	26	23	51
	1997	27	30	43
Rumänien	1993	36	36	28
	1998	38	31	31
Slowakei	1992	11	33	56
	1996	10	35	55
Slowenien	1992	02	45	53
	1996	2	39	59

Q: Traistaru – Wolff (2003).

Regionale Beschäftigungsbedingungen und nationale Arbeitsmarktregulierungen dürften dabei von entscheidender Bedeutung sein. Laut Traistaru – Wolff (2003) sind Beschäftigungsveränderungen zwischen den Sektoren eine unzureichende Erklärung für regionale Unterschiede zwischen den Veränderungsdaten der Beschäftigung – der Großteil der regionalen Variation des Beschäftigungswachstums geht auf Entwicklungen zurück, die alle Sektoren einer Region in gleichem Maße betreffen und daher regionsspezifisch sind. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Beitrittsländer kaum von den EU-Ländern (Gács – Huber, 2003A).

Hingegen sind regionale Unterschiede zwischen den Arbeitslosenquoten in den Beitrittsländern zu einem größeren Teil auf nationale Faktoren zurückzuführen als in den EU-Ländern. So schätzen Gács – Huber (2003A), dass in Polen, Tschechien und Ungarn etwa 70% der Zeitvariation der regionalen Arbeitslosenquoten durch nationale Faktoren bestimmt werden, in den EU-Staaten aber nur etwa 40%³⁾. In den Beitrittsländern haben daher zwar regionale Standortfaktoren besonderen Einfluss auf das (Beschäftigungs-)Wachstum, die Höhe der Arbeitslosigkeit wird aber insbesondere durch nationale Institutionen wie das System der Arbeitslosenversicherung und das Sozialsystem, das Lohnverhandlungssystem und Regulierungen bestimmt, die die sektorale und regionale Mobilität beschränken. Die Herausforderung für die Wirtschaftspolitik besteht somit darin, eine besonders enge Verbindung der Regionalpolitik mit der nationalen Arbeitsmarktpolitik zu schaffen.

Dies lenkt die Aufmerksamkeit auf die regionalen Arbeitsmarktanpassungsprozesse in den Beitrittsländern. Regionale Arbeitsmärkte können grundsätzlich auf eine überraschende Veränderung der Beschäftigung über zwei Kanäle reagieren: Im Falle der Schließung eines Betriebs etwa könnte das Lohnniveau in der Region relativ zu anderen Regionen sinken, sodass Direktinvestitionen aus anderen Regionen angezogen werden oder endogen Arbeitsplätze geschaffen werden. Wenn dieser Mechanismus der Lohnanpassung versagt, erfolgt die Anpassung über die Menge – über eine Veränderung der Arbeitslosigkeit, durch Rückzug vom Arbeitsmarkt und somit eine Veränderung der Erwerbsquote oder durch Abwanderung aus der Region.

Da diese Mechanismen einander nicht ausschließen und überdies über verschiedene Zeithorizonte unterschiedlich stark wirken können, beschäftigt sich die empirische Literatur zur Arbeitsmarktflexibilität vor allem damit, welcher dieser Mechanismen

In den Beitrittsländern haben Standortfaktoren großen Einfluss auf das Beschäftigungswachstum, während nationale Institutionen wie das System der Arbeitslosenversicherung und das Sozialsystem, das Lohnverhandlungssystem und Regulierungen, die die sektorale und regionale Mobilität beschränken, bestimmend für die Höhe der Arbeitslosigkeit sind. Die Herausforderung für die Wirtschaftspolitik besteht somit darin, eine besonders enge Verbindung der Regionalpolitik mit nationaler Arbeitsmarktpolitik zu schaffen.

**Arbeitsmarkt-
anpassungen: geringe
Migrationsneigung
und etwas höhere
Lohnflexibilität**

³⁾ Ähnliche Ergebnisse finden sich in einer deskriptiven Analyse von Gács – Huber (2003A).

über welchen Zeithorizont welchen Beitrag zum Ausgleich regional asymmetrischer Schocks leistet. Demnach erfolgt die Anpassung in den meisten Industrieländern zumindest kurz- bis mittelfristig eher über die Mengen als über die Löhne. Dabei besteht die Mengenanpassung in den EU-Ländern vor allem in einer Anpassung der Erwerbsquote (*Decressin – Fatas, 1995*), während in den USA Wanderungsbewegungen überwiegen (*Blanchard – Katz, 1992*).

Lohnanpassung

Auch in den Beitrittsländern dürften Lohnanpassungen nur eine geringe Rolle spielen. Gemäß der Literatur zur Reagibilität der regionalen Löhne auf die regionale Arbeitslosigkeit in den Beitrittsländern sind die Lohnanpassungen – ähnlich wie in der EU – insignifikant oder aber gering (Übersicht 4). Dabei wird meist die Abhängigkeit der regionalen Löhne oder ihres Wachstums von der Höhe der regionalen Arbeitslosenquote gemessen. *Boeri – Scarpetta (1996)* finden für die frühen Phasen des Systemübergangs (bis 1992) den erwarteten negativen Zusammenhang zwischen Lohnwachstum und Arbeitslosenquoten (allerdings statistisch nicht abgesichert), während sowohl *Kallai – Traistaru (2001)* als auch *Duffy – Walsh (2001)* sowie *Huber (2003)* mit späteren Daten einen signifikanten negativen Zusammenhang zwischen Löhnen bzw. Lohnwachstum und der regionalen Arbeitslosigkeit in den Beitrittsländern belegen.

Die Löhne reagieren in den Beitrittsländern im Durchschnitt flexibler auf die regionale Arbeitsmarktlage als in der EU. Allerdings sind gerade die Prozesse der Lohnanpassung zwischen den Ländern sehr heterogen.

Übersicht 4: Studien zur Anpassung der regionalen Löhne an die regionale Arbeitslosenquote

	Länder	Abhängige Variable	Elastizität bezüglich der regionalen Arbeitslosenquote
<i>Kallai – Traistaru (1999)</i>	Rumänien	Lohnniveau	-0,13 bis -0,25
<i>Duffy – Walsh (2001)</i>	Polen	Lohnniveau	0,16 bis -0,11
<i>Huber (2003)</i>	Tschechien Slowakei Polen Ungarn	Lohnveränderung	Elastizität etwas höher als in der Vergleichsgruppe der EU-Länder (Spanien, Portugal, Italien, Niederlande, Deutschland)
<i>Kertesi – Köllö (1997)</i>	Ungarn	Lohnniveau	Arbeitslosenquote hat einen signifikant negativen Einfluss auf das Lohnniveau
<i>Kertesi – Köllö (1995)</i>	Ungarn	Lohnniveau (individuelle Daten)	Arbeitslosenquote hat einen signifikant negativen Einfluss auf das Lohnniveau
<i>Boeri – Scarpetta (1996)</i>	Tschechien Ungarn Slowakei Polen	Lohnveränderung	Koeffizienten sind insignifikant
<i>Commander – Mc Hale (1995)</i>	Visegrad-Länder	Lohnniveau	Resultate sind nicht eindeutig
<i>Büttner (2003)</i>	Tschechien Slowakei Polen Ungarn Estland Rumänien Bulgarien Slowenien	Lohnniveau und Lohnveränderung	Elastizität etwas höher als in der Vergleichsgruppe der EU-Länder (Spanien, Portugal, Italien, Niederlande, Deutschland), große Heterogenität zwischen den Ländern
<i>Iara – Traistaru (2003)</i>	Bulgarien Ungarn Polen Rumänien	Lohnniveau	Bulgarien -0,12, Polen und Ungarn -0,04 bis -0,05, Rumänien keine signifikanten Resultate, regionale Interaktion nur in Ungarn wichtig

Q: WIFO-Erhebungen.

Im Rahmen des Projekts "AccessLab" wurden diese Untersuchungen in zwei Richtungen ergänzt: *Büttner (2003)* vergleicht die regionale Lohnbildung in den Beitrittsländern und der EU. Demnach reagieren die Löhne in den Beitrittsländern im Durchschnitt flexibler auf die regionale Arbeitsmarktlage als in den EU-Ländern. Die Lohnflexibilität ist somit in diesen Ländern etwas größer als in der EU. Allerdings sind gerade die Prozesse der Lohnanpassung zwischen den Ländern sehr heterogen. *Iara – Traistaru (2003)* zeigen vor allem für Ungarn und Polen eine geringe Anpassung der

Löhne an die regionale Arbeitslosigkeit, für Bulgarien deutlich stärkere Reaktionen. Ähnlich belegt *Huber (2003)* vor allem für Tschechien und Bulgarien hohe Lohnanpassungen.

Das Ergebnis einer relativ hohen Lohnflexibilität (*Büttner, 2003*) sollte allerdings vor dem Hintergrund der selbst im europäischen Vergleich geringen Migrationsrate der Beitrittsländer gesehen werden. Trotz etwa gleich großer regionaler Variation des Einkommens und der Arbeitslosigkeit ist die interne Migrationsrate dieser Länder ausgesprochen niedrig. In den meisten Ländern verlagern pro Jahr etwa 0,5% der Bevölkerung ihren Wohnsitz innerhalb des Landes (Übersicht 5) – in der EU liegt diese Kennzahl trotz der größeren Regionen meist knapp unter 1%. Zwischen 1992 und 1998 hat sich die Migrationsrate in den Beitrittsländern überdies auch bei steigender regionaler Disparität verringert (*Fidrmuc, 2001*) – ein Hinweis auf eine nur sehr geringe Bedeutung interner Migrationen in der Anpassung an regionale Arbeitmarktungleichgewichte⁴⁾.

Migration

Trotz etwa gleich großer regionaler Disparitäten des Einkommens und der Arbeitslosigkeit wie in der EU ist die interne Migrationsrate in den Beitrittsländern ausgesprochen niedrig: In den meisten Ländern verlagern pro Jahr etwa 0,5% der Bevölkerung ihren Wohnsitz innerhalb des Landes. In der EU liegt diese Kennzahl knapp unter 1%.

Übersicht 5: Migrationsraten

		Bruttomigration		Nettomigration		Anteil der Nettomigration	
		1992	1998	1992	1998	1992	1998
		In % der Bevölkerung					
Deutschland	NUTS I	1,32	1,06	0,07	0,17	5,53	16,46
Großbritannien	NUTS I	1,58	1,72	0,13	0,10	7,96	5,80
Belgien	NUTS II	0,92	0,99	0,02	0,06	2,68	5,57
Spanien	NUTS II	0,45	0,60	0,08	0,07	17,23	11,28
Italien	NUTS II	0,77	0,50	0,09	0,08	11,80	16,64
Niederlande	NUTS II	1,67	1,67	0,07	0,07	4,44	4,27
Finnland	NUTS II	1,23	0,76	0,10	0,08	7,62	10,28
Portugal	NUTS II	0,19	0,32	0,04	0,07	22,68	22,78
Schweden	NUTS II	1,50	1,58	0,06	0,15	4,08	9,77
Österreich	NUTS II	0,89	0,93	0,05	0,05	6,04	5,79
Dänemark	NUTS III	3,48	3,41	0,08	0,09	2,32	2,77
Tschechien	NUTS II	0,57	0,48	0,009	0,07	1,64	13,93
Slowakei	Okres	0,17	0,06				
Slowenien	Regionen (NUTS II)	0,28	0,30	0,02	0,02	7,66	7,15
Polen	Voivodships	1,23	1,08	0,06	0,05	5,00	4,66
Ungarn	Komitate	.	.	0,16	0,17	.	.
Rumänien	NUTS III	1,16	1,09
Estland	NUTS IV	.	0,69
Lettland	NUTS IV	.	0,75
Litauen	NUTS IV	.	0,46

Q: Eurostat; EU-Länder: Regio-Datenbank, Tschechien, Slowenien, Ungarn, Polen, Slowakei: nationale Statistische Jahrbücher, Estland, Lettland, Litauen: *Hazans (2003)*, Rumänien: *Kallai (2003)*.

Diese geringe Bedeutung interner Migration in den Beitrittsländern wird von den detaillierteren Untersuchungen im Rahmen des Projekts "AccessLab" bestätigt. So vergleicht *Fidrmuc (2001)* die Reaktion der internen Migration auf regionale Unterschiede zwischen den Löhnen und der Arbeitslosigkeit in Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei mit jener in Portugal, Spanien, Italien, Deutschland und den Niederlanden. *Hazans (2003)* und *Kallai (2003)* untersuchen die Wanderungsbewegungen in den Baltischen Staaten bzw. Rumänien. Durchwegs ergibt sich eine geringe Elastizität der internen Wanderungsbewegungen auf Unterschiede zwischen Löhnen und Arbeitslosigkeit. Die vergleichende Studie von *Ederveen – Bardsley (2003)* bestätigt, dass die Bevölkerung der Beitrittsländer vor allem auf Lohnunterschiede mit einer deutlich geringeren Elastizität reagiert als in den EU-Ländern.

⁴⁾ Die geringere Migrationsneigung in den Beitrittsländern könnte mit einer höheren Pendeltätigkeit der Bevölkerung erklärt werden. Die wenigen Ergebnisse in der Literatur bestätigen diese Vermutung allerdings nicht: Sowohl *Hazans (2003)* als auch *Gergeley (2003)* zeigen, dass Pendeln zumindest in Ungarn und dem Baltikum kein Substitut für Migration ist, auch die Pendelneigung ist in diesen Ländern gering.

Mengenanpassungen wie in der EU primär über das Arbeitskräfteangebot

Ähnlich den EU-Ländern erfolgt die kurzfristige Anpassung auf dem Arbeitsmarkt vor allem über die Erwerbsquote. In Hocharbeitsloskeitsregionen hat die Anpassung über Migration eine geringere, jene über die Arbeitslosigkeit eine größere Bedeutung. Gerade in den von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Regionen der Beitrittsländer ist daher die geringe Migrationsbereitschaft ein erhebliches Problem.

Da interne Wanderungen kaum zur Verringerung regionaler Disparitäten beitragen und die Lohnanpassungen – obwohl etwas stärker als in der EU – kaum ausreichen, um regionale Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt zu verringern, liegt die Hauptlast der regionalen Arbeitsmarktanpassungen in den Beitrittsländern auf der Arbeitslosenquote und der Erwerbsquote. Ähnlich den EU-Ländern erfolgt die kurzfristige Anpassung dabei vor allem über die Erwerbsquote. *Gács – Huber (2003A)* simulieren die regionalen Prozesse der Arbeitsmarktanpassung in einer durchschnittlichen Region der Beitrittsländer anhand eines kleinen (von *Blanchard – Katz, 1992*, vorgeschlagenen) Zeitreihenmodells; demnach werden in den Beitrittsländern zwischen 70% und 75% einer unerwarteten Veränderung der Beschäftigung durch eine Veränderung der Erwerbsquote ausgeglichen.

Die Arbeitsmarktanpassungen unterscheiden sich zwischen Regionen mit hoher bzw. niedriger Arbeitslosigkeit: In Regionen, in denen die Arbeitslosenquote 1998 über 10% lag, wird zwar ebenso wie in Regionen mit einer Arbeitslosenquote unter 7% der Großteil der Änderungen über die Erwerbsquote angepasst. Allerdings spielt in Hocharbeitsloskeitsregionen die Anpassung über Migration eine geringere und jene über die Arbeitslosigkeit eine größere Rolle. Gerade in Regionen mit sehr hoher Arbeitslosigkeit bildet also die geringe Migrationsbereitschaft in den Beitrittsländern ein erhebliches Problem.

Zusammenfassung

Das Projekt "AccessLab" untersucht die Anpassungsfähigkeit regionaler Arbeitsmärkte in den ostmitteleuropäischen Beitrittsländern anhand des Strukturwandels. Demnach sind diese Länder in vielen Bereichen durchaus mit den "stilisierten Fakten" in der EU vergleichbar: Die Regionen dieser Länder weisen zwar im Durchschnitt eine höhere Arbeitslosenquote auf, die Arbeitsmarktlage ist aus einer breiteren Perspektive aber ähnlich einigen EU-Regionen; wie in der EU wird ein Großteil der regionalen Beschäftigungsveränderungen über Anpassungen des Arbeitskräfteangebotes bewältigt, während Migration eine untergeordnete Rolle spielt.

Wesentliche Unterschiede zu den EU-Ländern ergeben sich etwa bezüglich der internen Migrationsneigung: Sie ist in diesen Ländern noch geringer als in der EU und dürfte eine der Ursachen der hohen Arbeitslosigkeits- und Lohndifferentiale sein. Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die die Fähigkeit der regionalen Arbeitsmärkte zum Strukturwandel verbessern, sollten daher noch stärker als in EU-Ländern die räumliche Mobilität (aber ebenso die berufliche und die Branchenmobilität) der Arbeitskräfte fördern. Welche Maßnahmen hier am effektivsten sind, ist Gegenstand der weiteren Forschung des Projekts "AccessLab". Eine solche Politik sollte neben der Verbesserung des Humankapitals und dem lebensbegleitenden Lernen auch ein breites Spektrum an Maßnahmen zur Infrastrukturentwicklung und zur Beseitigung von Kapital- und Wohnungsmarkteffizienzen anbieten.

Das Beschäftigungswachstum wird in den Beitrittsländern stark von regionalen (Standort-)Faktoren bestimmt, während nationale Faktoren für die Arbeitslosigkeit von besonderer Bedeutung sind. Eine nationale Beschäftigungspolitik sollte sich neben der Mobilitätserhöhung auch der Weiterentwicklung der im Systemübergang geschaffenen Institutionen widmen; die Zielrichtung der Regionalpolitik sollte vor allem in der Sicherung des Beschäftigungswachstums liegen. Dieser Fokus insbesondere der Arbeitsmarktpolitik auf Mobilitätserhöhung und Institutionenaufbau scheint nicht nur aus der kurzfristigen Sicht einer Steigerung der Anpassungsfähigkeit regionaler Arbeitsmärkte wünschenswert, sondern könnte auch langfristig das Wachstum in den Beitrittsländern und damit den Konvergenzprozess zum durchschnittlichen EU-Wohlfahrtsniveau unterstützen, da er eine langfristig effiziente Allokation der Ressourcen und eine Verringerung der durch Strukturwandel hervorgerufenen sozialen und politischen Probleme verspricht.

Literaturhinweise

- Bayoumi, T., Eichengreen, B., "Shocking Aspects of European Monetary Integration", in Torres, F., Giavazzi, F. (Hrsg.), *Adjustment and Growth in the European Monetary Union*, Cambridge University Press, Oxford-New York-Melbourne, 1993, S. 193-229.
- Blanchard, O., Katz, I., "Regional Evolutions", *Brookings Papers on Economic Activity*, 1992, 1, S. 1-75.

- Boeri, T., Brücker, H. (Hrsg.), *The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Wages in the EU Member States*, European Integration Consortium, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2000 (mimeo).
- Boeri, T., Scarpetta, S., "Regional Mismatch and the Transition to a Market Economy", *Labour Economics*, 1996, 3, S. 233-254.
- Büttner, Th., *Unemployment Disparities and Regional Wage Flexibility: Comparing EU-Member States and Accession Countries*, AccessLab, WIFO, Wien, 2003, <http://accesslab.wifo.ac.at/>.
- Burda, M., "The Consequences of EU-Enlargement for Central and Eastern European Labour Markets", CEPR Discussion Paper, 1998, (1881).
- Commander, S., Mc Hale, J., *Labor Markets in the Transition in East Europe and Russia. A Review of Experience*, World Bank, Washington, D.C., 1995.
- Decressin, J., Fatas, A., "Regional Labour Market Dynamics in Europe", *European Economic Review*, 1995, S. 1627-1655.
- Duffy, F., Walsh, P., "Individual Pay and Outside Options: Evidence from the Polish Labour Force Survey", IZA Discussion Paper, 2001, (295).
- Ederveen, S., Bardsley, N., *The Influence of Wages and Unemployment Differentials on Labour Mobility in the EU*, AccessLab, WIFO, Wien, 2003, <http://accesslab.wifo.ac.at/>.
- Fidrmuc, J., *Adjustment to Shocks via Inter-regional Labour Mobility*, AccessLab, WIFO, Wien, 2001, <http://accesslab.wifo.ac.at/>.
- Gács, V., Huber, P. (2003A), *Quantity Adjustments in Candidate Countries' Regional Labour Markets*, AccessLab, WIFO, Wien, 2003, <http://accesslab.wifo.ac.at/>.
- Gács, V., Huber, P. (2003B), *Regional Labour Market Problems in the Candidate Countries: A Descriptive Analysis*, AccessLab, WIFO, Wien, 2003, <http://accesslab.wifo.ac.at/>.
- Gergeley, Z., "Residential Mobility Migration and Economic Incentives – The Case of Hungary 1990-1999", Flowenlarge Working Paper, 2003.
- Harris, J. R., Todaro, M. P., "Migration, Unemployment and Development: A Two Sector Analysis", *American Economic Review*, 1970, 60(1), S. 120-142.
- Hazans, E., *Determinants of Inter-regional Migration in the Baltic Countries*, AccessLab, WIFO, Wien, 2003, <http://accesslab.wifo.ac.at/>.
- Huber, P., *Intra-National Labour Market Adjustment in Candidate Countries*, AccessLab, WIFO, Wien, 2003, <http://accesslab.wifo.ac.at/>.
- Huber, P., et al., *Regional and Labour Market Development in Candidate Countries. A Literature Survey*, AccessLab, WIFO, Wien, 2002, <http://accesslab.wifo.ac.at/>.
- Huber, P., Palme, G., *Teilprojekt 3: Regionalwirtschaftliche Entwicklung in den MOEL, Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung*, Preparity, WIFO, Wien, 2000, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=19586.
- Huber, P., Walterskirchen, E., *Möglichkeiten einer regionalen Arbeitsmarktpolitik in Oberösterreich*, Studie des WIFO im Auftrag des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung, Wien, 1999.
- Iara, A., Huber, P., Traistaru, I., *Data Availability on Candidate Countries*, Wien, 2003 (mimeo).
- Iara, A., Traistaru, I., *How Flexible are Wages in EU Accession Countries?*, AccessLab, WIFO, Wien, 2003, <http://accesslab.wifo.ac.at/>.
- Kallai, E., *Determinants of Regional Mobility in Romania*, AccessLab, WIFO, Wien, 2003, <http://accesslab.wifo.ac.at/>.
- Kallai, E., Traistaru, I., *Characteristics and Trends of Regional Labour Markets in Transition Economies: Empirical Evidence from Romania*, Zentrum für Europäische Integration, Bonn, 2001 (mimeo).
- Kenen, P., "The Theory of Optimum Currency Areas: An Eclectic View", in Mundel, R., Swoboda, A. (Hrsg.), *Monetary Problems in the International Economy*, University of Chicago Press, Chicago, 1969.
- Kertesi, G., Köllö, J., *Wages and Unemployment in Hungary 1986-1994*, ILO, Budapest, 1995.
- Kertesi, G., Köllö, J., *Wages Inequalities in Hungary 1986-1996*, Hungarian Academy of Sciences, Budapest, 1997 (mimeo).
- Knogler, M., "Die Arbeitsmärkte der Beitrittskandidaten vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung", Osteuropa Institut, München, Working Papers, 2001, (228).
- McKinnon, R. I., "Optimum Currency Area", *American Economic Review*, 1963, 53(4), S. 717-725.
- Mickiewicz, T., "Convergence in Employment Structures: Transition Countries versus the EU", in Liuthu, K. (Hrsg.), *Ten Years of Economic Transition*, Lappeenranta University of Technology, Lappeenranta, 2001, S. 41-67.
- Mosley, H., Mayer, A., "Benchmarking Labour Market Performance: A Radar Chart Approach", WZB Discussion Paper, 1999, (FS I 99-202).
- Mundell, R. A., "A Theory of Optimum Currency Areas," *American Economic Review*, 1961, 51(4), S. 657-665.
- Traistaru, I., Wolff, G., *Regional Specialisation and Employment Dynamics in Transition Countries*, AccessLab, WIFO, Wien, 2003, <http://accesslab.wifo.ac.at/>.

Regional Growth and Adjustment of the Labour Market in the CEE Countries – Summary

In some respects, regional labour markets in the accession countries are quite comparable to their counterparts in the European Union. Especially with regard to female unemployment and employment rates, indices in the future EU member countries are better than the EU average. Nevertheless, unemployment rates continue to be higher and have been losing ground to the EU rates in recent years. Among other factors this development has been influenced by lower internal mobility in accession countries. This was the finding of a study conducted by WIFO jointly with seven international partners (ACCESSLAB).

The study, which refers to the period of 1992–2002, indicates that while the regional labour market situation influences regional wage adjustments more strongly than in EU countries, internal migration (in spite of large-scale regional disparities) is still substantially below EU figures. In most of the accession countries, 0.5 percent of the population move region of residence within any given year. In the current EU countries, this rate is usually just below 1 percent. Moreover, internal mobility in the accession states has declined compared to the early 1990s.

Economic policy measures that aim to strengthen the capacity of regional labour markets to cope with the structural change impending after enlargement should thus concentrate on enhancing labour force mobility even more than in the EU countries. In addition to strategies for improving human capital, such policies should include a wide range of measures to develop infrastructure and eliminate inefficiencies in the capital and housing markets.

Juli 2003 •
224 Seiten • 30,00 €,
Kostenloser
Download

Betriebliche Altersvorsorge in Österreich

Oskar Grünwald, Thomas Url, Heinz Zeilhofer, Helmut Hoskovec, Günther Schiendl, Marc Bittner

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24475

September 2003 •
71 Seiten • 30,00 €,
Kostenloser Down-
load

Wirtschaftspolitik zur Steigerung des Wirtschaftswachstums

Karl Aiginger, Helmut Kramer (Projektleitung)

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24548

September 2003 •
32 Seiten • 25 €,
Download 20 €

Hochwasserschutz in der Wachau. Eine Kosten-Wirksamkeitsanalyse von Baumaßnahmen in Dürnstein, Spitz und Weißenkirchen

Angela Köppl, Franz Sinabell

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24567

Oktober 2003 •
53 Seiten • 30,00 €,
Download 24,00 €

Auswirkungen öffentlicher Konjunkturimpulse auf Wachstum und Beschäftigung

Serguei Kaniowski, Kurt Kratena, Markus Marterbauer

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24614

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz,
A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

Die letzten 12 Hefte

- 11/2002 Ulrike Huemer, Helmut Mahringer, Gerhard Streicher, Berufliche und sektorale Beschäftigungsprognose für Oberösterreich. Methoden und Ergebnisse des regionalen Berufs- und Sektormodells für Oberösterreich • Josef Baumgartner, Die Wirtschaftsprognosen von WIFO und IHS. Eine Analyse für die achtziger und neunziger Jahre • Franz Sinabell, Das Landwirtschaftsgesetz der USA von 2002
- 12/2002 Michael Wüger, Mäßige Konsumsteigerung – Handel hofft auf gutes Weihnachtsgeschäft • Norbert Knoll et al., Der österreichische Forschungs- und Technologiebericht 2002 • Wolfgang Pollan, Zur Messung der Verbraucherpreise. Lebenshaltungskostenindex oder Preisindex?
- 1/2003 Ewald Walterskirchen, Schleppende Erholung im Jahr 2003. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2002 • Felix Butschek, Vom Wirtschaftsforscher zum Wirtschaftshistoriker – Hans Seidel zum achtzigsten Geburtstag • Christine Mayrhuber, Die Ausgaben für soziale Sicherheit im Jahr 2000 • Gudrun Biffi, Implikationen eines Freiwilligenheeres für den österreichischen Arbeitsmarkt • Wilfried Puwein, Erfolg der Ausgliederung von Bundesbetrieben – das Beispiel der Österreichischen Bundesforste
- 2/2003 Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer, Mittelfristig gedämpftes Wachstum. Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2006 • Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Investitionsklima auch 2003 getrübt. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests von Ende 2002 • Franz R. Hahn, Die neue Basler Eigenkapitalvereinbarung ("Basel II") aus makroökonomischer Sicht • Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen, Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten
- 3/2003 Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Mäßige Ertragsentwicklung im Jahr 2002. Cash-Flow und Eigenkapital der österreichischen Sachgütererzeugung • Margarete Czerny, Verzögerte Erholung der Baukonjunktur in Europa – Wachstumsaussichten für 2004/05 gedämpft • Franz R. Hahn, Aktienmarkt und langfristiges Wirtschaftswachstum. Gibt es einen Nexus in den OECD-Ländern? • Hedwig Lutz, Auswirkungen der Kindergeldregelung auf die Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern. Erste Ergebnisse
- 4/2003 Markus Marterbauer, Anhaltend geringes Wirtschaftswachstum. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. I. Quartal 2003 • Marcus Scheiblecker et al., Österreichs Wirtschaft im Jahr 2002: Neuerlich ungenügendes Wachstum • Thomas Url, Die Entwicklung der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich
- 5/2003 Josef Pöschl (WIW), Internationale Konjunkturflaute stellt Wirtschaft der MOEL auf die Probe • Gerhard Palme, 2002 weitere Wachstumsabschwächung im Osten und Süden Österreichs • Daniela Kletzan, Thomas Url, Wirtschaftliche Kennzahlen und Effizienz in der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft
- 6/2003 Franz Sinabell, Erwin Schmid, Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Wichtige Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft • Gudrun Biffi, Fördersysteme der Universitätsausbildung und Mobilität der Studierenden in Europa
- 7/2003 Wolfgang Pollan, Der Verbraucherpreisindex als Deflationsindikator • Michael Böheim, Wettbewerbspolitik in Österreich unter neuen Rahmenbedingungen. Zwischenbilanz und Ausblick • Fritz Breuss, Österreich, Finnland und Schweden in der EU. Wirtschaftliche Auswirkungen
- 8/2003 Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Investitionen 2003 insgesamt schwach. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2003 • Gerhard Lehner, Margit Schratzenstaller, Bundesvoranschläge 2003 und 2004: Ziel eines "Nulldefizits" verschoben • Gudrun Biffi, Julia Bock-Schappelwein, Wilfried Puwein, Franz Sinabell, Strukturpolitische Herausforderungen für das Waldviertel aus der EU-Erweiterung • Franz R. Hahn, Aktienmarkt und Konjunkturschwankungen. Gibt es einen Zusammenhang in den OECD-Ländern?
- 9/2003 Alois Guger, Internationale Lohnstückkostenposition 2002 geringfügig verbessert • Alois Guger, Direkte und indirekte Kinderkosten in Österreich. Ein Überblick • Michael Wüger, Schätzung der direkten Kinderkosten in Österreich
- 10/2003 Margit Schratzenstaller, Martin Falk, Helmut Kramer, Markus Marterbauer, Gerhard Schwarz, Ewald Walterskirchen, Erste Evaluierung der Konjunkturbelebungsmaßnahmen seit 2001 • Hedwig Lutz, Verdienstentgang von Frauen mit Kindern • Thomas Url, Verhaltene nominelle Einkommensentwicklung erfasst 2002 auch die Versicherungswirtschaft

**AUSTRIAN ECONOMIC
QUARTERLY**

- 4/2002 • **Business Cycle Recovery Delayed. Economic Outlook for 2002 and 2003**
pp. 156-166
Ewald Walterskirchen
- 4/2002 • **Price Development upon Introduction of Euro Banknotes and Coins**
pp. 167-175
Wolfgang Pollan
- 4/2002 • **Austrian Competition Policy: Quo Vadis?**
pp. 176-190
Michael Böheim
- 4/2002 • **Evaluation of Macro-economic Forecasts for Austria in the 1980s and 1990s**
pp. 191-206
Josef Baumgartner
- 1/2003 • **Sluggish Recovery in 2003. Economic Outlook for 2003 and 2004**
pp. 1-11
Ewald Walterskirchen
- 1/2003 • **The Austrian Research and Technology Report for 2002**
pp. 12-22
Norbert Knoll
- 1/2003 • **Constructing Regional Input-Output Tables for Austria**
pp. 23-39
Oliver Fritz, Raimund Kurzmann, Gerold Zakarias, Gerhard Streicher
- 2/2003 • **Economic Growth Remaining Subdued. Economic Outlook for 2003 and 2004**
pp. 40-50
Markus Marterbauer
- 2/2003 • **The New Basel Capital Accord (Basel II) from a Macroeconomic Point of View**
pp. 51-63
Franz R. Hahn
- 2/2003 • **Occupational Pension Schemes in Austria**
pp. 64-70
Thomas Url
- 3/2003 • **Business Cycle Upturn not in Sight. Economic Outlook for 2003 and 2004**
pp. 71-83
Markus Marterbauer
- 3/2003 • **The Reform of the Common Agricultural Policy. Consequences for the Austrian Agricultural Sector**
pp. 84-101
Franz Sinabell, Erwin Schmid
- 3/2003 • **Federal Budget 2003-04: Postponing the Goal of a Balanced Budget**
pp. 102-117
Gerhard Lehner, Margit Schratzenstaller
- 4/2003 • **Weakness of Aggregate Demand to be Gradually Overcome. Economic Outlook for 2003 and 2004**
pp. 118-130
Markus Marterbauer